

Internationale Kommunistische Partei

I K P

BULLETIN NR. 11

Zur Lage in Italien

Der Mythos der "sozialistischen Planung" in Rußland

Die soziale Bewegung in China (II)

Schweiz: Der Streik bei MATISA – ein Klassenschlag gegen den Arbeitsfrieden

ERRATA

S. 13 Fußnote (1): siehe die Angaben über unsere Partei-
arbeiten über Rußland zwischen S. 28 und 29.

S. 15 Tabelle 1 1976 - 1980 in % im Verhältnis zu 1975.

S. 19 2. Absatz (vergleiche Tabelle 6)

S. 20 Tabelle 7 100 - 500 20.000 42,3; 19,9;

S.21 Zeile 23 ... von 5.280 Großunternehmen ...

S. 23 Tabelle 8	1966 - 1970	VIII. Plan	8,4;
	1971 - 1975	IX. Plan	7,4%

S. 27 Tabelle 9 x
1976 - 80

S. 28 Fußnote (17) Prawda, 2. März 1976

Julii 1976

Zur Lage in Italien S. 1

Anlässlich des X. Fünfjahresplanes:
Der Mythos von der "sozialistischen Planung" in
Rußland

S. 12

Die soziale Bewegung in China
(II. Teil) S. 29

S C H W E I Z : Der Streik von Matisa ein
Klassenschlag gegen den Arbeitsfrieden S. 49

editions programme communiste
- Paris -

verantwortlich und Kontaktadresse für Deutschland:
Christina Erkadoo, Obentrautstraße 32, 1000 Berlin 61

AUS DEM PROGRAMM DER
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

- Punkt 3: Das Proletariat kann die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, von denen seine Ausbeutung herrührt, weder verletzen noch verändern, ohne die bürgerliche Macht gewaltsam zu stürzen.
- Punkt 4: Das unentbehrliche Organ des revolutionären proletarischen Kampfes ist die Klassenpartei. Die Kommunistische Partei, die den fortgeschrittensten und entschlossensten Teil des Proletariats in sich zusammenfaßt, vereinigt die Anstrengungen der Arbeitermassen, indem sie sie von den Kämpfen um Gruppeninteressen und um unmittelbare Resultate zum allgemeinen Kampf um die revolutionäre Emanzipation des Proletariats hinleitet. Die Partei hat die Aufgabe, die revolutionäre Theorie unter den Massen zu verbreiten, die materiellen Mittel der Aktion zu organisieren, die Arbeiterklasse in der Entwicklung des Kampfes zu führen und die historische Kontinuität und internationale Einheit der Bewegung zu sichern.
- Punkt 5: Nach dem Sturz der kapitalistischen Macht kann sich das Proletariat als herrschende Klasse nur organisieren, wenn es den alten Staatsapparat zerstört und seine eigene Diktatur errichtet, d.h. die bürgerliche Klasse und die einzelnen Bourgeois, solange sie gesellschaftlich überleben, von jedem politischen Recht und politischer Funktion ausschließt und die Organe des neuen Regimes ausschließlich auf der produktiven Klasse gründet. Die Kommunistische Partei, deren programmatische Kennzeichen in dieser grundlegenden Forderung besteht, repräsentiert, organisiert und leitet einheitlich die Diktatur des Proletariats. Die notwendige Verteidigung des proletarischen Staates gegen alle konterrevolutionären Versuche kann nur dadurch gesichert werden, daß einerseits der Bourgeoisie und den Parteien, die sich der Diktatur des Proletariats widersetzen, alle Mittel der Agitation und der politischen Propaganda entrisen, und andererseits bewaffnete Organisationen des Proletariats geschaffen werden, um die inneren und die äußeren Angriffe zurückzuschlagen.
- Punkt 6: Nur die Macht des proletarischen Staates wird alle darauffolgenden Eingriffe in die sozial-ökonomischen Verhältnisse systematisch durchführen können, mit denen die Ersetzung des kapitalistischen Systems durch die kollektive Leitung der Produktion und Verteilung verwirklicht wird.

ZUR LAGE IN ITALIEN

Ohne Zweifel ist Italien, neben Spanien und Portugal, heute das Land, wo die gesellschaftlichen Gegensätze am schärfsten zutage treten. Im Gegensatz zu Portugal aber, wo das salazaristische Regime vor kurzem zusammenbrach, und auch zu Spanien, wo der Prozeß der Entfernung des francistischen politischen Überbaus heute mühsam läuft, entfalten sich in Italien die Gegensätze im Rahmen eines Regimes, das seit 30 Jahren den Faschismus ablöste. Dieses Regime wurde seinerzeit dank der Zusammenarbeit der opportunistischen "Arbeiterparteien" errichtet, und man kann sagen, daß Italien in einem gewissen Sinne ein Vorläufer von alledem war, was sich heute in beschleunigtem Tempo in den anderen beiden Ländern ereignet: hier liegt eine Lehre, die nicht verschollen gehen darf.

Trotz der damaligen und späteren, anderslautenden Versicherungen der "marxistischen" Mitverfasser seiner republikanischen Verfassung, wie Terracini und Basso (von Togliatti ganz zu schweigen, der die Verfassung als "nichtbürgerlich" bezeichnete), hat Italien in Wirklichkeit in dieser "notwendigen", "überleitenden", demokratischen Phase keine seiner sozialen Probleme gelöst. Italien konnte nicht einmal die prosaische Absicht verwirklichen, sich auf die Ebene der anderen, moderneren Länder zu hieven, um die sozialen Gegensätze mit den Gewinnen der imperialistischen Politik zu verdrängen. Man kann nicht ungestraft "Lumpenimperialismus" treiben, voll zu Diensten anderer.

Es stimmt zwar, daß das Land seit Kriegsende eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung durchlebte, mit hohen Wachstumsraten, vor allem in den Jahren 1958-63. Aber auch das "Wirtschaftswunder" ereignete sich als Auswirkung des internationalen Booms, auf einem Boden, der vor allem wegen der Verfügbarkeit über billige Arbeitskraft fruchtbar war; und es hat dazu beigetragen, Italien in den Wirbel des Weltmarktes zu stürzen, seine inneren Gleichgewichtsstörungen zu vergrößern. Unter diesen Umständen (und dasselbe wird auch in anderen Ländern unausweichlich auftreten) spitzen sich die Widersprüche zu, die vom "dualistischen" Charakter der Wirtschaftsentwicklung bestimmt werden: einerseits gibt es eine Industrie, die auf hohem technischen Niveau für den Weltmarkt produziert, andererseits die Industrie, die auf niedrigem technischen Niveau und bei hoher Beschäftigung überdurchschnittlich schlecht bezahlter Arbeitskraft im Binnenmarkt verankert ist, und vom Handwert und einem großen Teil des Agrarbereiches ergänzt wird.

Dieser Dualismus hat seine Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Die "Entwicklung" kann einerseits den starken Überschuß an Arbeitskräften nicht in einem großen Maßstab aufnehmen, sie erzeugt aber andererseits die Nachfrage nach einer bestimmten Arbeitskraft, nach der beruflich qualifizierten Arbeitskraft, und zwingt alle anderen Wirtschaftssparten zu einem ungleichen Rennen, was zu einer allgemeinen Erhöhung dessen, was die Bourgeois "Arbeitskosten" nennen, führt. Für die kleine und mittlere Industrie beginnt ein mühsamer Parcours, um sich zu stärken und um überhaupt zu überleben.

Die Ökonomen - und wie hätte es anders sein können - betonen immer das große "Drama" der italienischen Wirtschaft: mit der Erhöhung der Arbeitskosten in Italien nach 1961 fangen auch die "Schwierigkeiten" an. Sie bewegen sich in einem Teufelskreis: in Wirklichkeit erhöhen sich die Arbeitskosten als Auswirkung der erhöhten Intensität der Arbeit. Der Jahresdurchschnitt für die Erhöhung des in der verarbeitenden Industrie erarbeiteten Wertes beträgt in der Periode 1954-1961 8%, während der Jahresdurchschnitt für die Lohnerhöhungen 4,5% beträgt. 1961 lautet die Relation 10,3% - 4,4%; hier fangen auch Tariflöhne und effektiv bezahlte Löhne an, sich auseinander zu entwickeln: der Wirtschaftswachstum führt die Industriekapitalisten dazu, mehr als das, was mit den Gewerkschaften vereinbart wurde, zu zahlen, um die Produktion, entsprechend der starken Nachfrage, anzuspornen. Von 1962 bis 1965 kehrt sich das Verhältnis also um, um nach der Krise zwischen 1966-68

wieder aufs alte zu kommen: dieses Verhältnis^{ist} also jedesmal ein ERGEBNIS der Verhältnisse, die sich zwischen Kapital und Arbeit auf der Grundlage des Wirtschaftswachstums und der Möglichkeiten der italienischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt herstellen. Und jedesmal verschärft sich die Konzentration der Produktivkräfte und somit auch die Trennung ("Dualismus") zwischen dem Großkapital (privatem und staatlichem) und dem Kleinkapital, während die Beschäftigungsfrage ein ungelöstes Problem bleibt. Diese gefährliche Spirale ist dazu bestimmt, sich zu verewigen.

Der extreme Mangel an Gleichgewicht zwischen den Sektoren, der Drang zum "Konsum" in einer Gesellschaft, wo Unterkonsumtion herrscht, die massive Auswanderung vom Süden des Landes in den Norden und vom ganzen Land ins Ausland, die ebenso massive Landflucht, all dies, das sich unausweichlich auf politischer Ebene manifestiert, ist keine Folge des Fehlens von "Wirtschaftsentwicklung" oder von einer "schlechten" Entwicklung, sondern Ausdruck der kapitalistischen Entwicklung, Ausdruck ihres mörderischen Weges, auf einem bestimmten Boden und unter bestimmten internationalen Verhältnissen. Das Absurde besteht darin, in diesem Kontext eine "Wirtschaftsentwicklung" anzustreben, ohne deren widersprüchlichen Auswirkungen annehmen zu wollen.

Diese widersprüchlichen Auswirkungen sind die Probleme, die die bürgerliche Staatsmacht zu lösen versucht, und die sich ihr in Italien ganz natürlich gestellt haben. Nach dem Zusammenbruch der anfänglich "liberalen" Illusion, daß die Wirtschaftsentwicklung die Probleme lösen würde (eine Illusion, die zu einem großen Teil vom opportunistischen Lager geteilt wurde, mit dessen Theorie vom "zweiten Risorgimento" (1) und von der Bildung einer "wirklichen" italienischen Bourgeoisie), richtete sich der staatliche Eingriff auf die Verminderung der Diskrepanz zwischen den verschiedenen Ebenen der industriellen Entwicklung und zwischen den verschiedenen Gebieten dieser Entwicklung selbst.

Auf ökonomischer Ebene griff der Staat in Italien systematisch unter verschiedenen Formen ein: Erleichterungen an die Privatindustrie für die Investition in den "unentwickelten Gebieten", und zwar nicht nur im Süden (und jede Gemeinde trug die eigene Armut stolz zur Schau, um die Investitionen, die "Arbeit beschaffen werden", an sich zu ziehen); Subventionen und Kredite für Investitionen im Süden, Bildung von Unternehmen unter Staatsbeteiligung, die als Bahnbrecher für die Investitionen dienen sollten, wo sich das Privatkapital nicht traute, oder jene Großinvestitionen übernehmen sollte, an die sich der Privatkapitalist kaum heranmacht. In dieser Form nehmen der italienische Kapitalismus und die italienische Bourgeoisie selbst einen "Protegé-Charakter" an mit zunehmenden Klientelbeziehungen zu IHREM EIGENEN STAAT. Und man möchte auch das Proletariat in diese Logik hineinziehen und preist ihm dauernd die Vorteile und "Garantien" eines solchen Systems an.

Das mindeste, was man sagen kann, ist, daß diese ganze Interventionsstruktur, die eine Zeitlang sogar vom Ausland bewundert wurde, anstatt die gesteckten politischen Ziele zu erreichen, im Gegenteil das Ungleichgewicht noch vergrößert und die ominöse "Klientelwirtschaft" verstärkt hat. Und man muß noch hinzufügen, daß die "Klientelwirtschaft" keineswegs von der "unfähigen Staatsmacht" systematisch eingeführt wurde, sondern vom "heroischen" und superfähigen Mattei, der eine faschistische Institution wiederbelebte und mit einem ökonomischen Dynamismus verband, der umso skrupelloser ist, als er "alle Mittel" (einschließlich der Subvention eines ganzen Pressesektors, die Korruption einzelner Journalisten, die regelmäßige "Spende" an die politischen Parteien) nicht dem persönlichen Zweck, sondern dem nationalen Kapital unterordnet. Kurz und gut, die Tendenz, die Wirtschaft mittels "sozialer" Eingriffe auf den richtigen Weg zu bringen, hat ihre Widersprüche verschärft, auch wenn sie sie eine Zeitlang etwas zurückschob. Und heute mehr als gestern ist der politische Kampf in Italien ein Kampf um die Kontrolle dieser mächtigen ökonomischen Hebel. Der Anteil der staatlichen Unternehmen (einschl. der sog. "öffentlichen Dienstleistungen wie Eisenbahnen, E-Werke usw.) ging von 19% 1961 auf 49% 1972. Allein in der Industrie (und zwar ohne die öf-

fentlichen Dienstleistungen) ist er von 16% auf 31% gewachsen. Die Beschäftigung von Arbeitskraft ist in diesem selben Sektor aber nur um 4% gestiegen.

Das Hauptziel, die hinausposaunte "Industrialisierung des Südens" führte zwar zu Investitionen, die über das ursprünglich vorgesehene hinausgehen, aber mit umgekehrten Ergebnissen: "Der Beitrag der öffentlichen Unternehmen zur Gesamtinvestition im Süden erhöhte sich von 15% auf 26%, ihr Anteil an der Beschäftigung ist in dem Gebiet aber lediglich von 3% auf 4,3% gewachsen, was noch einmal den vornehmlich äußerst kapitalintensiven Charakter ihrer Tätigkeit zeigt" (2). Mit anderen Worten, gerade wenn das Kapital "intensiv" leistungsfähig ist, begünstigt die Investition keine größere Beschäftigung.

Auf spezifisch politischer Ebene stellten sich die "Reformen" auf die Tagesordnung, die durch den enormen Rückstand des Überbaus und der "sozialen Leistungen" im Vergleich zu den Änderungen in der Basis notwendig wurden. Insbesondere wurde das Wohnungsproblem sofort nach dem Krieg angegangen, und die Investitionen waren in diesem Sektor höher als in anderen Ländern. Dies ändert aber überhaupt nichts daran, daß die Mieten stark in die Höhe gingen und daß der Wohnungsmangel weiterbestand: wird er ja nicht durch mangelndes "Angebot" bestimmt, sondern durch die Unmöglichkeit, in Anbetracht der Marktpreise, die "Wohnungsnachfrage" zu befriedigen. Wo aber die Strukturen weit zurück blieben, war im Bau von Schulen, Krankenhäusern und in allen sozialen Diensten, also dort, wo notwendigerweise das "unproduktive Kapital" herrscht. Der Schuldige wird sofort gefunden: nicht der Kapitalismus in seiner Gesamtheit, der trotz keynesianischer Gebote gezwungen ist, diesen Sektor zu mißachten, sondern der dreißigjährige Verwalter seiner Macht, die Democrazia cristiana (DC), ist schuld: auf diesem Boden wird eine neue reformistische Illusion genährt, nämlich, daß mit einer neuen Verwaltung, einer ehrlichen, keine Vetternwirtschaft treibenden usw. Regierung mindestens die dringendsten Reformen durchführbar sein werden. Auf diesem Boden treffen sich alle Linkskräfte, die an den letzten Wahlen teilnahmen: keine (oder weniger) Macht der DC bedeutet somit die Möglichkeit, die Reformen durchzuführen und gleichzeitig "die Krise zu überwinden".

Es soll jetzt auf die politische Bewegung und auf die Lohnkämpfe hingewiesen werden: die Lohnkämpfe waren in Italien im allgemeinen breiter als in anderen Ländern, was oft zu übertriebenen politischen Folgerungen führte.

Vor allem nach der Periode des "Wirtschaftswunders", d.h. nach 1964, erlebten die Lohnkämpfe einen beachtlichen Aufschwung, der 1969 seinen Höhepunkt erreichte. Das hängt damit zusammen, daß die Voraussetzung des "Wunders" in den niedrigen Löhnen bestand: die Arbeiterklasse hat sich daher energisch geschlagen, um mindestens eine Entschädigung für den erlittenen Schaden zu erhalten. Die Gewerkschaftsführungen aber, schon damals darauf bedacht, die "Entwicklungsmöglichkeit" nicht zu beeinträchtigen, brachten es fertig, mit der Strategie des "artikulierten" Kampfes (Stotterstreiks, Schwerpunktstreiks, strenge lokale und branchenmäßige Splitterung der Kämpfe) eine Zusammenfassung und Vereinigung der Lohnbewegungen in Richtung auf einen einheitlichen Kampf zu behindern: die Tarifverträge wurden den Möglichkeiten der einzelnen Sektoren, Branchen und auch Gebieten untergeordnet.

Der Ausbruch von 1969, der nach der wirtschaftlichen Wiederbelebung erfolgte, war seinem Wesen nach die Antwort der Arbeiterklasse auf diese Form von Gewerkschaftskämpfen, auch wenn sie sich mit der Bewegung von anderen zahlenstarken und aussichtslosen Schichten wie der Studenten, kreuzte, eine Erscheinung, die anderen kapitalistischen Ländern gemeinsam ist.

Von diesem Augenblick an entwickeln sich politische Bewegungen, die die Absicht hegen, durch die Zusammensetzung der beiden großen Impulse, der "protestlerischen" in der Schule und Universität und der Lohnkämpfe der Arbeiter, eine revolutionäre Bewegung in Gang zu setzen. Mehr als in Frankreich - von

Deutschland ganz zu schweigen - richtet sich in Italien die Aufmerksamkeit auf die Arbeiterklasse. Eine rein spontaneistische Strömung entwickelt sich, die den Zusammenstoß mit der herrschenden Macht ausgehend vom Fabrikkampf und ohne "komplizierte Vermittlungen" erreichen möchte. Unter anderen Bewegungen entwickelt sich "Lotta Continua" (deutsch: "ständiger Kampf") auf dieser Linie.

Eine andere, politischere Strömung, spiegelt die Schwierigkeiten wider, die die großen traditionellen Arbeiterparteien gegenüber den zwei hervorstechendsten Erscheinungen jener Jahre fanden: der studentischen Protestbewegung (und teilweise der plötzlichen Aufwallung der Arbeiterkämpfe) und dem Bruch zwischen China und Rußland mit der darauffolgenden "Kulturrevolution". Es ist die große Stunde des Maoismus, der, im Vergleich zu seinen ersten "antirevisionistischen" Manifestationen in rein stalinistischem Sinn, sich mit einer Verpflanzung der äußerlichen Aspekte der "Kulturrevolution" in den Westen erneuert. Die Spaltung von "Manifesto" von der KPI reift mit diesem neuen "Bezugspunkt": aus der Geschichte jener Jahre buddelt man die Lehre aus, wie man der westlichen Arbeiterbewegung eine antizentralistische und antibürokratische Garantie aufpfropfen kann. Der Leninismus wird auch von diesen Leuten endgültig und vollständig liquidiert, natürlich nachdem man in Pflichtübung die "Rechtfertigung"...für seine Zeit ausgesprochen hat. Auch die Bewegung von "Avanguardia Operaia" ("Arbeitervorhut"), gehört zu dieser Strömung und geht von einer pro-chinesischen und pro-studentischen Fassung des Trotzismus aus, um später mit "praktischem" Geschick das Experiment eines Lenin-Mao-Studentenbewegungs-Cocktails, wo je nach Lage die verschiedenen Zutaten anders dosiert werden, durchzuführen.

Von Anfang an ist allen diesen Bewegungen nicht nur die Überschätzung ihrer selbst, sondern auch insbesondere der Lage von 1968-69 gemeinsam. Für sie fängt das kapitalistische System da an zu lecken, und gleichzeitig eröffnet sich ein NEUER WEG für die Emanzipation der Arbeiterklasse. Früher konnte der Opportunismus objektiv nicht überwunden werden: er hatte in der Praxis seine historische Berechtigung, was auch heißt: seinen HISTORISCHEN NUTZEN. Jetzt aber und jetzt erst kann man mit ihm brechen. Die frühere Geschichte ist eine dunkle Vergangenheit, ohne wichtige Lehren für die Gegenwart. Sogar der Stalinismus wird für die frühere Periode freigesprochen und seine "revolutionäre Funktion" wird an seiner Fähigkeit gemessen, vor allem der Studentenbewegung eine Antwort zu liefern. Typisch, was Rossana Rossanda 1972 darüber schrieb, wie sich die "Stalinfrage" in der KPI nach dem XX. Kongreß der Russen und nach den ungarischen Ereignissen stellte: um nicht in eine "steril trotzkistische" oder "gefährlich sozialdemokratische" Analyse zu fallen, blieb den Genossen (sie selbstverständlich inbegriffen) "nichts anderes übrig, als die Ellbogen unter dem Sturm zusammenzudrücken, zu warten, daß er vorübergeht, auf das Geschick Togliattis (sic!) und die Kraft einer Partei zu vertrauen, die nunmehr aus den schlimmsten Jahren der Arbeiterberreaktion herauskam". Man brauchte halt den studentischen Protest und die chinesische "Kulturrevolution", um die Augen dieser Leute mit ihrem Vertrauen auf Togliatti zu öffnen und sie vor "steril trotzkistischer" Versuchung zu retten. Und man brauchte nachher die Aussicht auf eine "Regierung der Linken", um sie wieder in die Arme des Reformismus zu führen, von dem sie sich befreit glaubten und glauben. In diesem ewigen Hin und Her gegenüber dem "Unvorhersehbaren" gibt es nur eins, das fest ist: das Fehlen einer THEORIE, einer über den Tag hinausgehenden Analyse, eines einheitlichen Rahmens für die Erklärung der Ereignisse. Alles andere ist flüssig, unbeständig, kurzum sumpfig.

Es ist klar, daß nach der Enttäuschung der ersten Illusionen die ersten Einschätzungen wiederholt "berichtigt" werden. Im Grunde bleibt dennoch die Einschätzung, daß die Arbeiterklasse in einer revolutionären Bewegung begriffen ist, daß es keinen Raum mehr für den Reformismus gibt, und daß der Prozeß objektiv in Richtung auf die Gründung der revolutionären Partei als "Collage" der verschiedenen Strömungen des "revolutionären Lagers" läuft:

eine erste Krönung soll die Wahlkoalition von PDUP, AO und LC sein, die "Democrazia proletaria".

Die Frage der Partei stellte sich allen, nach dem Rückfluß von 1969. Es war offensichtlich, daß es ohne eine weniger unbeständige politische Führung unmöglich wäre, irgendetwas aus den Ereignissen zu ziehen, und jede Bewegung versuchte, auf diese Frage eine Antwort zu geben. In Wirklichkeit lief das Neudurchdenken auf eine Wiederentdeckung der Notwendigkeit des Reformismus seitens einer völlig voluntaristischen Bewegung hinaus. Im besten Fall steht fest, daß der Reformismus "der anderen" (es ist immer der Reformismus der anderen) mindestens ein Verbündeter und nicht ein Feind ist, wie man ursprünglich geglaubt hatte. (3)

Die jüngste Geschichte faßt sich zusammen in dem Programm von "Democrazia Proletaria": die Voraussetzung für jeden weiteren Schritt in revolutionärem Sinn ist die Bildung einer "Linksregierung", d.h. einer Regierungskoalition der kommunistischen Partei (PCI) mit der sozialistischen Partei (PSI), im Gegensatz zur Absicht dieser beiden Parteien, eine "Notstandsregierung" mit allen Parteien, die "auf dem Boden der Verfassung stehen" (d.h. unter Ausschluß der neofaschistischen MSI) zu bilden. Der Sieg sollte daran gemessen werden, ob die WAHLERGEBNISSE die PCI aus ihrer Umarmung mit der widerspenstigen DC reißen können, und das Optimale wäre eine Linksregierung mit Beteiligung der Democrazia Proletaria selbst, deren Parlamentarismus also bis zur Regierungsbeteiligung geht, wobei ich eine solche Regierung selbstverständlich in eine..."Übergangsphase" zum Sozialismus verwandeln würde.

Diese Linksregierung hat sogar ihr Programm, schön ausgearbeitet von unseren Helden der Democrazia Proletaria, aber unbeachtet von den "künftigen Regierungspartnern". Dieses Programm zentriert sich auf das Problem, Investitionen und Beschäftigung miteinander in Einklang zu bringen, Italien aus der NATO austreten zu lassen, ohne in Abhängigkeit gegenüber der UdSSR zu fallen, die "nationale Unabhängigkeit" dadurch zu garantieren, daß...die Militärausgaben in soziale Investitionen verwandelt werden, daß neue Investitionsmöglichkeiten in heute mißachteten Sektoren, wie der Landwirtschaft und den Dienstleistungen, geschaffen werden usw. usf. Es erübrigt sich, an dieser Stelle eine ausführliche Kritik dieses Programms, das von den Reformisten aller Länder mit der einen oder anderen Soße vorgelegt wird, zu machen. (4)

Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs hatte sich eine soziale Phase eröffnet, die von der Klassenzusammenarbeit für den Wiederaufbau und die "Wiedergeburt" des Landes gekennzeichnet war. Es ist selbstverständlich idiotisch, die PCI als "schuld" an der Situation anzusehen (wie die Linksgruppen in Italien, die immer wieder die Fabel auftischen, daß im "Partisanenjahr" 1945 die Alternative auf der Tagesordnung stand: entweder Kollaboration oder Revolution, wobei es nur darum gehen sollte (ratet mal!) die PCI zu überzeugen...den zweiten Weg zu wählen). (5) Objektive Tatsache war, daß die Arbeiterklasse ihrer internationalen revolutionären Führung beraubt worden war und sich eben deshalb, nach den blutigen Niederlagen unter den Schlägen der Demokratie, des Faschismus, des Nazismus und des Stalinismus, in den Strudel des Kriegskollaborationismus reißen ließ. Wenn man die Ansicht verfißt - wie es praktisch alle, von den Maoisten bis hin zu den "Trotzkisten", tun -, daß es nicht darum ging, den Krieg zu SABOTIEREN, sondern der antideutschen Front zu helfen, wie es mit der politischen Orientierung nach dem Sturz von Mussolini der Fall war, beweist man schlagend, nicht verstehen zu können, daß die revolutionäre Entwicklung an der Möglichkeit zu messen war, eine proletarische Front gegen ALLE Kriegsteilnehmer, Rußland inbegriffen, zu bilden. Deshalb schrieb unsere Bewegung 1945, während sie versuchte, sich wieder zu organisieren, in ihrer Plattform:

"Das vorrangige Erfordernis in der gegenwärtigen Weltlage besteht darin, in einer internationalen politischen Organisation alle lokalen und nationalen Bewegungen zusammenzufassen, die sich ohne Zweifel und Zögern außerhalb der Blöcke für die bürgerliche Freiheit und den liberalen antifaschistischen Kampf stellen, die nicht unter dem Einfluß der Einflüsterungen der bürgerlichen Kriegspropaganda beider Kriegsfronten stehen, die entschlossen sind, die Selbständigkeit des Denkens, der Organisation und des Kampfes der internationalen proletarischen Massen wiederaufzubauen..." (6)

Diesen Punkt damals nicht verstanden zu haben und ihn heute, a posteriori, nicht zu verstehen, bedeutet, die ganze Wirklichkeit der Nachkriegszeit nicht verstehen zu können, die aus dieser Kriegsfront hervorging, die man damals nicht einmal hat schwächen können. Die Brüche, die sich in dieser Front ergeben, haben eine äußerst große Bedeutung, und die Fähigkeit der Analyse und der Aktion kann man an der Exaktheit der Einschätzung, die man von ihnen gibt, messen. Wenn man aber nicht nur von der Existenz von fähigen politischen Kräften absieht, sondern sogar objektive revolutionäre Bewegungen erwartet, ohne zu berücksichtigen, ob es eine wirkliche Tendenz zum Bruch mit den kollaboristischen Kräften gibt, verfällt man ganz einfach einer platten Illusion.

Der weltweite "Wiederaufbau" des Kapitalismus, der fast nur von den nationalen Befreiungskämpfen der vom westlichen Imperialismus geknechteten Nationen gestört wurde, hat auf die proletarische Klasse Auswirkungen gehabt, die noch verheerender waren, als man es 1945 hat vorsehen können. Die Arbeit von wenigen, die auf den Bruch der Front der Klassenzusammenarbeit gerichtet war, blieb ohne Echo. Leichterem Widerhall fanden die Zwischenpositionen, die sich die ewige Aufgabe stellen, die Parteien und Organe der Klassenkollaboration "auszunutzen". Aber auch der geringe Maßstab ihres Erfolges sowie ihr ~~unvollständige~~ vollzogene Rückkehr von der "Zwischenposition" zur reinen Kollaboration bestätigen die objektive Lage.

1976 bleibt das wesentliche Problem im Kern dasselbe: alle Energien für die Stärkung einer Organisation einzusetzen, die weiß, keine Verbündeten als das in den anderen Ländern kämpfende Proletariat zu haben. Und dieses elementare Bewußtsein macht erst seine anfänglichen Schritte.

Ohne Zweifel hat sich 1969 in Italien eine Phase eröffnet, die sich von der früheren unterscheidet. Es ist die Phase der langsamen, mühsamen, immer wieder auf sich selbst zurückkehrenden Zersetzung der aufgezwungenen "Modelle": das platt bürgerliche "Wohlstandsmodell" - und es wäre blöde, es nicht zu beachten, diene es ja zu einer Verbürgerlichung, die um so massiver war, als eine einmalige Wirtschaftsentwicklung die Arbeiterklasse ideologisch entwaffnet vorfand -, das Modell des klassisch sozialdemokratischen und stalinistischen Opportunismus, pazifistisch (was die Klasseninteressen angeht), kollaborationistisch, an das Schicksal der Volkswirtschaft und demzufolge des "Vaterlands" gebunden. Eine Linksvariante des letzteren, eine "zentristische" Strömung (mindestens in den Absichten) besteht schließlich im Modell der obenerwähnten Gruppen: "geschickte" Verwendung der opportunistischen Organisationen, von denen man wie von einem Sprungbrett für die Revolution ausgehen muß. Dieses raffinierte "Modell" sagt: wir sind keine Reformisten, die Reformen und Reformismus dienen UNS aber, um weiterzugehen. Wie die Linksregierung. Alles sind lauter "Kasematten", Festungen, auf denen oder von denen aus der Endkampf durchfochten werden soll. Die Ärmsten verstehen nicht, daß diese Kasematten GEGEN die Arbeiterbewegung gerichtet sind, die somit nur mit den Parolen und Institutionen des Feindes "bewaffnet" ist, und in der Illusion gewogen wird, bereits alles erreicht zu haben. Portugal und Chile sind in diesem Sinne tragische Modelle: die "Revolutionäre" rechneten mit der Unterstützung der Reformisten in der Regierung, die logischerweise die Revolutionäre entwaffneten. So geht die Bewegung zurück und die Arbeiter, die sich auf eigene Rechnung organisierten, werden unausweichlich geschlagen. Italien rühmt sich einer glorreichen, proletarischen Tradition, was auch stimmt: umso mehr gilt es, die Lehren zu ziehen.

Der Reformismus hat in Italien das Proletariat sogar 1922 entwaffnet, als der Faschismus voll im Angriff war. Der Reformismus hat das heutige Italien in Zusammenarbeit sogar mit den Monarchisten und Pfaffen "wiederaufgebaut". Mit ihrem Einverständnis hat er das Land den siegreichen Verbündeten, den Herren der Welt, ausgeliefert und dafür nur um etwas Gnade und später um ein paar Dollars gebeten. Er ist mehr denn je bereit, die Rolle zu wiederholen, die einzige, die er geübt hat und auswendig kennt.

Der "historische Kompromiß" der PCI bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung der Klassenkollaboration in einer Zeit, wo es der Bourgeoisie darum geht, durch Scheinkonzessionen zu erreichen, daß die Arbeiterklasse mit einem Mindestmaß an sozialen Unruhen den Gürtel zum Wohle des Vaterlands immer enger schnallt. Das wird im Wahlprogramm der PCI klar formuliert:

"Man kann von den Arbeitern und den Massen eine größere Anstrengung nur abverlangen, wenn man eine immer größere Gerechtigkeit in der Anwendung der notwendigen Maßnahmen und in der Verteilung des Reichtums sicherstellt", daß "die soziale Ungerechtigkeit die nationale Solidarität verhindert". In der Praxis bedeutet das, daß die "Unternehmer sich ernsthaft verpflichten müssen, ihre Profite in Italien zu reinvestieren und alle ihre Mittel und unternehmerischen Fähigkeiten in den produktiven Sektoren zu konzentrieren", während auf der anderen Seite "eine ernsthafte Arbeitsanstrengung aller erforderlich ist", um "die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, ... das Krankfeiern zu reduzieren", sich einer "gefährlichen Gleichmacherei" in der Lohnfrage zu widersetzen und von der Gewerkschaftsbewegung zu verlangen, daß sie "zur Durchführung von Notstandsmaßnahmen beitrage". Das verlangt natürlich eine "leistungsfähigere Exekutive", kurzum einen starken Staat mit "einer erhöhten Wirkungskraft der Streitkräfte im Interesse der Nation und zwecks Sicherung der republikanischen Institutionen". Es ist das Programm einer NOTSTANDSREGIERUNG GEGEN DIE ARBEITERKLASSE, aber ohne Rekation seitens der Arbeiterklasse, die demzufolge der aktiven Kollaboration der Parteien bedarf, die die Arbeiterklasse kontrollieren. (7)

In einer zerrütteten Wirtschaftslage, der gegenüber die Arbeiterklasse aufgrund der langjährigen Entwaffnung durch den Opportunismus nicht in der Lage ist, ihre Interessen (und seien es die konkreten Interessen) durchzusetzen, geht es der Bourgeoisie einschließlich ihrer Agenten in der Arbeiterklasse darum, der Arbeiterklasse das "Stabilisierungsprogramm" zu verkaufen. (8) Deshalb agitiert nicht nur die DC gegen eine "Linksregierung" sondern sperren sich die Parteien, die eine solche Regierung nach Wunsch der Operettenrevolutionäre bilden sollten, selbst dagegen. Die Hypothese einer Linksregierung ist als kurzfristige Perspektive AUSGESCHLOSSEN, keineswegs aber weil diese Regierung im Sinne der Interessen der Arbeiterklasse weiterzugehen gezwungen wäre, als ihr lieb sein könnte, sondern weil sie eben im umgekehrten Sinne zu weit gehen müßte, nämlich im Sinne der Übernahme der wirtschaftlichen, sozialen, politischen und militärischen Unterdrückung der Arbeiterklasse in eigener und alleiniger Verantwortung: und soweit darf die Bourgeoisie heute noch nicht gehen, die Zeit ist noch nicht reif für den Verbrauch der Waffen, die sie in der Zukunft, bei ganz anderer Größenordnung der Krise einsetzen muß. Hier zeigt sich die nicht nur ohnmächtige sondern geradezu kriminelle Politik der Befürworter einer "progressiven Rolle" opportunistisch-reformistischer Regierungen im vollen Licht (und auch die Utopie ihrer Einschätzung nicht nur der langfristigen, sondern auch der unmittelbaren Entwicklung). Selbiges gilt auch für die Befürworter einer Linksregierung, weil sie die Möglichkeit liefern würde, den Opportunismus zu entlarven. Der Opportunismus ist heute eine mächtige, organisierte Kraft, die die Arbeiterklasse fast totalitär kontrolliert, während diese Arbeiterklasse vom revolutionären Standpunkt desorganisiert ist. Während also der strategische Spielraum des Opportunismus gegenüber der Arbeiterklasse groß ist, rechtfertigt die Lage keineswegs, daß er die Rolle des Bluthunds unmittelbar spielt. Wäre die Lage aber eine solche, wie in Mitteleuropa am Ende des ersten Weltkriegs, d.h. müßte die Bourgeoisie in einer Situation der höch-

sten Krise den Opportunismus mit der Regierung beauftragen, damit dieser dadurch einen Teil der Arbeiterklasse lähmt und gegen den Teil, der in revolutionäre Bewegung getreten ist, den Notstand ausruft und den Bluthund spielt, mit anderen Worten damit der Opportunismus die noch mangelnde Vorbereitung des Proletariats ausnutzt, um die Reihe des Proletariats zu "säubern", dann fragt sich, welche Entlarvung die Dilettanten der Revolution heute wohl vor Augen haben können: bei derartigen Kräfteverhältnissen und bei ihrer Nachtrabpolitik gegenüber dem Opportunismus, d.h. bei fehlender Vorbereitung des Proletariats auf die gewaltsame Unterdrückung durch die "arbeiterfreundliche" Regierung", müßte es wohl eine Entlarvung im Himmel sein, wohin ihre gutmütigen Seelen nach dem Massenmord wandern würden.

Dieser kurzfristige Exkurs über die Taktik sollte weniger auf die Absurdität einer Einschätzung der Lage hinweisen, die eine opportunistisch-reformistische "Arbeiterregierung" eher als Produkt der Propaganda einer verschwindenden Minderheit ansieht, als als Ergebnis einer krisenhaften materiellen Entwicklung; vielmehr ging es darum, zu zeigen, daß die Entlarvung eben voraussetzt, daß die organisierte Kraft vorhanden ist, die das Proletariat vorbereitet, damit nicht im Endeffekt die Schwäche und Desorganisation des Proletariats entlarvt wird, also eine organisierte Kraft, die nicht davon ausgeht, daß die opportunistische Regierung die Sachen leichter machen wird, sondern davon, daß sie - um es kurz zu sagen - auf die Arbeiter schießen wird, weil die Verteidigung des Kapitalismus dies von ihr verlangt: nur so, nur indem sie Illusionen bekämpfen und sich und das Proletariat auf den wirklichen Klassenkampf vorbereiten, können Revolutionäre aus der "Entlarvung" profitieren.

Es versteht sich aus dem oben gesagten von selbst, daß in Italien, wie in allen anderen Ländern, der revolutionäre Weg nicht über die Verkenntung der tatsächlichen Situation und der tatsächlichen Kräfteverhältnisse, nicht über die reformistischen "Kasematten" geht - die eigentlich, wenn sie als solche begriffen werden, nichts anderes sind als Theorisierung der eigenen Schwäche und entsprechender "Ersatz" für den Klassenkampf - sondern über ganz andere "Kasematten". Er ist im wesentlichen der Weg der Weiterbildung einer gegenüber dem Reformismus unabhängigen Klassenbewegung, einer auch nur unmittelbaren Bewegung, die den demokratischen "Garantien" und den Institutionen nichts schenkt: diese haben von sich aus nicht mehr zu geben, man muß ihnen die Zugeständnisse entreißen bevor man sie zerstört. Die Bildung dieser "Kasematte" ist der Maßstab für die wirkliche Radikalisierung des Klassenkampfes: seine Tendenz, den Boden der "Erneuerung" des Unterdrückungsapparates zu verlassen, sich nicht wieder auf diesen Boden schleppen zu lassen, die Wiedereroberung von autonomen Verteidigungspositionen, wo, wie in den alten "Arbeitskammern" die Probleme der Arbeiter auf der Tagesordnung stehen, und nicht die Probleme der Verwaltung der eigenen Unterdrückung.

Wenn erst diese Linie der proletarischen Partei den Boden liefern wird, die Kämpfe der Arbeiterklasse auf eine politische Stufe zu heben, setzt sie selbst, wenn sie Kontinuität haben und potenziert werden soll, die Tätigkeit dieser Partei voraus, die nicht nur die Theorie und Taktik des Marxismus in die Bewegung einführen muß, sondern für den Tageskampf der Arbeiterklasse - die in ihren unmittelbarsten Lebensinteressen vom Opportunismus verraten wird - intensiv zu wirken hat.

- (1) Risorgimento = Wiedergeburt. Damit wird die Periode der Befreiungs- und Einheitskriege des XIX. Jahrhunderts bezeichnet, die zur Bildung des modernen italienischen Staates führte.
- (2) Wirtschaftsdaten aus G. Podbielski, "Storia dell'economia italiana 1945-1974", Bari, Laterza, 1975, vor allem Seite 132 und Tab. 4.
- (3) Das zeigt sich auf Gewerkschaftsebene besonders kraß. Während die Gruppen sich zunächst auf die 1969 entstandenen autonomen Basisorganisationen

nen stützten, haben sie durch ihre Nachtrabpolitik gegenüber den Gewerkschaftsführungen (heute unterstützen sie sogar die gewerkschaftliche "Investitionspolitik", die nichts anderes darstellt, als der Versuch, den Tageskampf durch utopische Reformpolitik zu ersetzen) zur Kontrollübernahme der Gewerkschaften über diese Organisationen beigetragen, die dadurch nicht einmal mehr ein Druckpotential gegen die Verratspolitik der Gewerkschaften darstellen können. Wie immer erfolgte diese Liquidierung der eigenen Position, die vor allem für Avanguardia Operaia charakteristisch ist, über die Annäherung an die "Linksströmung" der Gewerkschaften. Man kann selbstverständlich keineswegs ausschließen, daß sich in den Gewerkschaften eine Linksströmung bildet. Kennzeichen dieser Linksströmung müßte aber der Kampf gegen die Gewerkschaftsführungen und gegen die Gewerkschaftspolitik sein, das heißt das Auftreten für Klassenforderungen und -Methoden. Die heutige "Linksströmung", die sich zu einem großen Teil mit Militanten des PDUP (Manifesto) identifiziert (die entweder aus der PCI oder aus der PSIUP, einer "linken" Abspaltung der PSI, kommen), vertritt im Gegenteil das Wesen der offiziellen Gewerkschaftspolitik, das übrigens sehr charakteristisch ist für die heutige Funktion des Opportunismus: ging es dem klassischen Opportunismus aus der Zeit der II. Internationale darum, den Tageskampf mit einer reformistischen Politik zu kombinieren, oder besser in eine reformistische Politik münden zu lassen, so geht es heute darum, den Tageskampf durch Reformpolitik zu ERSETZEN, was sich auch in den vorgeschlagenen Reformen selbst ausdrückt: Investitionspolitik, Entwicklung des italienischen Südens usw. Während Avanguardia die eigenen Positionen völlig liquidiert hat und die Positionen des Manifesto (die Positionen einer Linksdeckung des offiziellen Opportunismus) übernahm, versucht Lotta Continua noch das Nachtraben hinter den Gewerkschaftsführungen mit einer spontaneistischen Position zu verbinden.

- (4) Das Programm, das Lotta Continua in seiner Zeitung vom 23./24.5. veröffentlichte, verlangt "Investitionen, die wirklich Arbeit und soziale Dienstleistungen beschaffen" (unter dem Kapitalismus!!!), fordert die "parlamentarische Kontrolle über die Militärpolitik" und sogar die Untersuchungen, daß die Polizei schlecht funktioniert, weil die eine Hand nicht weiß, was die andere tut). Über die Rolle der Polizei kein Wort, dafür als Allheilmittel die gewerkschaftliche Organisation der Ordnungshüter.

Die Spitze wird aber bei der Außenpolitik erreicht. Während Avanguardia Operaia ("Quotidiano dei Lavoratori", 16-17.5.) schrieb, daß es notwendig ist, "das Land politisch und ökonomisch der Perspektive einer imperialistischen Vereinigung Europas zu entziehen (...), "die Suche nach einem Weg progressiver Unabhängigkeit (...) und "internationale Beziehungen (...) auf der Grundlage der Autonomie und des gegenseitigen Nutzens" fordert, spricht LC in ihrem bereits zitierten Programm von einer "unabdingbaren Linie der Autonomie und der nationalen Unabhängigkeit".

Ein solches Programm unterscheidet sich nicht einmal in der Demagogie von den charakteristischen Programmen opportunistischer Parteien, wälzt sich aber in der Illusion, nicht reformistisch zu sein, weil die "Basis" die Reformen unterstützen und mittragen soll. Kein "Reformismus von oben", dafür aber "Reformismus von unten". Daß diese Leute, für die die Erfahrungen des früheren Klassenkampfes sowieso nicht einmal musealen Wert haben, sogar jüngste Katastrophen wie Chile und Portugal souverän übersehen, zeigt ihre Auffassung der Linksregierung als Träger des "Programms": die Linksregierung ist zwar noch nicht die wirkliche Regierung der Arbeiter, aber... sie kann und muß ein wichtiges Instrument im Aufbau der Volksmacht sein; sie kann und muß das Programm, die Kämpfe und die Entwicklung der proletarischen Organisation unterstützen; sie kann und muß dazu dienen, die Reihen der gegnerischen Klasse zu desorganisieren" (LC, 23./24.5.). Für Avanguardia Operaia kann man sogar die heutige republikanische Verfassung (mit einigen Verbesserungen) anwenden.

Es handelt sich um eine rosarot gefärbte demokratisch-reformistische Perspektive: durch ein Wahlergebnis wird eine Regierung gebildet, die den bür-

gerlichen Staat in den Dienst der Arbeiterklasse und der Überwindung des Kapitalismus stellt. Unter dieser Regierung schafft man im Kapitalismus politisch und ökonomisch wachsende Inseln von Sozialismus, die schließlich den Rahmen des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates überborden. Es ist verständlich, warum diese Gruppen dazu bestimmt sind, dem offiziellen Opportunismus nachzutreten und von ihm assimiliert zu werden: ihre ganze "revolutionäre" Perspektive besteht darin, den Opportunismus und den bürgerlichen Staat durch einen "Druck von unten" zu Trägern eines Hineinwachsens in den Sozialismus zu machen. Solche Gruppen können das Proletariat nicht auf die Revolution vorbereiten, ganz einfach, weil für sie die Revolution nicht notwendig ist.

Damit hängt (da man wohl einsehen muß, daß der Opportunismus sich so revolutionär nicht entwickelt) selbstverständlich zusammen, daß man die reformistischen Parteien durch eine "richtige Politik sozusagen zwingen muß, weiterzugehen, als ihnen lieb wäre. Es handelt sich um die Theorie der "Verpflichtungen", die Lenin brandmarkte und heute in einer idiotischen und selbstmörderischen Fassung auftritt, da sie auf Parteien angewandt wird, die - im Gegensatz zur Demokratie 1905 - nicht mehr gegen den Zarismus kämpfen, sondern selbst Tragsäulen des bestehenden Regimes sind. Geben wir aber Lenin das Wort: "Der opportunistische Flügel der Sozialdemokratie ist stets geneigt, auf die bürgerliche Demokratie in der Weise einen "Druck auszuüben", daß er ihr VERPFLICHTUNGEN ABVERLANGT, während der revolutionäre Flügel der Sozialdemokratie auf die bürgerliche Demokratie dadurch einen "Druck ausübt" und sie nach links stößt, DASS ER SIE WEGEN IHRER RECHTSSCHWANKUNGEN BRANDMARKT und daß er unter den Massen die Lösungen der verschiedenen Revolution verbreitet. Die Theorie des "Abverlangens von Verpflichtungen", diese berühmte Theorie des Lackmuspapiers (...), ist im höchsten Grade naiv und nur geeignet, im Proletariat Verwirrung zu stiften und es zu demoralisieren".

- (5) Bezeichnend diesbezüglich unter anderem eine Propagandabroschüre der GCR (ital. Sektion der "IV. Internationale") vom November 1974 ("Historischer Kompromiß oder Arbeiterregierung?"), wo scharfsinnig darauf hingewiesen wird, daß die PCI 1943-45 die Entwaffnung der Partisanen, den Wiederaufbau der alten reaktionären Armee usw. usf. "Wählte" (sic!). Das hindert den Autor nicht daran, sich darüber zu beklagen, daß die heutige PCI nicht darauf abzielt, "die heutigen Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse zu überwinden, um sie um ein Programm des antikapitalistischen Kampfes, gegründet auf alle Bedürfnisse der Arbeiter, zu vereinigen". Das Problem bleibt für diese Leute immer dasselbe: die PCI dazu zu führen (präziser ausgedrückt: dazu zu verführen), sich für den revolutionären Weg zu entscheiden!
- (6) In "Per l'organica sistemazione di principi comunisti", S. 111-112, Edizioni Programma Comunista, Mailand 1974.
- (7) L'Unità, 16.5.76. Die Zitate wurden einem Programm der PCI entnommen, das gebührend heißt: "Für eine Einheitsregierung der Rettung und Wiedergeburt des Landes".
- (8) Bürgerlicher Scharfsinn kennt keine Grenzen, wohl aber den Wettbewerb "linker" Beurteilungen. Die Wahlergebnisse werden allgemein als Polarisierung der Kräfte in Italien bewertet, allerdings nicht unbedingt von der PCI selbst, die jede mögliche "Polarisierung" nur wittert, um die Notwendigkeit einer "Konvergenz" umsomehr zu unterstreichen. Die großen Sieger PCI und DC stellen sich beide als Volksparteien vor, beide treten sozial und ideologisch als nationale Parteien auf, beide streben einer Stabilisierung der Lage an, beide stellen konvergierende "Pole" dar und predigen die Klassenkollaboration. Herr Spinelli & Co. stellen sich als Kandidaten der PCI, weil sie nur in einer Beteiligung der PCI an der Regierung eine Stabilisierungsmöglichkeit erblicken. Mittelstandswähler wählen die PCI aus demselben Grund. Darin erblickt aber der unvergleichliche Scharfsinn der "Korrespondenten" eine "Polarisierung der Nation". Wenn der Durchschnittsarbeiter bei den

herrschenden Kräfteverhältnissen keine Perspektive sieht, die eigenen Interessen durch den Klassenkampf durchzusetzen, sich von der Stabilisierungslusion der PCI einfangen läßt und diese WIEDER wählt, obwohl sie für ihn nur Opfer zu versprechen hat (und erst später, die Litanei kennt man, eine Scheibe des größer gewordenen Kuchens) wittert die "Linke" revolutionäre Zeichen am Himmel. Die PCI wird sich weiterhin - wie bisher - von den Oppositionsbänken aus an der Regierung beteiligen. sie wird weiterhin die DC anprangern, nicht fähig zu sein, die einzelnen Bourgeois im Sinne der Gesamtinteressen der Akkumulation zu disziplinieren usw. Unsere "Entlarver" sind aber merkwürdige Leutchen. Anstatt aufzuzeigen, daß die PCI VON DEN OPPOSITIONSBÄNKEN AUS DIE POLITIK DER REGIERUNG MITGESTALTET UND UNTERSTÜTZT, fordern sie...die PCI-Regierung.

Ein besseres, praktisches Argument als diese Wahlen, die soviel "polarisieren", daß sie alles beim alten lassen und nur die STABILISIERUNG AUF DEM RÜCKEN DER ARBEITERKLASSE SANKTIONIEREN, also ein aktuelleres Argument für unseren aktiven Wahlboykottismus, für den Aufruf an die Arbeiterklasse, durch den Klassenkampf die Verteidigung ihrer Lebens- und Kampfbedingungen zu ergreifen, könnte man sich kaum denken.

++

++

++

Veröffentlichungen der Internationalen Kommunistischen Partei

DIE FRAGE DER REVOLUTIONÄREN PARTEI

Partei und Klasse

Partei und Klassenaktion

Proletarische Diktatur und Klassenpartei

Leitsätze der K.I. über die Rolle der kommunistischen Partei
in der proletarischen Revolution

DM 3,--

DER KAMPF GEGEN DEN ALTEN UND HEUTIGEN REVISIONISMUS

Richtlinien zur Wiederherstellung der marxistischen Lehre

Der historische Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft und
der politischen Herrschaft der Bourgeoisie

Der historische Verlauf der Klassenbewegung des Proletariats DM 3,--

DIE GRUNDLAGEN DES REVOLUTIONÄREN KOMMUNISMUS IN DER LEHRE
UND IN DER GESCHICHTE DES INTERNATIONALEN PROLETARISCHEN KAMPFES

DM 3,--

WAS HEISST ES, DEN MARXISMUS ZU VERTEIDIGEN?

Grundlagen der Partei

Theorie und Aktion in der marxistischen Auffassung

Die Position der Partei zur "Gewerkschaftsfrage"

DM 3,--

Anläßlich des X. Fünfjahresplans:

DER MYTHOS VON DER "SOZIALISTISCHEN PLANUNG" IN RUSSLAND

Wenn es auch heute leicht ist festzustellen, daß 30 Jahre "Wohlstand" und ungehemmte Akkumulation den westlichen Kapitalismus nur wieder von neuem in den höllischen Krisenzyklus geführt haben, so sind doch die Wechselfälle des Kapitalismus in der östlichen und russischen Version noch durch den Mythos von der Abwesenheit der Krise im Osten, von der "sozialistischen Planung" und der sicheren Entwicklung verschleiert.

Das jämmerliche Schauspiel der Misere der russischen Landwirtschaft - einer Misere, die weder dem "Kommunismus", wie es die westlichen Bourgeois glauben machen wollen, noch den "klimatischen Bedingungen", wie es ihre russischen Kollegen weismachen wollen, sondern dem kapitalistischen Rückstand der Kolchoslandwirtschaft geschuldet ist, zeigt sehr gut, daß die sowjetische Wirtschaft von der Krise nicht verschont wird. Es ist sogar der amerikanische Kapitalismus, dessen Landwirtschaft selbst in dem Moment in Wohlstand schwelgt, wo die Industrie voll von der Krise betroffen ist, der Rußland vor dem Hunger retten mußte, während es angeblich in der reinen sozialistischen Gesellschaft lebt und im Begriff ist, "die materiellen Grundlagen für den Kommunismus zu schaffen"! Aber ein Mythos bleibt lebendig: der Mythos von der "sozialistischen Planung" der Industrie, von den hohen Wachstumsraten, die man mit Hilfe der Planung verwirklichen könne, und von der Gleichung, die die Grundlage der stalinistischen und nachstalinistischen Propaganda bildet: Sozialismus = Planung und beschleunigtes Wachstum. Die Mehrzahl jener, die heute den Betrug des sozialen Friedens und des westlichen "Wohlstands" einsehen, gehen nur in eine andere bürgerliche Falle: sie fordern nicht das Ende dieser bestialischen Epoche ungehemmter Akkumulation, sondern deren "Planung", um...ein noch viel höheres Tempo der Akkumulation zu erreichen!

Deshalb ist es, selbst bevor man die Wirklichkeit der sogenannten "Planung" der russischen Industrie untersucht, unerläßlich, an eine elementare marxistische Wahrheit zu erinnern, die unter den Trümmern der stalinistischen Konterrevolution begraben wurde: DER SOZIALISMUS IST NICHT DURCH MASSELOSE WACHSTUMSRATEN GEKENNZEICHNET, ER BEIßT SICH NICHT AN ERGEBNISSEN KAPITALISTISCHER WIRTSCHAFT, ER IST KEIN ULTRAKAPITALISMUS!

WAS IST SOZIALISMUS?

Eine wirklich sozialistische Wirtschaft hat nichts zu tun mit der Produktion für die Produktion, mit dem "Übertreffen" der Pläne, mit dem ökonomischen Wettbewerb mit dem Konkurrenten (WELCHEM Konkurrenten?). Anstatt diese Ziele einer historisch überholten Epoche zu verfolgen, wird die sozialistische Produktionsweise danach streben, nicht nur für die Bedürfnisse der Menschen zu produzieren, sondern auch das Aufblühen dieser Menschen zu ermöglichen. Die sozialistische Produktionsweise wird danach streben, die Arbeitsanstrengungen zu erleichtern und alle vom Kapitalismus geerbten Mäkel zu vernichten (besonders die Arbeitsteilung), die die menschliche Arbeit an das Zuchthaus der Lohnarbeit im Dienste der Klassengesellschaft gefesselt haben. D.h., daß der Sozialismus nicht mit Hilfe stachanowscher Slogans und beschleunigter Akkumulation "aufgebaut" wird. Er wird im Gegenteil durch die endgültige Zerstörung -ausgeführt durch die Diktatur des Proletariats - der ökonomischen Gesetze und der sozialen Verhältnisse des Kapitalismus und also ihrer materiellen Grundlage, der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, entstehen.

Der Sozialismus ist also gekennzeichnet durch das Verschwinden der ökonomischen Zellenform von Handel und Kapital, der Kategorie, mit der Marx

die Darstellung seiner Theorie von der kapitalistischen Produktionsweise beginnt: des WERTES, Synonym für die PRIVATE Aneignung des Produktes des Produktionsprozesses:

"Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der ZEIT. Ebenso wenig wie es der Chemie einfallen würde, die Atomgewichte auch dann auf dem Umwege des Wasserstoffatoms relativ auszudrücken, sobald sie imstande wäre, sie absolut, in ihrem adäquaten Maß auszudrücken, nämlich in wirklichem Gewicht, in Billiontel oder Quadrilliontel Gramm. Die Gesellschaft schreibt also unter obigen Voraussetzungen den Produkten auch keine Werte zu." (Engels, Anti-Dühring, MEW Bd. 20; Einzelausgabe Dietz-Verlag, S. 288)

Der Sozialismus kennt also die Marktkategorien nicht, die über die russische Wirtschaft herrschen. Er kennt nicht den WERT, weil es keine PRIVATEN Produkte, also keinen AUSTAUSCH zwischen privaten Produzenten gibt. Die Produzenten brauchen den Tauschwert ihrer Produkte nicht zu kennen. Der Sozialismus kennt also weder den Markt, noch die WARE und noch weniger jene besondere Ware GELD. Er kennt weder KAUF noch VERKAUF. Er kennt also nicht den Kauf/Verkauf der Ware ARBEITSKRAFT, die LOHNARBEIT, die für den Marxismus von DER ERSTEN PHASE der kommunistischen Gesellschaft, dem Sozialismus, an aufgehoben ist. In dieser ersten Phase, die nach einem Ausdruck von Marx "aus der kapitalistischen hervorgeht",

"...erhält (der individuelle Produzent) von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundsoviel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der anderen zurück." (Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW, Bd. 19, S. 20).

Die Tatsache, daß die russische Wirtschaft alle Markt- und Kapitalkategorien kennt, die Tatsache, daß die russischen Arbeiter der Sklaverei der LOHNARBEIT unterworfen sind, genügt, die russische Wirtschaft als KAPITALISTISCHE zu kennzeichnen. Wir haben in unseren Parteiarbeiten(1) umfassend gezeigt, daß sie niemals aufhörte, kapitalistisch zu sein, und daß Lenin selbst dies offen zugab (was die Oktoberrevolution und die Macht, die aus ihr hervorging, nicht daran hinderte, wahrhaft kommunistisch zu sein). Um ihre wahre Natur zu verschleiern, hat die stalinistische Konterrevolution die unsinnige Theorie erfunden, daß der Sozialismus mit den Marktkategorien vereinbar sei, daß er durch dieselben Kategorien wie der Kapitalismus gekennzeichnet sei, aber...mit einem anderen Inhalt! Als ob die Kategorien nicht gerade DURCH IHREN INHALT bestimmt wären; als ob dieser Inhalt nicht so unwiderruflich der Inhalt der kapitalistischen Kategorien wäre, daß sich diesselben Begriffe AUFZWINGEN, um ihn zu benennen! Dieses konterrevolutionäre Argument hat übrigens schon Dühring benutzt und Engels hat es unverblümt zurückgewiesen!

"Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des 'wahren Werts', heißt daher den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des 'wahren' Papstes oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eigenes Produkt ist." (Engels, Anti-Dühring, MEW Bd. 20; Dietz-Einzelausgabe S. 289).

Die Verfälschung des Stalinismus war noch schlimmer: sie hat den "sozialistischen" Wert eingeführt, was nicht nur die Unterdrückung des Produzenten, sondern auch die Vernichtung des Marxismus bedeutet.

DER SOZIALISTISCHE PLAN

Aus dem Gesagten geht hervor, daß der Plan in der sozialistischen Gesellschaft sich nicht - wie der russische Plan - mit WERT, noch weniger mit Geld oder Rentabilität von Investitionen beschäftigt! Er befaßt sich nur mit GEBRAUCHSWERTEN, mit der Nützlichkeit der Produkte und mit der notwendigen Zeit, sie herzustellen:

"Allerdings wird auch dann die Gesellschaft wissen müssen, wieviel Arbeit jeder Gebrauchsgegenstand zu seiner Herstellung bedarf. Sie wird den Produktionsplan einzurichten haben nach den Produktionsmitteln, wozu besonders auch die Arbeitskräfte gehören. Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zu ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen, werden den Plan schließlich bestimmen. Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten 'Werts'." (Engels, Anti-Dühring, Einzelausgabe Dietz-Verlag S. 288).

Der Sozialismus ist folglich nicht nur unvereinbar mit dem GELD, sondern auch mit der dummen kapitalistischen Erfindung, daß es die gesamte WACHSTUMSRATE der Produktion sei, die in Rußland wie im Westen die lebensnotwendigen Dinge und die Rüstung, die nützlichen Konsumtionsgüter und die sozial am wenigsten ins Gewicht fallenden Luxusgüter mit demselben Maßstab erfaßt. Selbst wenn sie sich nicht direkt in Geld ausdrückt, SETZT die Wachstumsrate in der Tat den Wert und das Geld VORAUS, weil das einzige Mittel, um zwei Gesamtproduktionen (die tausend verschiedene Produkte, von der Brotscheibe bis zur Werkzeugmaschine umfassen) zu vergleichen, das Vergleichen ihrer WERT ist, und diese können sich nur in Geld ausdrücken. Ohne den Wert, die einzige universelle Maßeinheit der verschiedenen Gebrauchswerte, ohne das Geld DIE EINZIGE UNIVERSELLE Maßeinheit des Wertes, gibt es kein Maß, keinen möglichen Vergleich, und also keine Wachstumsrate der Produktion! Das einzige, was die sozialistische Gesellschaft insgesamt wird messen können, ist die ANZAHL DER ARBEITSSTUNDEN, die von der Menschheit zur Produktion ihrer Lebensbedingungen aufgewandt werden müssen. Aber diese Anzahl stellt sich dar als ihre ABNAHMERate, als die ERLEICHTERUNG der produktiven Anstrengung der Menschheit, die man vielleicht von einem aufs andere Jahr aus Spaß messen könnte - oder der Sozialismus hätte keinen Sinn! Aber welchen Sinn, welches Interesse könnte für eine sozialistische Gesellschaft darin bestehen, die gesamte Produktion von Gütern aller Arten des einen oder anderen Jahres miteinander zu vergleichen? Ihre Produktion ist nur - wie Engels es ausdrückt - von der NÜTZLICHKEIT der verschiedenen Dinge und der Quantität der zu ihrer Produktion notwendigen Arbeit geleitet: die einzige Wachstumsrate, die materiell zum Gegenstand einer Messung genommen werden KÖNNTE, würde sich ausschließlich auf die tatsächliche Produktion JEDES GEBRAUCHSWERTES beziehen. Aber welchen SINN hätte das? Wenn der Bedarf der Menschen an Fahrrädern sich auf 50 Mio. im Jahre n und 54 Mio im Jahre n+1 beläuft, so muß der Plan diese Produktion organisieren: aber welchen Sinn hätte es, sich einer Wachstumsrate von 8% in bezug auf die Produktion von Fahrrädern zu rühmen? Welchen Sinn hätte es, diese Rate zu übertreffen, wenn das nicht den Bedürfnissen der Menschheit entspräche? Welchen

Sinn hätte es, IMMER MEHR Fahrräder produzieren zu wollen, wenn man daraus keinen PROFIT schlagen kann, wenn es keine MÄRKTE gibt, die man den anderen Konkurrenten - die nicht mehr existieren - abjagen kann, wenn es keinen MEHRWERT gibt, den man den anderen Kapitalisten streitig machen könnte? Wenn man feststellt, daß der Bedarf der Menschheit an Privatfahrzeugen ABNEHMEN muß, so muß der Plan die Reduktion der Produktion organisieren: aber welchen Sinn hätte es, sich über eine NEGATIVE WACHSTUMSRATE zu beklagen? Welchen Sinn hätte es, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und künstlich neue Bedürfnisse wachzurufen, um für die UNABHÄNGIGEN UNTERNEHMEN (die verschwunden sind) FINANZIELLE VERLUSTE und KONKURSE zu verhindern, die es nicht mehr gibt?

Neben dem WARENfetisch, dem GELDFetisch und allen Ableitungen ist die Wachstumsrate nur einer der Fetische der Religion "PRODUKTION FÜR DIE PRODUKTION", die den Kapitalismus - und nur ihn! - bestimmt. Der Plan der sozialistischen Gesellschaft kennt weder Waren noch Geld noch Wachstumsraten.

Und der russische Plan? Die nachfolgende Tabelle 1 (veröffentlicht in der PRAWDA) faßt die "Hauptindikatoren" des X. Fünfjahresplanes (1976-1980) zusammen, die von Kossygin auf dem XXV. Kongreß der KPDSU angekündigt wurden. Welche Götter rufen diese "Hauptindikatoren" an? Den Gott des Wertes, den Gott des Rubels und den Gott der Wertschöpfung - diese Fetische, die ALLE kapitalistischen Staaten der ganzen Welt verehren. Der russische "Plan" wird durch Waren, Geld und Wachstumsrate bestimmt. Wir brauchen nicht fortzufahren um festzustellen: der russische "Plan" ist von A bis Z kapitalistisch, er enthält nicht ein Gramm Sozialismus.

TABELLE 1 - HAUPTINDIKATOREN DES X. FÜNFJAHRESPLANES

	1975	1980 (Projektion)	Wachstum (in Mia. Rubel)	1976-1980 in % im Verh. zu 1974
NATIONALES EINKOMMEN (Preise von 1973)	362	449-462	87-100	24-28
davon: Konsumtionsfond	266	337-344	71- 78	27-29
Akkumulationsfond	96	112-118	16- 22	17-23
INDUSTRIELLE PRODUKTION (Preise vom 1. Juli 1967)	523	710-729	187-206	35-39
davon: Gruppe A (Produktionsgüter)	380	524-540	144-160	38-42
Gruppe B (Konsumtionsgüter)	143	186-189	43- 46	30-32
LANDWIRTSCHAFTLICHE PROD. (jährlicher Durchschnitt der 5 Jahre, Preise von 1965)	91	104-106	13-15	14-17

Quelle: Rede Kossygins auf dem XXV. Kongreß der KPDSU, 1. März 1976, PRAWDA vom 2. März 1976

WIE SIEHT DIE RUSSISCHE PLANUNG AUS?

Nach dieser unerläßlichen Rückbesinnung auf marxistische Wahrheiten wenden wir uns nun dem Mythos der Planung zu. Angesichts der Anarchie und der Pleite der russischen Landwirtschaft braucht man sich nicht weiter damit aufzuhalten zu beweisen, daß es nicht die geringste Planung in der land-

wirtschaftlichen Produktion gibt, daß sie den Gesetzen des Marktes vollständig ausgeliefert ist, welche der Staat mehr schlecht als recht zu beeinflussen versucht (er versucht es in allen westlichen kapitalistischen Ländern durch Festsetzung der Preise für die Hauptprodukte, Subventionen, Hortung der Produkte, Kreditgebung etc.). Wir begeben uns also auf das Gebiet der industriellen Produktion. Der X. Fünfjahresplan (1976-1980), der kürzlich auf dem XXV. Kongreß der KPDSU angenommen wurde, sieht für 1980 eine industrielle Produktion im Werte von 720 Milliarden Rubel vor, was eine Steigerung von 37% im Verhältnis zu 1975 bedeutet. Genau wie z.B. der französische Plan setzt der russische mengenmäßige Ziele für die Hauptproduktionsbereiche. Die wesentlichen haben wir in Tabelle 2 aufgeführt.

TABELLE 2 - HAUPTZIELE DES X. PLANES

Produktionsbereich	1975 produziert	1980 Ziel	Wachstum in %
Stahl (Mio. t)	141	165	+17
Kohle "	701	800	+14
Erdöl "	491	630	+28
Gas (Mia. m ³)	289	413	+44
Elektrizität (Mia.kWh)	1.033	1.360	+31
Düngemittel (Mio. t)	90	143	+59
Traktoren (100)	550	590	+ 7
Kraftfahrzeuge (1000)	1.964	2.150	+ 9
Zement (Mio. t)	122	145	+19

Quellen: Angaben für 1975: Ekonomitscheskaya Gazeta Nr. 6, Februar 1976;
Ziele für 1980: Prawda, 2. März 1976, EG Nr. 22, März 1976

Die Existenz dieser "Ziele", die in Reden und in der offiziellen Presse selbstgefällig kommentiert werden, macht einen guten Teil des Mythos von der russischen Planung aus. Aber in Wirklichkeit planen diese Ziele überhaupt nichts, denn sie sind im allgemeinen nur die PROJEKTION von IN DER VERGANGENHEIT festgestellten Tendenzen. Der sog. Planer hat keinen Einfluß auf die Dynamik der Produktion: anstatt Herr über die Wirtschaft zu sein, beobachtet er sie nur mehr schlecht als recht und versucht vorherzusehen, in welche Richtung sie sich entwickelt. Er setzt nicht die Produktion fest, sondern... DEN INDEX in Bezug auf vorherige Tendenzen. Dies beweist die Entwicklung des VIII., IX. und X. Fünfjahresplanes, was die absoluten Hauptproduktionsziele betrifft. Diese Entwicklung ist in der Tabelle 3 zusammengefaßt: Für jedes Produkt werden die geplante Wachstumsrate aus dem VIII. Plan (1966-1975), die tatsächlich realisierte Rate, die geplante Wachstumsrate aus dem IX. Plan (1971-1975), die tatsächlich verwirklichte Rate und schließlich die geplante Wachstumsrate aus dem X. Plan (1976-1980) nebeneinander gestellt.

TABELLE 3 - ENTWICKLUNG DES VIII., IX. UND X. PLANES

(Wachstum in %)

	geplant 1966-70	verwirklicht 1966-70	geplant 1971-75	verwirklicht 1971-75	geplant 1976-80
Stahl	+ 39	+ 27	+ 26	+ 21	+ 17
Kohle	+ 16	+ 8	+ 11	+ 12	+ 14
Erdöl	+ 45	+ 45	+ 39	+ 40	+ 28
Gas	+ 73	+ 54	+ 55	+ 41	+ 44
Elektrizität	+ 66	+ 46	+ 42	+ 40	+ 31
Düngemittel	+ 100	+ 77	+ 63	+ 63	+ 59
Traktoren	+ 73	+ 29	+ 25	+ 20	+ 7
Kraftfahrzeuge	+ 132	+ 48	+ 125	+ 114	+ 9
Zement	+ 41	+ 31	+ 31	+ 28	+ 19

Quellen: Quellen von Tabelle 2 sowie: Prawda vom 10. April 1966 und 7. April 1971 (für die Planungen) und Narodnoe Khozjaistvo SSSR (für die Realisation).

Studieren wir diese Tabellen Zeile für Zeile: Für die meisten Produktionszweige können wir eine Reihe von abnehmenden Zahlen feststellen: Für Stahl z.B. "setzt" der VIII. Plan ein Wachstumsziel von +39% in 5 Jahren; dieses Ziel wird nicht erreicht (nur +27% realisiert). Der nächste Plan setzt wohlweislich ein neues Ziel fest, das NIEDRIGER als die REALISATION des vorherigen Plans liegt (+26%). Selbst dieses neue Ziel wird nicht erreicht (nur +21% realisiert). Der folgende Plan legt erneut ein neues Ziel fest, das niedriger als die Realisation des vorherigen ist. Dies gilt für Stahl, Elektrizität und Traktoren. Für Petroleum, Düngemittel und Zement scheint das Planziel erreicht zu sein, aber die Tendenz bleibt die gleiche: in 6 von 9 Fällen "plant" der Plan überhaupt nichts, er REGISTRIERT und überträgt nur die Tendenz des abnehmenden industriellen Wachstums. In 3 von 9 Fällen (Kohle, Gas, Kraftfahrzeuge) ist die Reihe - bei einer unverkennbar allgemeinen Abnahme - eigenwilliger und scheint der Ausdruck eines effektiven Staatwillens zu sein. Aber um welche Produkte handelt es sich? Um Kohle, deren Produktion man anzukurbeln versucht, weil deren Preis weltweit stark gestiegen ist und weil die Ausfuhr von Kohle Devisen einbringen kann ohne neue technische Anstrengungen (im Gegensatz zu Erdöl), um Gas, wofür wichtige Lieferverträge mit den USA und Deutschland abgeschlossen wurden, um Kraftfahrzeuge, wofür die Fabriken von westlichen kapitalistischen Staaten importiert, installiert und schlüsselfertig übergeben wurden. Kurz, wenn die russische Wirtschaft "geplant" wird, dann...vom Weltmarkt!

TABELLE 4 - VERWIRKLICHTE PRODUKTION IM VERGLEICH ZU DEN PLANZIELEN (in %)

	V 1951-55	VI 1956-60	VII 1959-65	VIII 1966-70	IX 1971-75
Stahl	+ 3	+ 4	+ 3	- 3	- 3
Kohle	+ 5	- 14	- 5	- 7	==
Erdöl	==	+ 3	+ 3	==	==
Gas	- 7	+ 18	- 14	- 15	- 9
Elektrizität	+ 4	- 9	==	- 12	==
Düngemittel	- 7	- 29	- 11	- 14	==

Fortsetzung von Tabelle 4

Traktoren	+ 25	- 26	- 25	- 4
Kraftfahrzeuge	+ 2	- 19	- 13	- 36
Zement	- ==	- 18	- 7	- 2

Quellen: Berechnung nach den Daten aus: Prawda, 20. August 1952, 15. Januar 1956, 8. Februar 1959 und Quellen der vorherigen Tabellen. Das Zeichen == bedeutet, daß der Plan zu ca. +/- 1% verwirklicht wurde.

Wenn der russische Plan in den meisten Fällen nur die Tendenz der ihrer eigenen Dynamik unterworfenen Produktion registriert und überträgt, kann außerdem die VORAUSSAGE dieser Tendenz kaum besser als in den westlichen kapitalistischen Ländern funktionieren. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, die Resultate der 5 letzten Pläne zu studieren, die in der Tabelle 4 zusammengefaßt sind. Die Planziele für die 9 wichtigsten Produktionszweige werden bei den 5 nebeneinandergestellten Plänen nur 3mal verwirklicht (+/- 1%). Neunmal werden sie übertroffen - ABER ÜBERERFÜLLUNG DES PLANES bedeutet verstärkte Akkumulation, Stachanovismus, intensive Ausbeutung der Arbeiterklasse, DAS VÖLLIGE GEGENTEIL VON SOZIALISMUS! Schließlich werden die Planziele...27 mal nicht erreicht, wobei der Rückstand bis zu 36% beträgt (514.000 Kraftfahrzeuge weniger als geplant!). Und diese Zahlen führen überdies nur die wichtigsten Produktionsbereiche auf: Man stelle sich vor, wie es unter diesen Bedingungen für die anderen Produkte aussehen muß, für die die Kombination von Engpässen nur Verstärkung der Desorganisation und des Rückstandes bedeuten kann! Das beweist, was die "Planung" bedeutet: Die russische Wirtschaft wird vollständig von der ANARCHIE DER KAPITALISTISCHEN WARENPRODUKTION beherrscht.

Das aufmerksame Studium der offiziellen Angaben offenbart außerdem, daß die Statistiker nicht zögern - genau wie ihre westlichen Kollegen -, die Daten zu manipulieren, um diese Anarchie zu verschleiern. Der jüngste offenkundigste Fall betraf den VIII. Fünfjahresplan (1966-70).

TABELLE 5 - ERGEBNISSE DES VIII. PLANES

	Ziel für 1970	verwirklicht 1970	Rückstand absolut	Rückstand in%
Stahl (Mio.t)	126,5	116	- 10,5	- 8
Kohle "	670	624	- 46	- 7
Erdöl "	350	349	- 1	==
Gas (Mia m ³)	233	198	- 35	- 15
Elektrizität (Mia. kWh)	340	741	- 99	- 12
Düngemittel (Mio. t)	64	55	- 9	- 14
Traktoren (1000)	612	458	- 154	- 25
Kraftfahrzeuge (1000)	1.430	916	- 514	- 36
Zement (Mio. t)	102	95	- 7	- 7

Quellen: siehe Tabelle 3

Das Mindeste, was man sagen kann, ist, daß die Resultate dieses Planes, deren wichtigste in der Tabelle 5 zusammengefaßt sind, kläglich sind: gegenüber den Zielen ein Minus von 10,5 Mio. Tonnen Stahl, 46 Mio. Tonnen Kohle, 35 Milliarden m³ Gas, 99 Milliarden kWh Elektrizität, 9 Millionen Tonnen Düngemittel, 154.000 Traktoren, 514.000 Kraftfahrzeuge, 7 Millionen Tonnen

Zement. Nun, durch ein Wunder, wie es nur im Sozialismus "made in Moskau" geschehen kann, geben die russischen Führer zur gleichen Zeit, wo alle wesentlichen Ziele bei beträchtlichem Minus nicht erreicht wurden, bekannt, daß in dieser selben Periode das Wachstum der industriellen Produktion DEN PLAN ÜBERTROFFEN hat, es ja 50% in 5 Jahren statt der geplanten 48,5% erreicht hätte (1). Dieses Kunststück mag verblüffen, aber es steht nur in der Kontinuität der stalinistischen Periode. Die Tatsache selbst, daß der IX. Plan (1971-1975) bei eindeutig weniger empfindlichem Rückstand (dank der bescheideneren Ziele) ein leichtes Minus gegenüber den Wachstumszielen der industriellen Produktion (43% statt der geplanten 44%) (2) verzeichnet hat, bedeutet ein stillschweigendes Eingeständnis der Fälschung. Es ist eben leichter, Raten zu planen, als die kapitalistische Anarchie zu planen!

Venn wir von den Fünfjahresplänen, d.h. von den mittelfristigen Plänen, zu Zielen über 10 oder 20 Jahre übergehen, wird die Lächerlichkeit der Voraussagen und der russischen Planung noch jämmerlicher. Die Tabelle 6 faßt das Schicksal der von Chruschtschow 61 für die Jahre 1970 und 1980 gemachten berühmten Voraussagen zusammen. Seit 1965 war es offensichtlich, daß die für 1970 gesetzten Ziele nicht erreicht werden würden, und der VIII. Fünfjahresplan hat "Die Linie berichtigt" und die Ziele merklich herabgesetzt (vergleiche Tabelle 5), was dennoch klägliche Resultate nicht verhindert hat. Insgesamt bewegt sich das Minus im Vergleich zu den Zielen Chruschtschows zwischen 10 und 68%. Und mehr als die Hälfte der Ziele, die 1970 verwirklicht werden sollen, waren 1975, 5 Jahre später immer noch nicht erfüllt. Mit den offiziellen Zielen für 1980 ist das Minus noch gewachsen: bis auf eine Ausnahme liegen die Ziele des X. Fünfjahresplanes im Vergleich zu denen Chruschtschows um 10 bis 71% niedriger (so wird für die Produktion von Elektrizität 1980 NICHT EINMAL DIE HALFTE erwartet von dem, was Chruschtschow veranschlagte!). Oh Wunder der russischen Planung!

TABELLE 6 - VORAUSSAGEN CHRUSCHTSCHOWS UND REALISATIONEN

	Voraussage für 1970	verwirkl. 1970	Rückstand in %	Vorauss. für 1980	Planziel für 1980	Differenz in %
Stahl	145	116	- 20	250	165	- 34
Kohle	693	624	- 10	1.190	900	- 33
Erdöl	390	349	- 10	700	630	- 10
Gas	317	198	- 37	700	418	- 40
Elektrizität	950	741	- 22	2.350	1.360	- 52
Düngemittel	77	55	- 28	130	143	+ 10
Kunststoffe	5.300	1.673	- 68	20.000	5.630	- 71
Zement	122	95	- 22	234	145	- 38

Quellen: Rede Chruschtschows auf dem XXII. Kongreß der KPdSU, 18. Oktober 1961, Prawda vom 19. Oktober 1961 (für die Voraussagen für 1970 und 1980) und Quellen der vorherigen Tabellen. Diese Voraussagen enthalten nicht die Traktoren und Kraftfahrzeuge. Kunststoffe in 1000 Tonnen.

DIE ZERSPLITTERUNG DER PRODUKTION UND DIE KAPITALISTISCHE ANARCHIE

Wie sind diese bitteren Mißerfolge der sog. "Planer" zu erklären? Die Antwort kommt für Marxisten ohne Zögern: durch die kapitalistische Anarchie der Warenproduktion, die einer Ökonomie entspricht, in der die Unternehmen -

welches auch immer die juristische Eigentumsform ist - allen Gesetzen des Kapitals unterworfen und durch den Markt aneinander gebunden sind. Aber hat nicht Engels selbst behauptet, daß sogar in der kapitalistischen Warenwirtschaft die Abwesenheit eines Plans IN GEWISSEN MASSE durch eine geplante Produktion ersetzt werden kann?(3) Warum ist das dann nicht der Fall in Rußland? Weil in Rußland genau die Bedingungen fehlen, die Engels ausdrücklich für das beginnende Auftreten einer solchen Planung angibt: die Konzentration und die Monopole.

TABELLE 7 - DURCHSCHNITTliche STRUKTUR DER RUSSISCHEN INDUSTRIE-
UNTERNEHMEN 1973

Anzahl der Arbeiter	Anzahl der Unternehmen	Prozentsatz der der Unternehmen	Anteil an der gesamten Produktion in %
Weniger als 100	16.500	35%	4,2%
100 - 500	20.000	44,3%	19,9%
500 - 1.000	5.300	11,3%	14,4%
1.000 - 3.000	3.960	8,4%	25,9%
3.000 - 10.000	1.180	2,5%	24 %
mehr als 10.000	140	0,3%	11,6%

Quelle: Angaben aus Narodnoe Khozajstvo SSR, 1973. Die Statistik bezieht sich nur auf ungefähr 47.200 Fabriken; die Produktion von Elektrizität wird in der offiziellen russischen Quelle ausgeklammert.

In einer Wirtschaft, wo die Produktion unter zehntausenden von AUTONOMEN Unternehmen aufgeteilt ist, wovon jedes als ein Zentrum kapitalistischer Akkumulation bei eigener Rechnung und finanzieller Autonomie arbeitet, (egal, ob der juristische "Eigentümer" der Staat, das Volk oder Gottvater ist) kann die Produktion nur durch den Markt reguliert werden, nicht durch einen zentralen Plan. Am 1. Januar 1974 zählte die russische Industrie 48.573 autonome Staatsunternehmen(4)

- (1) Rede von Kossygin auf dem XXIV. Kongreß der KPDSU, Prawda, 7.4.1971. Außerdem geht die Zahl von 50% tatsächlich aus den offiziellen jährlichen russischen Angaben hervor (Narodnoe Khozajstvo SSSR).
- (2) Rede Breschnews auf dem XXV. Kongreß der KPdSU, Prawda, 25.2.1976
- (3) Siehe "Anti-Dühring", III. Teil, Kapitel 2 (MEW 20, S. 243). Die Frage ist keineswegs akademisch, denn die Diktatur des Proletariats wird selbst mit der Aufgabe konfrontiert werden, die Wirtschaft in einem Rahmen zu planen, der zunächst vom Markt ausgeht, um zur Zerstörung der Warenwirtschaft überzugehen.
- (4) Narodnoe Khozajstvo SSSR, 1973. Wenn man die Zahl von 300.000 abhängigen Zweigunternehmen und -fabriken (SSSR v tsifrah, 1974) hinzuzählt, so kommt man auf eine Zahl von rund 350.000 Produktionseinheiten

Es muß noch gesagt werden, daß diese Zahl weder die Baubranche noch die offiziell bestehenden Handwerksbetriebe und vor allem nicht die TATSÄCHLICH EXISTIERENDEN kleinen Unternehmen betrifft, die unvermeidlich auf der Grundlage des Marktes und der Lohnarbeit entstehen, und deren Existenz indirekt von der sowjetischen Presse zugegeben wird: kleine Autowerkstätten, Reparaturwerkstätten aller Art, Installationsbetriebe etc. Die Verteilung der staatlichen Industrieunternehmen nach Größenordnung (in Bezug auf die Zahl der Arbeiter) gibt die Tabelle 7 an. Trotz der Unzulänglichkeit der Statistik findet man in der Struktur der russischen Industrie leicht ein Charakteristikum aller kapitalistischen Industriestrukturen wieder: die Existenz einer großen Anzahl von kleinen und mittleren Unternehmen (die auf der Basis des Marktes entstehen und sich nach und nach entwickeln), überragt von einer eindeutig kleineren Anzahl großer Unternehmen und einer Handvoll riesiger Unternehmen. Aber der TEIL der gesamten industriellen Produktion, der durch die größten Unternehmen gesichert wird, ist in Rußland (wo die Unternehmen allein durch die Größe ihrer Belegschaft "riesig" sind) noch viel kleiner als im Westen; die Produktion verteilt sich stärker auf die weniger großen Betriebe. Mit anderen Worten, DIE RUSSISCHE INDUSTRIE IST VIEL WENIGER KONZENTRIERT als die der westlichen kapitalistischen Staaten - das ist das "Großartige" an einer Wirtschaft, die sich angeblich auf dem Weg zum Sozialismus befindet! Zwei Daten genügen, um die Schwäche dieser Konzentration zu illustrieren: Nach Tabelle 7 wurden 1973 61,5% der russischen industriellen Produktion von 5.300 Großunternehmen geleistet (Summe der drei untersten Reihen der Tabelle). In den USA wurde im selben Jahr ein etwas größerer Teil der Industrieproduktion (65%) von nur 500 Unternehmen erbracht. Eine andere Tabelle der russischen Jahresstatistik zeigt uns (immer für 1973), daß 31,1% der industriellen Produktion von 1,4 (=660 Unternehmen) der Unternehmen erbracht wurden. In den USA wurde der gleiche Prozentsatz der Produktion (31%) von 50 Unternehmen erbracht! (5) Die relative Schwäche der Konzentration der russischen Industrie springt ins Auge. Die Struktur der amerikanischen Industrie eignet sich viel besser als die der russischen für die Planung!

-
- (5) Diese materiellen Hintergründe müssen sich selbstverständlich in den Tendenzen der ökonomischen Politik der Staaten und ihrer Ideologen widerspiegeln. Während für Rußland nach der ersten Akkumulation der frühstalinistischen Ära und nach dem Wiederaufbau bis Anfang der 50er Jahre Gott und die Welt nach einer Einschränkung der staatlichen Planung (es wäre richtiger zu sagen nach einer Lockermachung staatlichen Eingriffs in die Aufteilung der Durchschnittsprofite zugunsten bestimmter Wirtschaftsbranchen und Unternehmen) schreit, läuft die Sache in Amerika umgekehrt. Hier mußten die Anhänger der "freien Marktwirtschaft" nicht nur feststellen, daß die großen Unternehmen ein "Planungssystem" darstellen, das in Symbiose mit dem Staat dem "überlebenden Marktsystem" gegenübersteht, sondern daß dieses "Planungssystem" (die Gesamtheit der Großunternehmen) die kapitalistische Anarchie nicht aufhebt, sondern verschärft, was wiederum zu einer Ausdehnung und Zentralisierung der Planung, zu ihrer Verlegung in Staatshände führen muß. In einem Artikel anlässlich des ominösen Bicentennial schreibt die "Süddeutsche Zeitung": "Außer einigen konservativen Dogmatikern in der Republikanischen Partei zweifelt kaum ein Experte daran, daß die USA einen Weg aus der Ungleichheit durchgeplanter privatwirtschaftlicher Machtkomplexe und krisenanfälliger Planungslosigkeit in der Gesamtwirtschaft finden müssen". Nachdem sie erinnert, daß nicht nur Professoren wie Heilbroner und andere, sondern auch Gewerkschaftsführer wie Woodcock und dessen Kontrahent Henry Ford Anhänger der "Nationalen Wirtschaftsplanung" sind, zitiert die SZ einen der Päpste der amerikanischen Ökonomen Wassily Leontief: "Sie (die nationale Wirtschaftsplanung) werde kommen, nicht wenn Radiokale sie wollen, sondern wenn Geschäftsleute nach ihr rufen. Und sie

DIE "RESTRUKTURIERUNG" DER RUSSISCHEN INDUSTRIE

Diese Zersplitterung beunruhigt die russischen "Manager", nicht weil sie Planung verhindert, sondern weil sie die Konstituierung einer wirklich entwickelten kapitalistischen Industrie mit wirklich konkurrenzfähigen Unternehmen behindert, die eines Tages mit denen der anderen kapitalistischen Länder rivalisieren könnten. Einer der Wortführer dieser Manager, der Akademiker Aganbegian, erklärte kürzlich, daß "es nur Sinn hat, den Unternehmen mehr Autonomie zu geben, wenn Unternehmen existieren, die diese Bezeichnung verdienen. Die sowjetischen Unternehmen sind klein und schwach (...) es existieren zum Großteil Fabriken, die durchschnittlich 600 Arbeiter beschäftigen. Sie müssen konzentriert werden: von heute 49.000 auf etwa 5.000!" (6)

Unter dieser Zielsetzung hat der Staat eine "Restrukturierung" der russischen Industrie unternommen, die mit der Reform von 1973 die Schaffung von "Industrieverbänden" allgemein durchsetzen soll, an der seit mehreren Jahren experimentiert wurde. Das offizielle Ziel dieser Reform ist es, "die Hauptproduktionsbereiche einer gegebenen Branche mehr zu konzentrieren (...), um eine MERKLICHE STEIGERUNG DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT, die Erhöhung der Qualität, DIE SENKUNG DER PRODUKTIONSKOSTEN UND DIE ENTWICKLUNG ANDERER ÖKONOMISCHER FAKTOREN ZU SICHERN". (7)

Die horizontale Konzentration oder die vertikale Integration werden also verwirklicht durch ganz bestimmte Operationen - unter welcher juristischen Fiktion auch immer-, nämlich durch Fusionen und Absorbierungen von Unternehmen wie sie in den westlichen Ländern gang und gäbe sind, mit denselben Zielen: vor allem den Zielen der Profiterhöhung ("Die Rentabilität der Produktion steigern") und der Möglichkeit, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auf Zeit zu sichern ("den Start neuer Produktionen zu sichern, die geeignet sind, AUF GRUND IHRER TECHNISCHEN UND ÖKONOMISCHEN MASSSTÄBE MIT DEN BESTEN SOWJETISCHEN UND AUSLÄNDISCHEN IHRER ART ZU KONKURRIEREN UND SIE SOGAR ZU ÜBERHOLEN") (8). Es ist nicht schwer, die gleichen Auswirkungen für die Arbeiterklasse, besonders in bezug auf Entlassungen, vorherzusehen. 1974 gab es über 1.500 industrielle Verbände mit mehr als 6.000 vormals selbständigen Unternehmen und Produktionseinheiten (9), und gemäß der Rede Kossygin's auf dem XXV. Kongreß belief sich die Zahl der Verbände Anfang 1976 auf 2.300.

noch (5) würden es tun, denn ohne mehr Planung sei es schwer zu glauben, daß der Kapitalismus das 20. Jahrhundert überdauern kann." (SZ, 5.7.76). Wenn es einerseits klar ist, daß die Planung die "Ungleichheit" und die Krisenhaftigkeit nicht abschaffen wird, ist es ebenso klar, daß die russischen "Geschäftsleute" auf Grund des Entwicklungsstandes ihrer Volkswirtschaft noch weit davon entfernt sind, nach der "nationalen Wirtschaftsplanung" zu rufen.

Amerikanische Daten: Fortune, Mai 1974. Die Vergleiche beziehen sich auf die Prozentsätze bezüglich der industriellen Produktion und abstrahieren also von deren absoluter Größe. Wenn man den Wert der amerikanischen Industrieproduktion von 1973 grob auf das Doppelte des Werts der russischen Industrieproduktion schätzt, so kommt man zu der Schlußfolgerung, daß die 50 größten US-Industrieunternehmen ebensoviel wie die 5.300 größten russischen produzierten! Dieser Vergleich, der sich nur auf die Größenordnung bezieht - sagt gleichzeitig doch viel über den quantitativen und qualitativen Graben aus, der die beiden Volkswirtschaften voneinander trennt, sowie über die Mühe, die Rußland die vollständige Integration in den Weltmarkt kosten wird! Um dem Leser eine bessere Vorstellung zu geben, fügen wir hinzu: In Frankreich wurden 1970 63% der Industrieproduktion von rund 1.300 Unternehmen erbracht (Economie et statistique Nr. 53, Febr. 1974), in Deutschland wurden 1972 63% der industriellen Produktion von 1.677 Unternehmen produziert (Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1975).

Gleichzeitig versucht diese Reform, die Unternehmen von den letzten zentralen Planungsversuchen zu befreien, die sich in einer schwerfälligen und kostspieligen bürokratischen Bevormundung ausdrücken und die (ohne irgend-etwas zu "planen"), nur das Ergebnis haben, ihre "Managements" zu behindern: "Die Ministerien und Verwaltungsbehörden(...) werden in der Industrie die Vielzahl der Stufen in der sektoriellen Verwaltung reduzieren müssen (...), damit die Mehrzahl der wirtschaftlichen Fragen direkt im Unternehmen, im Kombinat oder im Industrieverband geregelt werden."(10)

TABELLE 8 - WACHSTUMSRATEN DER RUSSISCHEN INDUSTRIE

Zeitraum	Plan	Wachstumsrate jährlicher Durchschnitt
1922-1928	vor den Plänen	23%
1929-1932	I. Plan	19,3%
1933-1937	II. Plan	17,1%
1938-1940	III. Plan (3 Jahre)	13,2%
1941-1945	Krieg	-----
1946-1950	IV. Plan	13,5%
1951-1955	V. Plan	13%
1956-1960	VI. Plan	10,4%
1961-1965	VII. Plan	8,6%
	(7-Jahresplan 1959-1965)	
1966-1970	IX. Plan	7,4%
1976-1980	X. Plan (Voranschlag)	6,5%

Quellen: Berechnungen nach den Daten aus Narodnoe Khozajstvo SSR, verschiedene Jahre, und Quellen von Tabelle 2.

Erinnern wir uns daran, daß die russischen Statistiker selbst gezwungen waren, die Angaben für die Periode vor 1940 zu berichtigen (und zwar niedriger anzugeben), die im Sinne der stalinistischen Propaganda gefälscht worden waren. So gab Stalin in seinem Bericht auf dem XVII. Kongreß der russischen KP am 26. Januar 1934 triumphierend an, daß der Index der industriellen Produktion von 100 im Jahre 1913 auf 391,9 im Jahre 1933 gestiegen wäre (J. Stalin, Die Fragen des Leninismus, Paris, S. 136). Auf dem folgenden Kongreß, am 10. März 1939, gab der "Vater der Völker" (immer bei einem Index von 100 für 1913) für das Jahr 1933 einen Index von 380,5 an (also eine geringe Korrektur) und einen Index von 908,8 für das Jahr 1938. Aber die im offiziellen russischen Jahrbuch (Narodnoe Khozajstvo SSR) veröffentlichten Zahlen offenbarten, daß die von Stalin als für die Gesamtheit der industriellen Produktion geltenden präsentierten Indices tatsächlich nur die GROSSindustrie repräsentierten, die schneller akkumuliert: für die GESAMTE Industrie galten folgende Indices (1913=100): 281 für 1933 und 657 für 1938. Stalins Angaben waren also mehr als ein Drittel überhöht.

(6) L'Expansion, Oktober 1975

(7) Resolution des ZK der KPdSU und des Ministerrates, Prawda, 3. April 1973, (Hervorhebungen von uns)

(8) ebenda

(9) SSR v tsifrah, 1974

(10) Resolution des ZK der KPdSU, ebda

Diese neuen Angaben mußten ihrerseits ab 1961 berichtigt werden, weil sie bis dahin "vergessen" hatten, die Produktion der von der russischen Armee 1939 besetzten und endgültig 1945 erworbenen Territorien einzubeziehen (diese Territorien entsprechen etwa den heutigen Republiken Estland, Lettland, Litauen und Moldau): Der Index (Basis: 1913= 100) wurde für das Jahr 1940 von 852 (alte Angabe) auf 769 (neue Angabe) gesenkt. Diese neuen Angaben sind zur Zeit im offiziellen Jahrbuch in Kraft; sie geben für 1974 einen Index von 12.200 an, der sich 1975, auf der Grundlage der in der russischen Presse veröffentlichten Zahlen, auf 13.100 erhöhen sollte (Ekonomitscheskaya Gazeta Nr. 6, Februar 1976). Aber das Jahrbuch legt jetzt eine bemerkenswerte verschämte Zurückhaltung bezüglich der Indices der industriellen Vorkriegsproduktion an den Tag: es werden keine Angaben für den GANZEN Zeitraum von 1913 bis 1940 gemacht!

Für eine ausführlichere Untersuchung aller 5-Jahrespläne, ihrer Ergebnisse, Fälschungen und Berichtigungen der Indices, sowie für die Untersuchung dieser Pläne je nach Wirtschaftszweig für die Phasen und Kurven der Wirtschaftsentwicklung usw. siehe die Reihe "Manea all'appuntamento dell'80 la 'superpianificata' industria russa" in: "Il Programma Comunista" Nr. 1 und 2, Januar 1976 und "L'industria russa nel ciclo dell'accumulazione portbellica", ebda Nr. 5, 6, 7 März/April 1976.

Konzentration der Unternehmen und Verminderung der bürokratischen Hindernisse bis hin zu einer "normalen" kapitalistischen Verwaltung (11) sind sicher zwei notwendige Bedingungen, obgleich sie allein nicht ausreichend sind für die Modernisierung eines Kapitalismus, der sich gegenüber seinen westlichen Kollegen noch im Rückstand befindet. Die Restrukturierung der industriellen Unternehmen ist in der Tat Ausdruck einer fundamentalen Notwendigkeit des russischen Kapitalismus: Es geht um die Erreichung einer GRÖßEREN PRODUKTIVITÄT und somit einer VERSCHÄRFTEN AUSBEUTUNG der Arbeiterklasse, einmal um die abnehmende Tendenz des Wirtschaftswachstums zu bekämpfen und um Unternehmen zu schaffen, die eines Tages im internationalen Rahmen konkurrenzfähig sein können. Wir haben diese Abnahme des Wachstums bestimmter Hauptproduktionsbereiche bereits gezeigt (siehe Tabelle 3). Die Zahlen von Tabelle 3 veranschaulichen diese Tatsache in ihrer ganzen historischen Dimension: In einem Vierteljahrhundert ist die Wachstumsrate um die Hälfte geschrumpft, und ihre Abnahme setzt sich ständig fort.

Diese Abnahme hat vollkommen die Voraussage bestätigt, die in unseren Parteiarbeiten vor 20 Jahren (12) gemacht wurde, als wir - um die Lüge der stalinistischen These zu entlarven, die in den hohen Wachstumsraten jener Epoche den Beweis für den angeblichen russischen "Sozialismus" sah - bewiesen, daß dieses rasche Wachstum für ALLE JUNGEN kapitalistischen Länder charakteristisch ist, und daß die Abnahme des Wachstums ein unvermeidliches historisches Gesetz des alternden Kapitalismus ist. Der russische Kapitalismus hat dieses Gesetz nicht umgestoßen. Folglich war es normal,

- (11) Wenn wir von "bürokratischen Hindernissen" sprechen, stellen wir damit keine Theorie nach Art der Trozisten auf, sondern wir stellen eine Tatsache fest. Die Hindernisse für die "freie" Tätigkeit der Unternehmen existieren in verschiedenen Graden in allen kapitalistischen Ländern: Es genügt, einen französischen Unternehmer über all die Beschränkungen und Schikanen klagen zu hören, denen er durch Steuern, soziale Sicherheit, Kontrollen aller Art, Belieferung, die Preise der Produkte, die er herstellt etc. von Seiten der Verwaltung eines Staates ausgesetzt ist, der doch den Staat seiner Klasse ist. Die Disziplinierung wird - in gewissem Maße, versteht sich - dem individuellen Kapitalisten nur auferlegt, um den Interessen des kollektiven Kapitalisten besser entsprechen zu können: Die Bürokratie hat KEINE EIGENDYNAMIK (sondern ist im Gegenteil von ungeheurer Trägheit).
- (12) siehe vor allem: Dialogue avec les morts (Dialog mit den Toten)
Le XX^e Congrès du Parti Communiste Russe 1957

daß die russische Industrie (ausgehend von einem sehr niedrigen Entwicklungsstand und dazu durch die Zerstörungen des Bürgerkrieges geschwächt) eine steigende Wachstumsbewegung erfuhr, die noch beschleunigt wurde (wie in den meisten entstehenden kapitalistischen Ländern - siehe z.B. Japan) durch den starken Antrieb von seiten des Staates und seine Rolle als Zentralisator des Kapitals. Die Periode der Akkumulation unter Stalin war jene der Bildung eines inneren Marktes, des Übergangs von einem Sozialgefüge unter vorkapitalistischer Vorherrschaft, in dem die Arbeiterklasse nur einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung darstellte (10%, gegenüber 76% Bauern im Jahre 1913), zu einem vollständigen Kapitalismus, eine Periode der extensiven Akkumulation zugunsten des Aufbaus einer Industrie, entsprechend allen Bedürfnissen des inneren Marktes. Die Gesamtzahl der Industriearbeiter stieg von 3.900.000 (1913) auf 12.200.000 (1950) und 1975 auf mehr als 27.000.000, d.h. sie stieg um das 7fache im Verhältnis zu der Periode vor der Revolution. Die Anzahl der Industrieunternehmen mit mehr als 100 Arbeitern stieg von 2.305 im Jahre 1911 (1.645.000 beschäftigte Arbeiter) auf 11.591 im Jahr 1933 (4.500.000 beschäftigte Arbeiter) und auf mehr als 26.000 im Jahre 1963 (fast 19.000.000 beschäftigte Arbeiter) (13), d.h. die Anzahl hat sich praktisch verzehnfacht im Verhältnis zur Periode vor der Revolution, ebenso die Anzahl der in diesen Fabriken beschäftigten Arbeiter. Diese Zahlen offenbaren das KNOSPENTREIBEN eines jungen und aufblühenden Kapitalismus, der unaufhörlich neue Unternehmen hervorbringt und extensiv auf der Basis des absoluten Mehrwerts akkumuliert, in dem Maße wie er die Reservearmeen vom russischen Land in die Zuchthäuser der Industrie schickt. Diese extensive Akkumulation wird in der Nachkriegsperiode (14) fortgesetzt. Von 1950-1970 hat sich die Zahl der Industriearbeiter MEHR ALS VERDOPPELT (zum Vergleich: in den USA hat sich im gleichen Zeitraum die Zahl der Industriearbeiter nur um etwas mehr als 1/4 erhöht). Aber das Tempo der Akkumulation verlangsamt sich nach und nach, während gleichzeitig das Wachstum der Arbeiterzahlen merklich nachläßt. Die ländliche Bevölkerung Rußlands hat seit der Revolution stark abgenommen, aber sie macht noch 1975 etwa 25% der aktiven Bevölkerung aus - dies ist noch ein sehr hoher Prozentsatz (um einen Vergleich zu geben: dieses Verhältnis herrschte in Frankreich in den 50er Jahren und in den USA um 1925), der auf die Rückständigkeit der gesamten russischen Wirtschaft und somit auch der Industrie, sowie auf den wahren Hemmschuh, die Rückständigkeit der Landwirtschaft, hinweist.

- (13) Daten aus: SSSR i zarubeznye strany pobedy velikoi oktiabrskoi revoliutsii, Moskau 1970. Wir zitieren diese Zahlen, weil sie zeitlich-statistisch zusammenhängen. Die Angaben des offiziellen russischen Jahrbuchs (Narodnoe Khoziajstvo SSSR) lassen keinen Zusammenhang in der Entwicklung der Gesamtzahl der Industrieunternehmen erkennen. Wir betonen jedoch, daß das Jahrbuch von 1955 für das Jahr 1954 die astronomische Zahl (vor allem für eine "sozialistisch" etikettierte Wirtschaft) von 212.000 STAATLICHEN Industrieunternehmen angab, zu denen 114.000 Werkstätten und andere Handwerksgenossenschaften, 23.000 Industriebetriebe, d. Konsumgenossenschaften und etwa 400.000 Kolchosenunternehmen und -betriebe (Schmieden, Mühlen etc.) hinzuzuzählen waren.
- (14) Zur Illustration folgende Erklärung Chruschtschows auf dem XXI. Kongreß: "man muß während des 7-Jahres-Plans mehr als 140 große Chemiewerke aufbauen oder fertigstellen und dabei mehr als 130 umstrukturieren" (Prawda, 3. Februar 1959). Lassen wir die Prahlerei einmal beiseite, was zeigt dann diese Erklärung?
1. daß diese Unternehmen nicht so "groß" sind wie Chruschtschow meint, denn es hat keinen Sinn, in 7 Jahren 140 "große" Chemiewerke (wie man sie im Westen versteht) aufbauen zu wollen;
 2. daß das verfolgte Ziel eher die SCHAFFUNG einer chemischen Industrie ist.

Diese starke ländliche Bevölkerung bleibt durch den Rückstand der Landwirtschaft und die rückständige Struktur der Kolchose an das Land gefesselt. Daher beginnt der Zustrom der Arbeitskräfte in die Industrie zu versiegen: Die Zahlen der Tabelle 9 zeigen, daß der Bestand an Industriearbeitern, der während der 50er Jahre jährlich um 4 bis 5% wuchs, sich während des X. Planes um weniger als 1% pro Jahr erhöhen wird.

Weil der russische Kapitalismus noch nicht in der Lage ist, eine Verbesserung dieser rückständigen Struktur der Landwirtschaft in Angriff zu nehmen, muß er - wie es die bürgerlichen Ökonomen ausdrücken - die "verborgenen Reserven der Produktivität" suchen, die in seiner Industrie vorhanden sind. Mit anderen Worten, der russische Kapitalismus muß von einer extensiven zur intensiven Akkumulation übergehen, er muß vor allem nach der Produktivitätssteigerung der bereits vorhandenen Produktionsanlagen trachten, er muß den Arbeiter durch die Maschine ersetzen und ganz allgemein den Produktionsprozeß durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und -Intensivität "rationalisieren" - mit einem Wort: der russische Kapitalismus muß versuchen, RELATIVEN Mehrwert zu produzieren. Wozu dienen nun die Maßnahmen der Konzentration und Restrukturierung der Industrie, von denen wir sprachen, die "Reorganisationsversuche" mit Entlassungen wie jene von Schtschekow und die unaufhörlichen Appelle der russischen Führer und der Gewerkschaften zur Produktivität, zur Arbeitsdisziplin etc.?

Während eine sozialistische Gesellschaft die Steigerung der Produktivität nutzen würde, um die Produktionsanstrengungen der Menschen zu erleichtern, muß in Rußland im Gegenteil die INTENSIVIERUNG der Arbeit dazu beitragen, die Produktivität zugunsten eines größeren Profites der Unternehmen und des größeren Wohls der "nationalen Wirtschaft" zu erhöhen. Die Aufforderung zu größerer Ausbeutung ist ein wahres Leitmotiv, das in jedem Plan auftaucht:

"Der Plan sieht eine Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität vor, dank einer umfassenden Einführung wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften in die Produktion, dank einer größeren Spezialisierung der Produktion und der WISSENSCHAFTLICHEN ORGANISATION DER ARBEIT, dank der Erhöhung der Qualifikation und dank des VERSTÄRKTEN WIRTSCHAFTLICHEN ANREIZES (...) Die Mechanisierung der handwerklichen Arbeit, DIE EINHALTUNG DER PRODUKTIONSZEITEN, DIE ERHÖHUNG DER ARBEITSDISZIPLIN, DIE ABSCHAFFUNG DER TOTEN ZEITEN DER ARBEITER stellen wichtige Quellen latenter Reserven für die nationale Wirtschaft dar." (Kossygin auf dem XXIII. Kongreß)

"Die Leistung der Produktion erhöhen, die Herstellungskosten senken und DIE ARBEITSPRODUKTIVITÄT STEIGERN - das ist der Weg, den wir gehen müssen, um DIE GEWINNE ZU ERHÖHEN (...) In den Unternehmen, die zum neuen System übergegangen sind, ist es zur Regel geworden, am Ende des Jahres als materiellen Anreiz eine Prämie zu zahlen, die sich am Dienstalter, an der Disziplin und an der Qualität der Arbeit bemißt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Form des Anreizes dazu beiträgt, DIE ARBEITSPRODUKTIVITÄT ZU ERHÖHEN, DIE FLUKTUATION DER ARBEITSKRÄFTE ZU VERMINDERN UND DIE ARBEITSDISZIPLIN ZU STÄRKEN." (Kossygin auf dem XXIV. Kongreß)

"Wohlgemerkt, man muß der Erhöhung der Arbeitsproduktivität eine besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen (...) In den bestehenden Unternehmen muß die Produktion erhöht werden, OHNE DIE ZAHL DER ARBEITSKRÄFTE ZU ERHÖHEN, MAN KANN SIE SOGAR REDUZIEREN. Aber es ist nicht weniger wichtig, DIE ORGANISATION DER ARBEIT NACHDRÜCKLICH ZU VERBESSERN, DEN VERLUST VON ARBEITSZEIT ZU VERMEIDEN UND DIE PRODUKTIONSDISZIPLIN ZU ERHÖHEN." (Kossygin auf dem XXV. Kongreß)

"Im Sinne des Gesagten sind besonders solche Mängel wie DER VERLUST VON ARBEITSZEIT UND DIE "TOTEN ZEITEN", DIE UNREGELMÄSSIGKEIT DES ARBEITSTEMPOS, DER MANGEL AN ARBEITSDISZIPLIN und der Mangel an Technologie, die

starke Fluktuation des Personals in den Betrieben unerträglich." (Breschnew auf dem XXV. Kongreß. (15)

Wie wir gezeigt haben, zielt die industrielle Restrukturierung gleichzeitig darauf ab, die Erfolgsbedingungen Rußlands auf dem Weltmarkt zu verbessern. Aber das setzt voraus, daß Rußland wenigstens teilweise seinen technologischen Rückstand gegenüber dem entwickelten westlichen Kapitalismus überwindet. Daher die große Einfuhr von Anlagen (meist "schlüssselfertig"), die zusammen mit der Einfuhr von Getreide, schwer auf der russischen Handelsbilanz lastet (in den ersten 11 Monaten von 1975 betrug das Defizit (16) nach offiziellen Angaben 1,8 Milliarden Rubel) und große Kredite des westlichen Kapitals notwendig macht. Das ist der Preis - und er bedeutet vor allem zusätzliche Opfer der russischen Arbeiterklasse - dafür, daß die Industrie konkurrenzfähige Unternehmen bilden und ihre Ausfuhr erhöhen kann:

TABELLE 9 - ANZAHL DER ARBEITER UND PRODUKTIVITÄT IN DER INDUSTRIE

	V 1951-55	VI 1956-60	VII 1961-65	VIII 1966-70	IX 1971-75	X 1976
Arbeiteranzahl am Anfang der Periode (Mio.)	12,2	15,2	18,9	22,5	25,6	27,3
Veränderung während des Zeitraums (in %)	+ 24,3	+ 24,3	+ 19,5	+ 13,5	+ 6,5	+ 3,9
Produktivität der Arbeit (in %)	+ 48	+ 37	+ 26	+ 32	+ 34	+32
Industrielle Produktion (in %)	+ 85	+ 64	+ 51	+ 50	+ 43	+37

Quellen: Narodnoe Khoziajsvo SSR und Quellen von Tabelle 2

- (15) Prawda vom 10. April 1966, 7. April 1971, 2. März 1976, 25. Februar 1976 (Hervorhebungen von uns). Ermahnungen dieser Art gibt es in der Tat zu Hunderten. Ein letzter Auszug aus der Rede Kossygins auf dem XXV. Kongreß soll eine Vorstellung vom Niveau des "sozialistischen Humanismus" geben, dessen sich der Autor rühmt: "Die Rolle der sozialen Faktoren für die Entwicklung der Produktion und die Erhöhung ihres Ertrages wird im Laufe des neuen 5-Jahres-Planes stark wachsen. Das Qualifikationsniveau der Kader, eine schöpferische Arbeitsatmosphäre und ein sozio-psychologisches Klima im Kollektiv, die Sorge um die Lebensbedingungen der Arbeiter, die Schaffung kultureller und sportlicher Einrichtungen in den Fabriken sind Elemente, die einerseits das Leben des Menschen interessanter, inhaltsreicher machen, und DIE SICH ANDERERSEITS GÜNSTIG AUF DIE RESULTATE DER PRODUKTION AUSWIRKEN." (Prawda, 2. März 1976, Hervorhebungen durch uns). Im falschen russischen "Sozialismus" wie im Westenspürt das Kapital für die Arbeiter die gleiche Sorge wie für jene Milchkühe, die man mit sanfter Musik beriselt, damit sie MEHR PRODUZIEREN!

"Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist es, unsere ausländischen Wirtschaftsbeziehungen ertragreicher zu machen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, haben wir die Absicht, DAS AUSFUHRPOTENTIAL UNSERES LANDES SYSTEMATISCH ZU ERHÖHEN, sowohl was die traditionellen Waren als auch die neuen Artikel betrifft (...). Die Ministerien und Abteilungen müssen(...) SYSTEMATISCH MASSNAHMEN ERGREIFEN, UM DIE PRODUKTION ZU ERHÖHEN, sowie um die Qualität und die KONKURRENZFÄHIGKEIT der Exportartikel zu verbessern. Der Außenhandel wird zu einer wichtigen Branche der nationalen Wirtschaft, und somit stellt sich auch die Frage, in bestimmten Fällen AUF DEN EXPORT SPEZIALISIERTE UNTERNEHMEN zu organisieren, um die spezifischen Bedürfnisse des Exportmarktes erfüllen zu können." (Kossygin auf dem XXV. Kongreß) (17).

Die Bedeutung dieses Programms für die Arbeiterklasse ist nur zu klar: die berühmte KONKURRENZFÄHIGKEIT der Waren bedeutet nichts anderes als der ökonomische Krieg zwischen rivalisierenden Kapitalismen: Hinter den Waren stehen die Proletarier aller Länder, die in den Konkurrenzkampf "ihrer" Kapitale hineingezogen werden. Diese Kapitale wollen nicht die "besonderen Bedürfnisse" eines Weltmarktes "befriedigen", der mit Waren überschwemmt ist, sondern sie wollen ihm so viel Mehrwert wie möglich entziehen, indem sie ihren Marktanteil durch die Vertreibung von Konkurrenten vergrößern. Je blutiger dieser Krieg wird (und die Beteiligung Rußlands kann ihn nur verschärfen), desto schärfer entladen sich die eisernen Gesetze des Kapitals auf die Arbeiterklasse: Sie bedeuten sowohl im Osten wie im Westen "Rationalisierung" und Entlassungen, Jagd auf die "toten Zeiten" und auf die "unterbeschäftigten" Arbeiter, Anfachung der Konkurrenz unter den Arbeitern durch Prämien und unterschiedliche Löhne, Erhöhung der Arbeitsintensität und Abstumpfung der Proletarier, mit einem Wort: VERSCHÄRFTES AUSBEUTEN DER ARBEITERKLASSE. Die Konsequenzen dieses so typisch kapitalistischen Programms enden damit nicht. Die zunehmende Integration Rußlands in den Weltmarkt bedeutet für die stärksten der westlichen kapitalistischen Ländern in allernächster Zeit zusätzliche Kapital- und Absatzmärkte. Aber der russischen Industrie bei der Modernisierung zu helfen, heißt, einem zukünftigen Konkurrenten beim Schmieden seiner Waffen zu helfen. Die uneingeschränkte Teilnahme Rußlands am Weltmarkt bedeutet auf die Dauer neuen Zufluß von Waren auf Märkten, die schon in fester Hand sind, und kann also nur dazu beitragen, die weltweiten Krisen des Kapitals zu verschärfen. Je stärker die Hauptzweige der russischen Industrie auf dem Weltmarkt auftreten, umso mehr wird die Industrie in ihrer Gesamtheit vom Außenhandel abhängig, umso leichter werden die Weltkrisen des Kapitals die russische Industrie mit sich reißen.

Dieshalb ist unsere Schlußfolgerung seit 20 Jahren dieselbe(18):

"Ist der Eiserne Vorhang erst einmal durch den Spitzenschleier des Wettbewerbs ersetzt, so wird die universelle Krise die junge russische Industrie zutiefst treffen. Siehe da, wozu die Vereinigung der Märkte und die freie Blutzirkulation im Körper des Monsters Kapitalismus dient! Mit dieser Vereinigung vereinigt sich aber auch die Revolution, deren Stunde nach der Krise des zweiten Weltkrieges und vor dem dritten Konflikt sehr wohl schlagen kann."

(16) Financial Times, 10. März 1976.

(17) Prawda, 1. März 1976

(18) Dialogue avec les morts, Seite 146.

Weitere lieferbare Parteiveröffentlichungen über Rußland, die russische Revolution, die Konterrevolution in Rußland und die russische Wirtschaft von 1917 bis heute:

Soeben in zweiter überarbeiteter Auflage erschienen

REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IN RUSSLAND

- Warum Russland nicht sozialistisch ist
- Der Marxismus und Russland

94 Seiten, DM 3,--

In knapp zusammengefaßter Form untersucht diese Broschüre im Kampf gegen alle Varianten des Opportunismus die Frage, welche Produktionsweise in Rußland herrscht und welche historische Entwicklung zur Festigung dieser Produktionsweise - des Kapitalismus - und ihres entsprechenden Überbaus in Rußland führte. Sie erklärt, wie es möglich gewesen ist, daß der kommunistische Sieg vom Oktober 1917 nicht zum Sozialismus, sondern zu einer kapitalistischen Großmacht führte.

In zwei zusammenhängenden Texten wird die marxistische Theorie der "doppelten Revolution", des Ineinandergreifens von bürgerlicher und proletarischer Revolution im Rahmen der Weltrevolution dargelegt; eine Perspektive, die sich mit der Errichtung der proletarischen Diktatur im rückständigen Rußland verwirklichte und durch die Ausbreitung der Revolution auf die kapitalistisch entwickelten Länder auch in Rußland zum Sozialismus geführt hätte.

Die Broschüre untersucht, die unmittelbaren ökonomischen Aufgaben der russischen Revolution, die Isolierung und Niederlage des russischen Proletariats und die Konterrevolution, die die proletarische Diktatur und die bolschewistische Partei vernichtete.

Sie zeigt, welches die Merkmale des Kapitalismus und im Gegensatz dazu die des Sozialismus sind; sie untersucht die Verhältnisse zwischen Staatskapitalismus und Kleinproduktion und weist auf den sogar vom kapitalistischen Standpunkt äußerst rückständigen Charakter der russischen Landwirtschaft hin, um sich schließlich in Grundzügen mit dem bis jetzt erreichten, allgemeinen Stand der kapitalistischen Entwicklung in Rußland zu befassen.

Sozialistisch waren und bleiben im Lichte der revolutionären Geschichte die Oktoberrevolution und die konsequent marxistische, granitene Perspektive Lenins, was dadurch nicht beeinträchtigt wird, daß der dialektische Weg bis zum Sieg des Sozialismus in der kapitalistischen Welt nicht durchlaufen werden konnte. Nicht dadurch geht eine historische Sache verloren, daß sie auf einen nachfolgenden "Termin" (und wenn er Jahrzehnte entfernt ist) verschoben wurde. Die Konterrevolution (deren Lehren man ziehen muß, um diesen nächsten "Termin" vorzubereiten) hat den Marxismus nicht widerlegt, sondern vollständig bestätigt.

in italienisch:

STRUTTURA ECONOMICA E SOCIALE DELLA RUSSIA D'OGGI

(Die ökonomische und soziale Struktur des heutigen Rußlands)

Das grundlegende Werk, zwischen 1955 und 1957 in unserer italienischen Zeitung "Il programma Comunista" erschienen, liegt nunmehr in Buchform vor zusammen mit (wir nennen die Titel in deutsch) "Die großen historischen Fragen der Revolution in Rußland" und "Rußland in der großen Revolution und in der zeitgenössischen Gesellschaft".

752 Seiten - DM 25,--

DIALOGATO CON STALIN

DIALOGATO COI MORTI

Dialog mit Stalin, Kritik des XIX. Kongresses der russischen KP und der Theorien Stalins, wie sie in "ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" die letzte Ausarbeitung fanden; Dialog mit den Toten, Kritik des XX. Kongresses der russischen KP.

vergriffen - neue Auflage in Vorbereitung

in französisch:

BILAN D'UNE REVOLUTION

en marge du cinquantenaire d'Octobre 1917)

(Am Rande des 50. Jahrestags der Oktoberrevolution:
Bilanz einer Revolution)

1967 als Sondernummer unseres theoretischen Organs in französischer Sprache erschienen, enthält "Bilanz einer Revolution" folgende Texte:

DIE GROSSEN LEHREN DES OKTOBER 1917

DIE FALSCHEN LEHREN DER KONTERREVOLUTION IN RUSSLAND:

- die bürgerliche "Lehre"
- die sozialdemokratische "Lehre"
- die anarchistische "Lehre"
- die "Lehre" der Betriebssozialisten
- die trotzkistische "Lehre"

DIE RUSSISCHE WIRTSCHAFT VON OKTOBER BIS HEUTE

- das anfängliche ökonomische Programm der Bolschewicki und der Sozialismus
- die Wirtschaftsmaßnahmen nach dem Aufstand der Kriegskommunismus
- die "Neue Ökonomische Politik"
- der Zusammenbruch der NEP
- die Wirtschaftsdebatte und der prinzipielle Kampf innerhalb der bolschewistischen Partei 1923-1928
- die Krise von 1927-1928 und die Liquidierung der NEP
- das kapitalistische Rußland Nr. 2

137 Seiten - DM 6,--

DIE SOZIALE BEWEGUNG IN CHINA (TEIL II)

(Teil I dieses Artikels erschien
in Bulletin Nr. 10, April 1976)

Wir haben bereits die Agrarfrage in China und die Taktik der KPCh bis 1949 behandelt. Die Reformen seit der Errichtung der "Volksrepublik" werden zu einem späteren Zeitpunkt untersucht. Wir möchten aber die Schlußfolgerungen des ersten Teils wiederholen:

- eine "Agrarrevolution" kann für sich selbst genommen nur eine bürgerliche Revolution sein, deren Folgen die Befreiung der Produktivkräfte von den Hindernissen der Naturalwirtschaft, sowie die Entwicklung auf nationaler Ebene der Warenwirtschaft und der Akkumulation des Kapitals sind;
- statt die kleinbürgerlichen Illusionen über den "antikapitalistischen" Charakter dieser Revolution zu kritisieren, hat die Partei Maos sie übernommen, um sie unter dem Einfluß des russischen Stalinismus zu einer Theorie des "Aufbaus des Sozialismus" in China zu entwickeln;
 - weit davon entfernt, eine "radikale" Agrarrevolution zu führen, hat die KPCh immer den reformistischen Weg gewählt (Herabsetzung des Pachtzinses, Landverteilung) und nicht den revolutionären Weg (Nationalisierung des Bodens und Bauernräte);
- somit hat die KPCh dieselben Fehler, Unsicherheiten und Kompromisse der kleinbürgerlichen Parteien wiederholt, die in Rußland von den "Volkstümlern" und in China von der Ideologie Sun yat-sen inspiriert waren; während die Bolschewicki diese Illusionen auf dem Weg zur Oktoberrevolution entlarvt und geschlagen hatten, stellt ihr Sieg in China die Tiefe der internationalen Konterrevolution dar.

Das Ziel dieses Kapitels ist gerade aufzuzeigen, daß trotz der "antiimperialistischen" Ansprüche Pekings die falschen chinesischen Kommunisten den Impuls der revolutionären Massen in die NATIONALE UND INTERNATIONALE STRATEGIE DER BOURGEOISIE gelenkt haben. Was stellen der chinesische "Extremismus", die Forderung nach einem Plätzchen in der imperialistischen UNO und einige Bescheinigungen über Siege im wirtschaftlichen Aufbau in der Tat eigentlich dar, im Vergleich zu dem Erdbeben, zu den revolutionären Rückwirkungen, die Marx und Lenin von der Entstehung eines modernen Chinas, das revolutionär mit seiner jahrhundertlangen Isolierung und Rückstand bricht, für Europa und Amerika erwarten? Man muß zugeben, daß die Bauernbewegung in China für den Weltkapitalismus keine mit der von der Oktoberrevolution vergleichbare Todesdrohung darstellte. Auch wenn es den Demokraten mißfällt, waren es weder die Breite der Massen noch die Größe der Gebiete, die dabei eine entscheidende Rolle gespielt haben, sondern die Frage der Klassenführung, die Frage der Theorie und des revolutionären Programms.

DIE NATIONALE FRAGE

Wir behandeln hier weniger die offizielle Ideologie des chinesischen Staates seit der Gründung der "Volksdemokratie" sondern vielmehr die historische und soziale Praxis und Taktik der KPCh in der revolutionären Periode, die sich mit der russischen Revolution von 1905 für den ganzen Orient eröffnete (1).

(1) Für eine Kritik der Positionen Chinas in der Phase, wo es noch scheinbar "antiimperialistische" Töne anschlug (heute sieht man es Seite an Seite mit den Amerikanern) siehe "Les leçons de la polemique russo-chinoise", in "Programme Communiste", Nr. 23, 1964.

MARXISMUS UND NATIONALER STAAT

In seiner Broschüre "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" faßt Lenin die Position von Marx gegenüber den nationalen Bewegungen im Europa des vorigen Jahrhunderts zusammen und betont den Charakter der nationalen Frage und die dialektische Methode des Marxismus, sie zu behandeln:

"Die Arbeiterklasse darf am allerwenigsten aus der nationalen Frage einen Fetisch machen, denn die Entwicklung des Kapitalismus erweckt nicht unbedingt ALLE Nationen zu selbständigem Leben. Sich aber, wenn nationale Massenbewegungen einmal entstanden sind, von ihnen abwenden, auf eine Unterstützung des Fortschrittlichen in ihnen verzichten, hieße in Wirklichkeit NATIONALISTISCHEN Vorurteilen unterliegen, nämlich: in der 'eigenen Nation' die 'Musternation' sehen (oder, fügen wir von uns aus hinzu, die Nation, die das ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung besitzt.) (ausgewählte Werke in 3 Bänden, Bd. 1, S. 724, Berlin 1970).

Es ist kein Marxist, wer unter diesem Passus nicht den Doppelkampf der Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus versteht, einerseits gegen die liberale Bourgeoisie mazzianischen Typs, die aus der nationalen Unabhängigkeit und dem bürgerlichen Staat einen Fetisch machte, und andererseits gegen die Militanten der Arbeiterbewegung (englische Chartisten, französische Proudhonisten), die den nationalen Bewegungen in Irland und Polen die Unterstützung verweigerten. Seitdem haben sich unter diesen beiden elementarsten Formen alle Nuancen des Opportunismus in der National- und Kolonialfrage kristallisiert. Auch hier haben die Stalinisten nichts Neues erfunden.

Wie hat der stalinistische Antiimperialismus die "legitime" Forderung der abstrakten Prinzipien von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" für alle "Völker" überschritten. Wie hat er in den nationalen Bewegungen des Orients etwas anderes als die Fahne eines Klassenblocks, die man auf dem Bauwerk eines unabhängigen bürgerlichen Staates hisst, gesehen. In der Praxis haben diese pompösen Phrasen ihren Ausdruck in den niederträchtigsten Verraten an den antikolonialen Revolutionen gefunden, die mehr als ein halbes Jahrhundert gescheiterter Bürgerkriege und Aufstände brauchten, um zu ihrem Ziel zu gelangen. Wie von Marx und Lenin vorausgesehen, hat sich das in seinem Angriff gegen die Bourgeoisie besiegte Proletariat der Metropolen und mit ihm die moskauer Internationale den nationalistischen Vorurteilen gebeugt. Dieser Verrat findet seinen Ausdruck in dem Verhalten der KPFrankreichs gegenüber der algerischen Revolution und dem des Kremls gegenüber der chinesischen Revolution. Haben denn Stalin 1927 und Thorez 1936 den unterdrückten Völkern nicht ihre eigenen Nationen als "Modellnationen" präsentiert, die das ausschließliche Prioritätsrecht für den "Aufbau des Sozialismus" besitzen?

Der Marxismus kann sich aber nicht darauf beschränken, dieses Tandem von Bourgeoisie und Opportunismus zu entlarven. Er kann nicht bei diesem schreienden Widerspruch zwischen den geforderten Prinzipien und dem tatsächlichen Verhalten stehenbleiben, da sein Ziel nicht darin besteht, die kleinbürgerlichen Träume zu verwirklichen, d.h. ein internationales Mosaik von "wirklich unabhängigen" Staaten, die proportional im Superparlament der UNO repräsentiert sind, zu schaffen. Der Marxismus sieht die Lösung der ganzen geschichtlichen Entwicklung in der Errichtung einer Gesellschaft, in der es keine Klassen und somit keinen Staat und keine nationalen Unterschiede gibt. Er geht daher von ganz anderen Voraussetzungen aus, um die nationale Frage zu untersuchen:

"In der ganzen Welt", schreibt Lenin, "war die Epoche des endgültigen Sieges des Kapitalismus über den Feudalismus mit nationalen Bewegungen verbunden. Die ökonomische Grundlage dieser Bewegungen besteht darin, daß für den vollen Sieg der Warenproduktion die Eroberung des inneren Marktes durch die

Bourgeoisie erforderlich, die staatliche Zusammenfassung von Territorien mit Bevölkerung gleicher Sprache notwendig ist, bei Beseitigung aller Hindernisse für die Entwicklung dieser Sprache (...)."

"Die Bildung von NATIONALSTAATEN, die diesen Erfordernissen des modernen Kapitalismus am besten entsprechen, ist daher die Tendenz jeder nationalen Bewegung, Die grundlegenden wirtschaftlichen Faktoren drängen dazu, und in ganz Westeuropa - mehr als das: in der ganzen zivilisierten Welt - ist deshalb der Nationalstaat für die kapitalistische Periode das TYPISCHE, das Normale." (ebda, S. 684-685)

Klarer geht es nicht. Der Staat ist nicht ewig; die Sprachen nicht unveränderlich, wie die stalinistische Linguistik behauptet. Mehr noch: die Forderungen nach einem nationalen Staat, einer nationalen Sprache, einer nationalen Kultur sind Forderungen, die für den Kapitalismus "typisch" sind. Dies ist also der reale Inhalt der "nationalen Frage", das Geheimnis dieses Fetischs, der bei seinen unzähligen Anbetern wohl so hoch im Kurs steht wie der Geldfetisch: die Vernichtung der Naturalwirtschaft, die Entwicklung des Warenaustausches, die Akkumulation des Kapitals sind nur auf der Basis eines zentralen nationalen Staates mit seinem Herrschafts- und Polizeiapparat, seiner wirtschaftlichen Konzentration und seiner nationalen Kultur möglich. Somit sind wir vom Himmel der abstrakten Prinzipien auf der Ebene der materiellen Interessen einer bürgerlichen Revolution gelandet:

"Wir wissen nicht", schreibt Lenin, "ob es Asien gelingen wird, bis zum Zusammenbruch des Kapitalismus ein System selbständiger Nationalstaaten herauszubilden, wie es Europa aufweist. Aber es bleibt unbestreitbar, daß der Kapitalismus, der Asien zum Erwachen gebracht hat, auch dort überall nationale Bewegungen ins Leben gerufen hat, daß es die Tendenz dieser Bewegungen ist, Nationalstaaten in Asien zu schaffen, daß die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus gerade durch solche Staaten gewährleistet werden." (ebda, S. 687).

Wir können somit bereits einige Punkte festhalten:

- 1) Die Forderung nach einem Nationalstaat ist "typisch und normal" für den Kapitalismus, weil dieser Staatstyp ihm die günstigsten Entwicklungsbedingungen schafft;
- 2) Das Proletariat kann sich aus dem nationalen Staat aus mindestens zwei Gründen keinen Fetisch machen:
 - seine Aufgabe liegt gerade darin, ihn zu vernichten,
 - "die Entwicklung des Kapitalismus erweckt nicht unbedingt ALLE Nationen zu selbständigem Leben".

Auf diese Weise stellte Lenin 1914 die Frage, ob sich Asien bis zum "Zusammenbruch des Kapitalismus" in Nationalstaaten organisieren wird. Wir werden sehen, wie die Kommunistische Internationale vorhatte, durch die Weltrevolution die Möglichkeit zu schaffen, die schmerzhafteste Phase der Akkumulation des Kapitals und der Errichtung von bürgerlichen Nationalstaaten im ganzen Orient zu kürzen.

ZWEI PHASEN DES KAPITALISMUS

Ein Punkt bleibt noch zu präzisieren: Unter welchen historischen Bedingungen und aufgrund welcher Kriterien kann sich die "nationale Frage" dem Proletariat stellen als Frage seiner Mitwirkung bei den nationalen Massenbewegungen und seiner Unterstützung für sie? Zitieren wir noch einmal Lenin:

"Der Kapitalismus kennt in seiner Entwicklung zwei historische Tendenzen gegenüber der nationalen Frage. Die erste ist das Erwachen des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, der Kampf gegen jede nationale Unterdrückung, die Schaffung von Nationalstaaten. Die zweite ist die Entfaltung

und Regelmäßigkeit aller Beziehungen zwischen den Nationen, die Zerstörung der nationalen Barrieren, die Schaffung einer internationalen Einheit des Kapital und, im allgemeinen, die Internationalisierung des Wirtschaftslebens, der Politik und der Wissenschaft.

Diese zwei Tendenzen bilden ein universelles Gesetz des Kapitalismus. Die erste herrschte am Anfang seiner Entwicklung vor; die zweite kennzeichnet den bereits reifen Kapitalismus, der sich in Richtung auf seine Transformation in eine sozialistische Gesellschaft bewegt." (*Notes critiques sur la question nationale* 1913, übersetzt aus dem französischen).

Die natürliche Tendenz des Kapitalismus geht also dahin, die nationalen Besonderheiten zu vernichten, sowie die Eigentumsverhältnisse, die er geschaffen hat. Gegen die vorkapitalistische Regimes fördert der Kapitalismus die Gleichheit der Nationen und das "gleiche" Recht auf Privateigentum. Jedoch die Bewegung der kapitalistischen Konzentration selbst schafft die Kleinbesitzer ab und führt auf Weltebene zur Bildung von Kartellen und Trusts, die selbst dem stärksten Staat ihren Willen aufzwingen.

Also in der ersten Phase der kapitalistischen Entwicklung kämpfen die Marxisten für die Selbständigkeit einer unterdrückten Nation, für ihre politische Vereinigung auf demokratischer Grundlage, weil diese die Bedingungen einer raschen Durchsetzung des Kapitalismus sind, d.h. der Beseitigung aller alten ökonomischen und sozialen Strukturen in einem bürgerlichen Sinne und des Auftretens des Gegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital in reiner Form. In der zweiten Phase, in der Phase des reifen Kapitalismus, wo die Bourgeoisie den Staat in ihrer Hand hat und die demokratischen Reformen alles gegeben haben, was sie im Sinne einer Entwicklung der Klassengegensätze geben konnten, stellt jeder Aufruf zur "nationalen Einheit", jedes "nationale Programm" einer Arbeiterpartei nichts anderes dar, als den Verrat der Klasseninteressen des Proletariats und die Verteidigung des bürgerlichen "Vaterlandes".

Die II. (sozialistische) Internationale ist nach einer langen Entartung zu diesem Hochverrat gelangt. Die Moskauer Internationale hat auch kein anderes Ende gekannt. Was Lenin 1914 in Erinnerung gerufen hatte, nämlich die historischen und geographischen Grenzen der revolutionären nationalen Bewegungen - die Konterrevolution spielte sich nunmehr, wie die Revolution, im Weltmaßstab ab -, wurde über den Haufen geworfen. Lenin hatte genaue Kriterien aufgestellt:

"In Westeuropa, auf dem Festland, umfaßt die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen einen ziemlich bestimmten Zeitraum, etwa von 1789 bis 1871. Gerade diese Epoche war die Epoche der nationalen Bewegungen und der Herausbildung von Nationalstaaten. Nach Abschluß dieser Epoche war Westeuropa bereits zu einem System von bürgerlichen Staaten geworden, und zwar in der Regel von national einheitlichen Staaten. Heute in den Programmen der westeuropäischen Sozialisten das Selbstbestimmungsrecht suchen, heißt daher das ABC des Marxismus nicht begreifen.

In Osteuropa und in Asien hat die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen erst im Jahre 1905 begonnen. Die Revolution in Rußland, in Persien, in der Türkei, in China, die Kriege auf dem Balkan - das ist die Kette von Weltereignissen UNSERER Epoche in unserem "Osten". Und in dieser Kette von Ereignissen kann nur ein Blinder das Erwachen EINER GANZEN REIHE von bürgerlich-demokratischen Nationalbewegungen, von Bestrebungen zur Schaffung national unabhängiger und national einheitlicher Staaten nicht wahrnehmen." (Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, op. cit. S. 693/694)

Dasselbe, was Lenin in bezug auf Europa schrieb, gilt heute für alle Nationen, wo sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Nationalstaat errichtete, und

das Proletariat infolge der weltweiten Konterrevolution nicht in der Lage war, die bürgerliche Revolution zu einer "doppelten Revolution", die in seiner Machtergreifung gipfelt, zu machen. In allen diesen Staaten bleibt dem Proletariat nichts anderes übrig, als sich als Klasse zu organisieren und gegen die Bourgeoisie zu kämpfen: seine Strategie schließt das Zusammenkämpfen mit der eigenen Bourgeoisie nicht mehr ein.

Die historische "Entwicklung", von denen die bürgerlichen Progressisten alles erwarten, hat (und man weiß, mit welchen Opfern!) die MATERIELLEN BEDINGUNGEN geschaffen, damit das Proletariat der rückständigen Länder den Kampf gegen seine eigene Bourgeoisie aufnimmt, während die Perspektive von Lenin und der Kommunistischen Internationale darin bestand, daß das Proletariat des Orients auf der Welle der nationalen Bewegung die Macht ergreift, um im Rahmen der Weltrevolution die Phase der Schaffung von Nationalstaaten in Asien zu überspringen.

Die Parolen des chinesischen "Sozialismus" bestehen aber in der Klassenkollaboration des Proletariats mit der Bourgeoisie, und dies im Rahmen einer bereits vollzogenen bürgerlichen Revolution!

DIE "GENERALPROBE": RUSSLAND 1905, CHINA 1911

Fast die ganze II. Internationale vertrat die Meinung, daß die bürgerliche Demokratie mit ihrer Erweiterung und ihren "Fortschritten" die notwendige und ausschließliche Bedingung für den "Übergang" zum Sozialismus darstellte. Die beste Widerlegung gab ihr der Sieg der Diktatur des Proletariats in Rußland, einem Land, das weder die "Vorteile" des parlamentarischen Regimes noch eine starke kapitalistische "Entwicklung" kannte. Die offizielle Position der Sozialisten der II. Internationale und der russischen Menschewiki bestand darin, die Möglichkeit der Machteroberung in Rußland zu negieren und die Notwendigkeit einer bürgerlichen verfassungsmäßigen Phase zu behaupten. Diese Position vertrat die Partei von Maotsetung während der ganzen chinesischen Revolution. "Nur durch die Demokratie kann man zum Sozialismus gelangen", erklärte Mao in seinem Bericht über die Koalitionsregierung auf dem VII. Kongreß der KPCh 1945. Dieser Punkt allein genügt, um den völligen Bruch mit der Tradition des Bolschewismus und den Perspektiven der Kommunistischen Internationale zu kennzeichnen.

Wir werden hier nicht auf die "Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage", die Lenin für den zweiten Kongreß der Komintern geschrieben hat, zurückkommen. Wir veröffentlichen diese Leitsätze als Anhang, damit der Leser den ganzen Unterschied zwischen der Perspektive der Kommunisten und den moskauer und pekinger "Theorien" (und nicht nur diesen!) feststellen kann. Zwei von den drei Punkten, die für Lenin die Grundlage der Leitsätze darstellten, müssen aber schon jetzt hervorgehoben werden: 1) die genaue Wertung des geschichtlich gegebenen und vor allem wirtschaftlichen Milieus, 2) die ausdrückliche Ausscheidung der Interessen der unterdrückten Klassen aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen, die die Interessen der herrschenden Klasse bedeuten. Mit dieser Methode hat sich der Bolschewismus den Weg zur Macht gebahnt. Sollte sie, auf China angewendet, zu anderen Ergebnissen führen, die Prognosen des Marxismus widerlegen? Wir verneinen es.

Mit der Forderung nach einer genauen Wertung des geschichtlichen und wirtschaftlichen Milieus bekämpfte Lenin die formelle Forderung nach abstrakten Prinzipien der bürgerlichen Demokratie und zielte auf eine rigorose Bestimmung der ROLLE DER SOZIALEN KLASSEN in den Revolutionen des Orients. Er hatte unterstrichen, daß in Rußland die Bourgeoisie eine totgeborene Klasse war und daß man nicht erwarten konnte, daß sie von sich aus ihre politischen und sozialen Aufgaben erfüllt. Die Erfahrung der Reform von

1861, der Revolutionen von 1905 und Februar 1917 hatten ihre Unfähigkeit und ihre Bereitschaft, sich bei der ersten Gefahr in die Arme des Zarismus zu werfen, hinreichend gezeigt. Die bürgerliche Revolution war unmöglich als Revolution der Bourgeoisie. Man weiß, daß Stalin zwischen Februar und April 1917 diesen Standpunkt nicht teilte, da er für die Einberufung der gesetzgebenden Versammlung und die Auflösung der Sowjets auftrat. Vor allem weiß man, daß er zwischen 1924 und 1927 die ganze Taktik der KP Chinas von der Auffassung ableitete, daß die antikoloniale Bourgeoisie revolutionärer auftreten könnte als die antizaristische russische Bourgeoisie und wiederholt behauptete, daß die Lehren der russischen Revolution nicht auf China angewandt werden konnten.

Der Lauf der chinesischen Revolution und die Prognosen Lenins widersprachen vollständig dieser "Theorie", die, wie wir im ersten Kapitel zeigten (Bulletin Nr. 10), typisch menschwistisch ist.

Da die chinesische Bourgeoisie zögerte, die Bauernschaft zu bewaffnen, um dadurch die nationale Einheit zu verwirklichen und mit dem ausländischen Imperialismus radikal zu brechen, mußte die Partei der chinesischen Bourgeoisie der Partei von Mao, ihrem Testamentsvollstrecker, den Platz abgeben. Ihre angeborene Schwäche und ihre Widersprüche zeigten sich aber bereits 1911, während der ersten chinesischen Revolution. Die Bewegung hatte die Mandschu-Dynastie gestürzt und Sun Yat-sen die Macht gegeben. Dieser beeilte sich aber, zugunsten eines dubiosen Militaristen (Yuan Che-kai) abzutreten, der nach Meinung Suns besser geeignet war, "das Land zu vereinigen, die Stabilität der Republik zu sichern, weil er das Vertrauen der ausländischen Mächte genießt". In einem Brief an Tchitcherin, gestand Sun Yat-sen später (28. August 1921): "Mein Rücktritt war ein grober politischer Fehler, dessen Folgen mit einer Ersetzung Lenins durch Koltschak, Judenitsch oder Wrangel vergleichbar sind".

In einem Artikel von 1912 untersuchte Lenin wie folgt die politischen und sozialen Umstände der ersten chinesischen Revolution:

"Das Wahlrecht ist nicht allgemein und nicht direkt. (...) Schon ein solches Wahlrecht weist auf ein Bündnis der wohlhabenden Bauernschaft mit der Bourgeoisie hin, bei einem Fehlen oder bei völliger Ohnmacht des Proletariats.

Auf denselben Umstand weist auch der Charakter der politischen Parteien Chinas hin. Es gibt drei Hauptparteien:

1. Die "radikalsozialistische" - in der es in Wirklichkeit genau wie bei unseren "Volkssozialisten" (und bei neun Zehntel der "Sozialrevolutionäre") **a b s o l u t g a r k e i n e n** Sozialismus gibt. Es ist das eine Partei der kleinbürgerlichen **D e m o k r a t i e**. Ihre Hauptforderungen sind: politische Einheit Chinas, Entwicklung des Handels und der Industrie "im sozialen Sinne" (eine ebenso nebelhafte Phrase wie das "Prinzip der Arbeit" und die "Ausgleichung" bei unseren Volkstümlern und Sozialrevolutionären), Erhaltung des Friedens.
2. Die zweite Partei sind die Liberalen. Sie sind im Bunde mit der "radikalsozialistischen" Partei und bilden mit ihr zusammen die "**N a t i o n a l p a r t e i**". Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese Partei die Mehrheit im ersten chinesischen Parlament haben. Der Führer dieser Partei ist der bekannte Dr. Sun Yat-sen. Jetzt ist er besonders beschäftigt mit der Ausarbeitung des Planes eines ausgedehnten Eisenbahnnetzes (den russischen Volkstümlern zur Kenntnis: Sun Yat-sen tut das **d e s h a l b**, damit China dem Schicksal des Kapitalismus "entgehe").
3. Die dritte Partei nennt sich "Bund der Republikaner" - ein Musterbeispiel dafür, wie trügerisch Aushängeschilder in der Politik sind! In Wirklichkeit ist das die **k o n s e r v a t i v e** Partei, die sich hauptsäch-

lich auf die Beamten, die Gutsbesitzer und die Bourgeoisien o r d chinas, d.h. des rückständigsten Landesteils, stützt. Die "National"partei ist vorwiegend die Partei des mehr industriellen, fortgeschritteneren, entwickelteren S ü d e n s von China

Die Hauptstütze der "Nationalpartei" ist die breite Bauernmasse. Ihre Führer sind im Ausland erzogene Intellektuelle.

Die chinesische Freiheit ist erobert worden durch das Bündnis der bäuerlichen Demokratie und der liberalen Bourgeoisie. Ob die Bauern, die nicht von einer Partei des Proletariats geführt werden, imstande sein werden, ihre demokratische Position g e g e n die Liberalen zu behaupten, die nur auf den geeigneten Moment warten, um nach rechts umzufallen - das wird die nahe Zukunft zeigen.

(Lenin, "Das erneuerte China", 8. November 1912, Werke Bd. 13, S.393/394)

Die Beweise für die Feigheit der chinesischen Bourgeoisie ließen nicht auf sich warten. Yuan Che-kai lieferte das Land prompt der Reaktion aus, und Lenin konnte ein paar Monate später schreiben:

"Die asiatischen Revolutionen haben uns die gleiche Charakterlosigkeit und Niedertracht des Liberalismus gezeigt, die gleiche außerordentliche Bedeutung der Selbständigkeit der demokratischen Massen, die gleiche deutliche Abgrenzung des Proletariats von jeglicher Bourgeoisie." (Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, 1. März 1913, Werke Bd. 13, S. 579).

DER IMPERIALISTISCHE KRIEG UND DIE PERSPEKTIVEN DER PROLETARISCHEN REVOLUTION IN ASIEN

Es bedarf des ersten Weltkriegs, um die gute Verständigung zwischen der russischen Bourgeoisie und dem Zarismus zu beenden und die soziale Bewegung in Rußland freizusetzen. Die späteren Folgen des Krieges sollten sich auch als sehr wichtig für den Orient erweisen, der Schauplatz aller imperialistischen Appetite war. Die Nachkriegszeit stellte in der Tat das chinesische Proletariat in den Vordergrund der politischen Szene und bestätigte die Perspektiven der Kommunistischen Internationale: direkter Kampf für die Sowjetmacht in ganz Asien.

Der langanhaltende Bruch der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Metropolen im Krieg hatte zu einer bemerkenswerten Entwicklung des einheimischen Kapitalismus geführt, der der Restauration der alten Handelsmonopole feindlich gegenüberstand. Andererseits wurde der imperialistische Konflikt im Orient durch das Auftreten neuer Konkurrenten verschärft. Die USA, von Japan gefolgt, verfochten die Politik der "offenen Tür" gegen die europäischen Konkurrenten. Die Prinzipien dieser Politik hatte Wilson wie folgt beschrieben: "Freiheit der Meere", "Völkerbund", "Internationalisierung der Kolonien".

Diese Situation hat die Widersprüche der chinesischen Bourgeoisie zugespitzt. Diese hatte am imperialistischen Krieg teilgenommen, in der Hoffnung, nach dem "Sieg" die Besitztümer Deutschlands in China zurückzubekommen. Der Versailler Frieden übertrug aber diese Besitztümer ganz einfach auf Japan. Die daraus entstandene Enttäuschung und Unzufriedenheit führten zur Bewegung vom 4. Mai 1919. Es war nicht mehr möglich, die Politik der Unterstützung des einen Imperialismus gegen den anderen fortzusetzen. Die Konferenz von Washington setzte die Politik der "offenen Tür" durch, die Perspektiven dieser Politik traten aber in einen immer größeren Gegensatz zum Traum von Sun Yat-sen, ein Konsortium der Großmächte zu bilden, um die Wirtschaftsentwicklung Chinas durchzuführen.

Die Position der in Kanton entstandenen nationalistischen Regierung war aber keineswegs glänzend. Es wurden keine Maßnahmen zugunsten der Arbeiter

und Bauern ergriffen, die aus der Armee desertierten. Der Feldzug gegen die Militaristen im Norden und für die Vereinigung Chinas war gefährdet. Selbst die Macht von Sun Yat-sen wurde mehrmals bedroht. Es war notwendig, daß die stalinisierte Internationale Leute entsandte, um die Kuomintang mit Hilfe der Kommunisten zu reorganisieren und die Situation zu retten. Borodin, der Delegierte der Internationale, verfaßte ein Manifest der wiedervereinigten Kuomintang, die jetzt als "Volkspartei" dargestellt wurde. Und die chinesischen Proletarier wurden dazu verleitet, ihre Klassenselbstständigkeit solchen schönen Phrasen zu opfern. Die Thesen des IV. Kongresses der Internationale zur Orientfrage (1922) konnten nicht besser mit Füßen getreten werden. In diesen Leitsätzen steht:

"Die junge Arbeiterbewegung im Osten ist ein Produkt der Entwicklung des einheimischen Kapitalismus der letzten Zeit. (...) Häufig kommt es vor, - schon der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale hat darauf hingewiesen -, daß die Vertreter des bürgerlichen Nationalismus unter moralischer Ausnutzung der politischen Autorität Sowjetrußlands und in Anpassung an den Klasseninstinkt der Arbeiter ihre bürgerlich-demokratischen Bestrebungen in eine "sozialistische" und "kommunistische" Form kleiden, um auf diese Weise, zuweilen ohne sich selbst dessen bewußt zu sein, die ersten aufkeimenden proletarischen Vereinigungen von den unmittelbaren Aufgaben einer Klassenorganisation abzulenken (so die Partei Eschil-Ordu, die den Pantürkismus in der Türkei kommunistisch verbrämt hat, so der "Staatssozialismus", der von einigen Vertretern der Partei "Kuomintang" in China gepredigt wird)". (Protokoll des IV. Kongresses, Seite 1038).

Weit davon entfernt, diese Politik der chinesischen Bourgeoisie als einen Zusammenbruch der bürgerlichen Klassenführung der nationalen Bewegung zu verstehen, sah die stalinisierte Internationale später darin ein besonderes Kennzeichen ihrer "revolutionären" Natur. Das stand im Gegensatz nicht nur mit den Prognosen der Internationale sondern auch mit der Masse von Tatsachen, die sich seit den ersten Kongressen akkumuliert hatte.

Lenin schrieb in seinen Leitsätzen von 1920, daß die ganze Politik der imperialistischen Staaten nach dem Kriege "den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und über die Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus" beschleunigte, sowie, daß "ohne Sieg über den Kapitalismus die Vernichtung der nationalen Unterdrückung und der Nichtgleichberechtigung unmöglich ist", was die Kuomintang-Regierung von Kanton den Arbeitern und Bauern beweisen sollte.

Schließlich hatte Lenin dem Wirtschaftsplan von Sun Yat-sen (einer Utopie unter dem Kapitalismus) im voraus entgegnet und gezeigt, daß nur eine Föderation von sowjetischen Republiken (als Übergangsform zur vollen Vereinigung der Werktätigen aller Nationen) "das Bestreben zur Schaffung einer einheitlichen Weltwirtschaft nach einem gemeinsamen Plan, der vom Proletariat aller Nationen geregelt wird", verwirklichen könnte.

Wie man sieht, nicht erst 1964(2) wurden alle Ersatz-"Lösungen" der "nationalen" Bourgeoisie und des Weltimperialismus zurückgewiesen, sondern bereits vor Beginn der chinesischen Revolution. Der imperialistische Krieg hatte gezeigt, daß die Weltwirtschaft als Ganzes reif für die sozialistische Umwandlung war. Der Sieg des Proletariats in Rußland hatte alle Länder vor die Alternative gestellt: kommunistische Revolution oder bürgerliche Konterrevolution.

(2) Wir erinnern den Leser daran, daß die Artikelreihe "Die soziale Bewegung in China" 1964 veröffentlicht wurde. Die Periodisierung ein paar Zeilen weiter wurde unter Berücksichtigung der erst später durchgesetzten Bildung von Nationalstaaten (z.B. Indochina, das jüngste Beispiel Angola usw.) ergänzt.

"Vom Augenblick an", sagte Sinowjew auf dem Kongreß von Baku, "wo ein Land (und sei es ein einziges) sich von den Ketten des Kapitalismus befreit hat, wie Rußland es tat; von dem Augenblick an, wo die Arbeiter die Frage der proletarischen Revolution auf die Tagesordnung gesetzt haben, können wir sagen, daß China, Indien, die Türkei, Persien, Armenien den direkten Kampf für das Sowjetregime aufnehmen können und müssen".

Dieser war der Sinn aller Texte der Kommunistischen Internationale über die koloniale Frage: "Manifest" des 1. Kongresses (1919); Leitsätze von Lenin für den 2. Kongreß (1920) mit den Zusätzen von Roy, die sich besonders mit China und Indien befaßten; Thesen des Kongresses der Völker des Ostens (Baku, September 1920) über die Agrarfrage (Radek) und über die "Sowjetmacht im Orient" (Béla Kun); schließlich die Leitsätze des 4. Kongresses über die Orientfrage, die von Safarcw vorgebracht wurden (1922).

Die Aufteilung der verschiedenen revolutionären Perioden kann also wie folgt ergänzt werden:

- 1789-1871: bürgerliche Revolutionen im europäischen Festland, sowie in Nordamerika und Japan;
- seit 1905 - national-revolutionäre Bewegungen im ganzen afro-asiatischen Gebiet und in Osteuropa, mit einem EINZIGEN PROLETARISCHEN SIEG (Rußland 1917); diese Periode ist inzwischen für Mittel- und Ostasien, Nordafrika und einen Teil von Schwarzafrika abgeschlossen, von Osteuropa ganz zu schweigen. (3)
- 1917-1927: einheitliche Strategie der "permanenten Revolution" in den entwickelten kapitalistischen Ländern und in den Kolonien: wiederholte Niederlagen in Europa und in China lieferten den Rahmen für die stalinistische Konterrevolution in Rußland.

(3) Wir können im Rahmen dieses Artikels nicht auf die Entstehung der einzelnen Staaten eingehen und noch weniger auf die Bildung der Nationalstaaten z.B. in Lateinamerika. Es muß aber unterstrichen werden, daß das weltweite Verschwinden des Proletariats von der politischen Bühne die nationale Revolutionen der Kolonialländer nicht nur ihrer Perspektiven auf eine permanente Entwicklung zum Sozialismus hin beraubte, sondern diese Revolutionen voll den einheimischen Bourgeoisien auslieferte. Die Folge davon war und ist, daß eine radikale demokratische und Agrarrevolution ausblieb und die nationalen Bourgeoisien sich im Rahmen von Kompromissen mit den alten herrschenden Klassen und dem Imperialismus an die Macht hielten, um einen langwierigen Prozeß der reformistischen Umwandlung der alten Verhältnisse einzuleiten. Das Proletariat und die Bauernmassen dürfen alle Greuel des Kapitalismus UND der vorkapitalistischen Strukturen kosten.

DIE THEORIE DER "ETAPPEN" DER ANTIKOLONIALEN REVOLUTION

Der Beitritt der chinesischen Kommunisten zu der Kuomintang auf Anweisung Moskaus war kein bloßer taktischer Fehler (die Bolschewicki ihrerseits haben niemals einen solchen Fehler begangen, denn sie haben sich mit allen Mitteln von den Menschewicki und Sozialrevolutionären abgegrenzt). Er war auch kein Einschätzungsfehler hinsichtlich des Tempos, mit dem sich die Revolution entwickeln sollte. Es handelte sich vielmehr um einen prinzipiellen Kompromiß, um ein Verlassen der Kampfperspektiven, für die die Komintern überhaupt gegründet worden war: es handelt sich UM DIE UNTERORDNUNG DER KOMMUNISTEN UNTER DIE NATIONALE ESTRATEGIE DER CHINESISCHEN BOURGEOISIE. Dies hat den Diskussionen über die chinesische Revolution und die Niederlage unter den Schlägen der Tschang Kai-tschek-Truppen eine große Bedeutung für den Sieg der stalinistischen Theorie des "Sozialismus in einem Land" gegeben.

In den Vorträgen, die er zwischen Januar und August 1924 über die "Drei Prinzipien des Volkes" in Kanton hielt, hat Sun Yat-sen als erster eine Theorie der Phasen ausgearbeitet, diese Theorie trennte "säuberlich" alle "Etappen", die die chinesische Revolution durchlaufen sollte, um zu ihrem bürgerlichen Ziel zu gelangen.

Das Prinzip des NATIONALISMUS machte für seine Verwirklichung eine ganze Periode REIN MILITÄRISCHER AKTIONEN erforderlich, deren wesentliches Ziel der Sieg über die "Militaristen" und die Vertreibung der ausländischen Imperialisten war.

Erst wenn dieses Ziel erreicht wäre, könnte man zu einer ZWEITEN, "ERZIEHERISCHEN" Periode übergehen, die durch Errichtung eines parlamentarischen Regimes das Prinzip der DEMOKRATIE verwirklichen sollte.

Die dritte Periode war schließlich die des "Sozialismus" oder, in der Urfassung von 1907 des "Volkswohls". Hier sollte man die ökonomische Demokratie durch eine gerechte Verteilung des Reichtums in die Tat umsetzen.

Die KPCh schloß sich dieser typisch bürgerlich-liberalen Theorie an. Sie hat sich nicht einmal gefragt, ob es möglich wäre, die Imperialisten zu verjagen, ohne die Bauernmassen zum Aufstand zu bringen; und auch nicht, ob die Bauernschaft ohne politische Führung des Proletariats ihre revolutionären Versprechen einhalten würde. In der chinesischen Frage widmete sich der Stalinismus einer "Stilübung", die darin bestand, die jeweilige "Etappe", in der man sich befinden sollte, festzustellen. Als die bürgerliche Konterrevolution zu grassieren anfang, hat Stalin sie im Namen der "Ersten Etappe" gerechtfertigt. Als die Verschärfung des Klassenkampfes, der Druck der chinesischen Kommunisten und die Kritiken von Trotzki die Internationale vor die dringende Frage stellten, die Kuomintang zu verlassen und Sowjets zu bilden, reagierte Stalin mit der vollständigen Übernahme der "Etappentheorie" von Sun Yat-sen und verlieh dieser "Theorie" eine völlig ausgearbeitete und "klassische" Form, die sich in der Folge den Kommunisten aller Kolonialländer aufzwingen sollte.

Die stalinistischen Thesen über die "Fragen der chinesischen Revolution" vom April 1927 sind bezeichnend:

"In der ersten Periode der chinesischen Revolution, in der Periode des ersten Feldzugs nach dem Norden, als sich die nationale Armee dem Jangtse näherte und Sieg auf Sieg errang, eine machtvolle Bewegung der Arbeiter und Bauern sich aber noch nicht entfaltet hatte, ging die nationale Bourgeoisie (nicht die Kompradoren) mit der Revolution. Das war eine Revolution der vereinigten GESAMTNATIONALEN Front." (...)

Der Umsturz Tschang Kai-tscheks bedeutet, daß die Revolution in die zweite Etappe ihrer Entwicklung getreten ist, daß eine WENDUNG von der Revolution

der vereinigten GESAMTNATIONALEN Front zur Revolution der Millionenmassen der ARBEITER UND BAUERN, zur AGRARREVOLUTION begonnen hat..."

Die "Thesen" von Stalin enthielten keine "dritte Etappe". Einige Monate später, auf dem Plenum des ZK der KPdSU sollte er aber diese letzte Etappe einführen; diese Etappe "die noch nicht vorhanden ist, die aber kommen wird", nannte er die sowjetische Revolution. In seiner Rede auf demselben Plenum bemühte sich Stalin, seine "Theorie" zu rechtfertigen und verfälschte dazu die ganze Erfahrung der russischen Revolution:

"Nehmen Sie Lenins Aprilthesen und Sie werden sehen, daß Lenin zwei Etappen in unserer Revolution unterschied: Die erste Etappe war die bürgerlich-demokratische Revolution mit der Agrarbewegung als ihrer Hauptachse; die zweite Etappe war die Oktoberrevolution mit der Machtergreifung durch das Proletariat als ihrer Hauptachse".

Mehr kann man den Sinn der Aprilthesen von 1917 wohl nicht entstellen. Wenn Lenin von zwei Etappen der russischen Revolution sprach, so geschah dies nicht - wie bei Stalins Thesen von 1927 - um sich der Losung der Sowjetmacht entgegenzustellen, sondern um diese Losung zu lancieren; nicht, um irgendeine verfassungsmäßige Vollendung der bürgerlichen "Etappe" abzuwarten, sondern im Gegenteil, um die Festigung der Bourgeoisie zu verhindern; schließlich um die widerspanstigen "alten Bolschewicki", wie Stalin, bereifen zu machen, daß sie ihre menschwistische Illusionen über Bord werfen müssen. In Wirklichkeit war die Revolution von 1905 sowenig eine "bürgerliche demokratische Etappe", daß Lenin sie oft als "GENERALPROBE" der Revolution von 1917 bezeichnete. Warum eine "Generalprobe"? Weil die russische Revolution von 1905 im Keim alle politischen und sozialen Merkmale der Revolution von 1917 und aller "Doppelrevolutionen" in Asien enthielt; weil 1905 alle Phasen und - wenn man das Wort benutzen will - alle "Etappen" dialektisch verbunden und die Notwendigkeit der Sowjetmacht und der Diktatur der kommunistischen Partei vollkommen nachgewiesen hatte.

Die chinesische Revolution hat diese Lehre nicht widerlegt. Sie lieferte im Gegenteil den indirekten Beweis für ihre Richtigkeit. Ein Jahr nach dem ersten Handstreich Tschang-Kai-tscheks, weigerte sich Stalin hartnäckig, die Kuomintang zu verlassen und die Losung der Sowjets auszugeben. Sehen wir uns an, wie er in seinen "Thesen" die wichtigsten Ereignisse der Revolution und der Konterrevolution in China bewertet:

"Der Versuch Tschang-Kai-tscheks im März 1926, die Kommunisten aus der Kuomintang zu vertreiben war der erste ernsthafte Versuch der nationalen Bourgeoisie, die Revolution zu zügeln. Bekanntlich war das ZK der KPdSU schon damals der Meinung, daß die 'Linie des Verbleibens der Kommunistischen Partei in der Kuomintang verfolgt werden muß', daß 'man es dahin bringen muß, daß die Rechten aus der Kuomintang ausscheiden oder ausgeschlossen werden' (April 1926)..."

"Der Umsturz Tschang Kai-tscheks (es handelt sich um das Massaker der Kommunisten von Schanghai und Hanking und um die Bildung einer Regierung aus Kuomintang-"Rechten" in dieser Stadt, - Verm. IKP) bedeutet, daß es in Südchina nunmehr zwei Lager, zwei Regierungen, zwei Armeen, zwei Zentren geben wird - das Zentrum der Revolution in Wuhan und das Zentrum der Konterrevolution in Hanking". (...)

"Daraus folgt aber, daß die Politik der Erhaltung der Einheit der Kuomintang, die Politik der Isolierung der Rechten innerhalb der Kuomintang und ihrer Ausnutzung (sic!) für die Zwecke der Revolution, den neuen Aufgaben der Revolution bereits nicht mehr entspricht. Diese Politik muß durch eine Politik der entschlossenen Vertreibung der Rechten aus der Kuomintang ersetzt werden, durch eine Politik des entschlossenen Kampfes gegen die Rechten bis zu ihrer vollständigen politischen Vernichtung, durch eine Politik der Konzentrierung der gesamten Macht im Lande in den Händen der revolutionären Kuomintang als eines Blocks zwischen den linken Kuomintangleuten und den Kommunisten".

Einige Monate später verjagt die "linke" Kuomintangregierung ihrerseits die Kommunisten und entfesselt die Repression. Die Arbeiter von Kanton antworten mit dem Versuch, ihre Diktatur gegen ALLE Kuomintangströmungen zu errichten. Ihre richtige Losung und ihre unvermeidliche Niederlage (unvermeidlich wegen der bisher von Moskau verfolgten Politik) fassen alle Lehren der chinesischen Revolution zusammen: der Einsatz und die Grenzen der Revolution lagen nicht an dem Sieg oder Niederlage des "Blocks der vier Klassen", sondern an dem Sieg oder Niederlage ENTWEDER DER NATIONALEN BOURGEOISIE ODER DES PROLETARIATS. Die stalino-maoistische Geschichtsschreibung hingegen (entsprechend ihrer Klassennatur) stellt die revolutionäre Bewegung von 1924-27 als eine bloße "Etappe" der bürgerlichen Revolution in China.^{daß} So sagte Stalin in einer "Besprechung mit Studenten der Sun Yat-sen-Universität" Mai 1927:

"Natürlich konnte der Umsturz Tschiang Kai-tscheks (gemeint ist der "Verrat" Tschangs, den Stalin einen "Abtrünnigen" nennt, und der die Macht eroberte, um gegen die Kommunisten und das Proletariat eine Offensive zu entfesseln. - Anm. IKP) nicht vor sich gehen, ohne daß die Arbeiter in einer Reihe von Gebieten eine Teilniederlage erlitten. Aber das ist nur eine Teilniederlage, nur eine zeitweilige Niederlage. In Wirklichkeit ist die Revolution IM GANZEN mit dem Umsturz Tschiang Kai-tscheks in eine höhere Phase ihrer Entwicklung getreten, in die Phase der AGRARBewegung". (4)

Von diesem "strategischen" Schema - sich der nationalen Bourgeoisie auszuliefern, von ihr "verraten" und niedergemetzelt zu werden, und darin eine "Teilniederlage" und gleichzeitig ein "Vorrücken" der Revolution zu sehen - ließ der Stalinismus nicht ab. Wie kann es eine "Teilniederlage" aber geben, wenn die kommunistische Partei ausgerottet wird, wenn es sich um einen bewaffneten Kampf um die EROBERUNG DER MACHT handelt? Moskau weigerte sich, diesen Kampf vorzubereiten, Moskau sabotierte diesen Kampf: DENNOCH EREIGNETE SICH DIESER KAMPF und endete mit der Ausrottung des chinesischen Proletariats. Daß diese Niederlage notwendig war, damit die nationale Revolution "im ganzen" in die "Phase der Agrarbewegung" tritt, geben wir hundertprozentig zu. Deshalb muß man aber mit Trotzki sagen, daß in China die bürgerliche Revolution nur als BÜRGERLICHE KONTERREVOLUTION möglich war. Und man muß hinzufügen, daß SEIT 1927 die Periode abgeschlossen ist, wo die bürgerliche Revolution des Orients auf dem proletarischen und internationalistischen Gleis des russischen Oktobers vorwärtsgen konnte.

DAS ERBE SUN YAT-SENS: DIE "NEUE DEMOKRATIE"

Die Lehren, die wir aus der Niederlage von 1927 ziehen, unterscheiden sich radikal von den Lehren des russischen oder chinesischen Stalinismus. Es gab keine Niederlage der nationalen Bewegung durch Abtrünnigkeit der chine-

- (4) Die zitierten Texte von Stalin sind in deutsch in einem maoistischen Sammelband zu finden, "Stalin und die chinesische Revolution", Verlag 20. Mai, München 1971, dessen Herausgeber sich bemüht haben, die niederträchtigsten Beispiele stalinistischer "Politik" selbstverständlich mit apologetischen Zielen zusammenzufassen.

sischen Bourgeoisie, sondern Vernichtung des internationalistischen Proletariats, weil dieses seine Klassenpositionen aufgab. Es war die Ebbe der nationalen Bewegung, die teilweise und zeitweilig war, während die Niederlage des Proletariats vollständig und endgültig war - zur Beruhigung der nationalen Kräfte, die somit ohne proletarische Drohung ihren nichtsdestotrotz halbherzigen bürgerlichen Weg weiterführen konnten.

Mao Tse-tung interpretiert diese geschichtliche Periode in seiner Rede von April 1945 über die Koalitionsregierung wie folgt:

"Im Jahre 1924 hatte Dr. Sun Yat-sen, den Vorschlägen der Kommunistischen Partei Chinas zufolge, den 1. Nationalkongreß der Kuomintang, an dem auch die Kommunisten teilnahmen, einberufen, die drei politischen Hauptrichtlinien - Bündnis mit Rußland, Bündnis mit der Kommunistischen Partei, Unterstützung der Bauern und Arbeiter - festgelegt, die Huangpu-Militärakademie errichtet, die nationale Einheitsfront der Kuomintang, der Kommunistischen Partei und aller Bevölkerungskreise geschaffen. Dadurch wurden in den Jahren 1924/25 die reaktionären Kräfte in der Provinz Kuangtung liquidiert; in den Jahren 1926/27 wurde der Nordfeldzug erfolgreich durchgeführt".

Mao sagt nicht, daß das "Ergebnis", der "Erfolg" dieser Politik das Massaker des chinesischen Proletariats war. Abgesehen von seiner merkwürdigen strategischen Einschätzung (plötzlich sah die Kuomintang ihre Verbündeten von gestern als Feinde und die Feinde von gestern als Verbündete), muß man hervorheben, daß er alles von einem nationalen Standpunkt aus sieht. Und dieser Standpunkt besteht darin, gegenüber der Konterrevolution zu beklagen: "der Bürgerkrieg (trat) an die Stelle des Zusammenschlusses, die Diktatur an die Stelle der Demokratie, ein in Finsternis gehülltes China an die Stelle eines lichterfüllten China". (Ausz. Werke, Bd. III, S. 246).

Einmal mehr bewahrheitete sich die Feststellung Lenins: die bürgerliche Revolution war unmöglich als Revolution der Bourgeoisie. Diese entfesselte vielmehr eine Konterrevolution gegen das Proletariat, konnte aber diesen Sieg nicht ausnutzen. Dadurch aber, daß das Programm von Sun Yat-sen von der kleinbürgerlichen Partei von Mao übernommen wurde, wurde es nicht "revolutionärer". Wir haben es hinsichtlich der Agrarfrage gesehen. Dasselbe gilt auch für die Fragen der politischen Demokratie und des Kampfes gegen den Imperialismus. Die Partei von Mao hat nichts überlassen, damit die Verwirklichung dieses Programms den Rahmen der nationalen bürgerlichen Interessen strikt einhält und die Klassenkollaboration nicht gefährdet.

"Manche sind mißtrauisch, ob die kommunistische Partei, wenn sie einmal an die Macht gelangt ist, nicht die Diktatur des Proletariats und ein Einparteiensystem nach dem Vorbild Rußlands schaffen wird. Wir antworten darauf, daß zwischen einem neudemokratischen Staat des Bündnisses einiger demokratischen Klassen und einem sozialistischen Staat unter proletarischer Diktatur ein prinzipieller Unterschied besteht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unsere neudemokratische Ordnung unter Führung des Proletariats, unter Führung der Kommunistischen Partei geschaffen werden wird (Kann denn das kommunistische Proletariat eine Macht errichten, die nicht die seiner Diktatur sei? - IKP). Doch in China ist die Diktatur einer einzigen Klasse und die Monopolstellung einer einzigen Partei in der Regierung während der gesamten Periode der Neuen Demokratie unmöglich, und es darf daher diese Staatsordnung nicht geben". (ebda, S. 276).

Diese "prinzipiellen" Beteuerungen sind mindestens pikant, wenn man an die "marxistisch-leninistischen" Lehren denkt, die Peking heute Moskau erteilen möchte. Gestern erklärte sich Moskau für eine "Diktatur des Proletariats", später wurde uns gesagt, diese habe sich in einen "Staat des ganzen Volkes"

verwandelt, in Klarschrift in eine bürgerliche Demokratie. Dies kann man verstehen, denn es handelt sich um nichts anderes, als um die verzögerte juristische Auswirkung der stalinistischen Konterrevolution. Durch welches Wunder aber sollte der chinesische Staat, der auf den "drei Prinzipien des Volkes" gründet, sich in einen sozialistischen Staat, in eine Diktatur des Proletariats verwandelt haben?

Mao hat nicht mehr die jungfräuliche Unschuld des Populisten Sun Yat-sen, von der Lenin sprach. Er wird sich wohl kaum vorstellen können, daß die "drei Prinzipien des Volkes" und das Aufkommen der bürgerlichen Demokratie den Schlüssel für die Befreiung der Menschheit liefern. Der kleinbürgerliche Revolutionär trägt die Muttermale der bürgerlichen Konterrevolution: Sun Yat-sen + Stalin = Mao Tse-tung. Dasselbe Argument, mit dem er 1945 die Diktatur des Proletariats in China zurückwies, benutzte er 20 Jahre später, um die "neue Demokratie" in "sozialistischen Staat" umzutaufen:

"Die Ordnung in Rußland ist durch die historische Entwicklun Rußlands hervorgebracht worden. Dort wurde die Gesellschaftsordnung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft und die politische, ökonomische und kulturelle Ordnung der Demokratie neusten Typus, nämlich des Sozialismus, verwirklicht". (ebda, S. 276)

Hatte man 1917 in Rußland die "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" abgeschafft? Hatte man eine sozialistische Wirtschaft errichtet oder selbst an die Möglichkeit einer solchen "Errichtung" ohne Sieg der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern geglaubt? Nein. Darin liegt nicht der Sinn des Bolschewismus, der sehr genau wußte, auf welcher materiellen Grundlage er sich befand. Sein Sinn liegt in der Forderung der proletarischen Diktatur als UNIVERSELLE Form der Klassenmacht des Proletariats, auch in den "besonderen" Fällen wie Rußland oder China; in der Behauptung, daß diese Staatsmacht nicht nur möglich ist, sondern auch in den Ländern notwendig, die rückständig sind und nur eine schwache Entwicklung der "nationalen Wirtschaft" kannten. Das, was Mao 1945 der UdSSR als großrussisches nationales Privileg zugestand, fordert er heute mit Ausschließlichkeit für sein Vaterland: nicht die proletarische Diktatur, sondern den "sozialistischen Aufbau" durch die Akkumulation des Kapitals.

Viele Seiten des Berichtes von Mao "Über die Koalitionsregierung" sind der Untersuchung der ökonomischen Lösungen von Sun Yat-sen gewidmet: "Die neu-demokratische Wirtschaft, für die wir sind, entspricht ebenfalls den Prinzipien Dr. Sun Yat-sens" (S. 271). Im Agrarbereich hatte Sun die Lösung ausgegeben, die von der KPCh übernommen wurde: "Jedem Pflüger sein Feld"; in der Industrie und im Handel forderte das Manifest von 1924 eine "Einschränkung des Kapitals". Mao formuliert sein Programm wie folgt:

"Manche Leute argwöhnen, die chinesischen Kommunisten wären gegen die Entfaltung der individuellen Initiative, gegen die Entwicklung des Privatkapitals und gegen den Schutz des Privateigentums. Das ist aber ein Irrtum. Die ausländische und die feudale Unterdrückung fesseln brutal die Entfaltung der individuellen Initiative des chinesischen Volkes und die Entwicklung des Privatkapitals und zerstören das Eigentum der breiten Volksmasse. Die Aufgabe der neudemokratischen Ordnung dagegen, für die wir eintreten, besteht gerade darin, die Fesseln abzuschütteln und diesem Zerstörungswerk ein Ende zu setzen, damit den breiten Massen des Volkes die Möglichkeit gewährleistet wird, die Individualität im Gemeinschaftsleben frei zu entfalten, damit die privatkapitalistische Wirtschaft, die "nicht die Lebenshaltung der Nation kontrolliert", sondern ihr Nutzen bringt, frei entwickelt werden kann, damit das gesamte, auf anständige Weise erworbene Privateigentum geschützt wird." (ebda S., 271).

Die Untersuchung der "Verwirklichung" des bürgerlichen Programms im maoistischen China wird Gegenstand folgender Artikel sein. Hier geht es uns nur darum, auf das sozialistische Mäntelchen dieses Programms hinzuweisen, ein Element, das Lenin bereits bei Sun Yat-sen als REAKTIONÄR bezeichnete. Der politische Grundsatz des Reformismus war: nur durch die Demokratie kann man zum Sozialismus gelangen. Sein ökonomischer Grundsatz kann man so zusammenfassen: Die Entwicklung des "NATIONALEN" Kapitalismus ist eine absolute Voraussetzung des "sozialistischen Aufbaus".

Wir haben gezeigt, wie die revolutionäre Strategie der Kommunistischen Internationale die Beziehungen zwischen rückständigen Ländern und kapitalistisch entwickelten Ländern in der weltweiten Perspektive eines proletarischen Angriffs gegen die bürgerliche Macht erblickte. Die Größe Trotzki in der Frage der chinesischen Revolution lag nicht nur darin, DIE TAKTIK DER BOLSCHEWICKI - Vorherrschaft des Proletariats, Klassendiktatur - zu verteidigen. Trotzki kämpfte auch für die STRATEGIE DER WELTREVOLUTION, ohne die der Bolschewismus keinen Sinn hätte:

"Die Machteroberung durch das Proletariat schließt die Revolution nicht ab, sondern eröffnet sie nur. Der sozialistische Aufbau ist nur auf der Basis des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstab denkbar. Unter den Bedingungen des entscheidenden Übergewichts kapitalistischer Beziehungen in der Weltarena wird dieser Kampf unvermeidlich zu Explosionen, d.h. im Innern zum Bürgerkrieg und außerhalb der nationalen Grenzen zum revolutionären Krieg". (Thesen über die Permanente Revolution, 1929).

Die "Trotzkisten" von heute, die die Entwicklung des chinesischen Kapitalismus und seinen Konflikt mit Moskau als Sieg der permanenten Revolution feiern, zeigen dadurch nur, wie weit sie unter den Einfluß des Stalinismus und des bürgerlichen Fortschrittlertums geraten sind. Es ist eine Tatsache, daß der Kapitalismus mit seiner Entwicklung sein eigenes Grab vorbereitet. Er kann in China alle möglichen günstigen objektiven Bedingungen für das zahlenmäßige Wachstum des Proletariats und für das Wiederaufflammen des proletarischen Kampfes schaffen. Dies aber gegen sich selbst. Alles, was das Proletariat von ihm erwarten kann, ist, daß er dem Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital die reinste, die gewaltsamste Form verleiht, so weit wie möglich von reformistischen und kleinbürgerlichen Illusionen befreit. Unter diesem Gesichtspunkt sind aber die Verdienste des "chinesischen Sozialismus" während der revolutionären Periode gar nicht vorhanden gewesen, und nach der Machteroberung durch die maoistische Partei sind sie kaum größer geworden. Bekanntlich verneint Peking, das darin strikt der stalinistischen Tradition, von der sich Moskau abwandte, folgt, nicht, daß es in China Klassengegensätze gibt. Hören wir aber, was Mao immer nach seinem Bericht von 1945, darüberdenkt:

"Selbstverständlich gibt es zwischen diesen Klassen nach wie vor Widersprüche, von denen beispielsweise der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital besonders augenfällig ist. Deshalb stellt jede dieser Klassen unterschiedliche Forderungen. Diese Widersprüche und diese unterschiedlichen Forderungen abzuleugnen wäre eine Heuchelei und ein Fehler. Doch diese Widersprüche, diese unterschiedlichen Forderungen werden im Verlauf des ganzen neudemokratischen Stadiums nicht derart anwachsen, daß sie gemeinsame Forderungen übersteigen, UND DÜRFEN ES AUCH NICHT (Ebda S. 269/270, Hervorhebungen durch IKP).

So machte sich der Staat der "Neuen Demokratie" zum Meister der Klassenkolaboration. Er ist bestrebt, den grundlegenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit von oben, "über den Klassen" stehend, zu regeln, und die Forderungen des Proletariats auf die allgemeinen Interessen des bürgerlichen Staates zu reduzieren. Es ist kristallklar, daß das chinesische Proletariat,

wenn es von der "neuen Demokratie" etwas erhalten will, es nur im Kampf gegen sie und in der Vorbereitung, sie revolutionär zu begraben, erhalten kann. Denn, wie Marx sagte, "nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, werden die GESELLSCHAFTLICHEN EVOLUTIONEN aufhören, POLITISCHE REVOLUTIONEN zu sein". (5)

Es gibt also nichts "Neues" in der chinesischen Staatsform. Die Untersuchung der Entwicklung des Kapitalismus in China wird dies erneut bestätigen. Gleichwohl gibt es in der chinesischen Revolution nichts "Besonderes" oder "originelles", außer der völligen und anhaltenden Niederlage des proletarischen Internationalismus in Asien und in den alten Metropolen.

(5) "Das Elend der Philosophie", letzter Absatz.

- wird fortgesetzt -

+ +
+

ANHANG:

LEITSÄTZE ÜBER DIE NATIONALITÄTEN- UND KOLONIALFRAGE,
ANGENOMMEN AUF DEM II. KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE
AM 28. Juli 1920

1. Der Bürgerlichen Demokratie ist ihrem eigentlichen Wesen nach eine abstrakte oder formelle Auffassung in der Frage über die Gleichheit überhaupt und über die nationale Gleichheit im besonderen eigen. Unter dem Anschein der Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit überhaupt proklamiert die bürgerliche Demokratie die formelle juristische Gleichheit des Eigentümers und des Proletariats, des Ausbeuters und des Ausgebeuteten, und betrügt dadurch die unterdrückten Klassen in höchstem Maße. Die Idee der Gleichheit, die selbst eine Widerspiegelung der Verhältnisse der Warenproduktion ist, wird von der Bourgeoisie unter dem Vorwand angeblich absoluter Gleichheit der menschlichen Persönlichkeiten in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Vernichtung der Klassen verwandelt. Der wahre Sinn der Gleichheitsforderung liegt nur in der Forderung der Abschaffung der Klassen.
2. Die Kommunistische Partei als bewußter Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes zur Abschüttlung des Jochs der Bourgeoisie soll entsprechend ihrer Hauptaufgabe - Kampf gegen die bürgerliche Demokratie und Entlarvung ihrer Lüge und Heuchelei - auch in der Nationalitätenfrage nicht abstrakte und formelle Prinzipien in den Vordergrund rücken, sondern erstens die genaue Wertung des geschichtlich gegebenen und vor allem wirtschaftlichen Milieus; zweitens die ausdrückliche Ausscheidung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der sogenannten Volksinteressen, die die Interessen der herrschenden Klasse bedeuten; drittens eine ebenso genaue Trennung der unterdrückten, abhängigen, nicht gleichberechtigten Nationen von den unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen als Gegengewicht zu der bürgerlich-demokratischen Lüge, welche die der Epoche des Finanzkapitals und Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Knechtung der ungeheuren Mehrheit der gesamten Bevölkerung der Welt durch eine geringe Minderheit der reichsten, fortgeschrittensten kapitalistischen Länder vertuscht.

3. Der imperialistische Krieg von 1914 hat allen geknechteten Nationen und unterdrückten Klassen der ganzen Welt mit besonderer Klarheit die Lügenhaftigkeit der bürgerlich-demokratischen Phrase bewiesen. Von beiden Seiten mit den Phrasen der Völkerbefreiung und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen begründet, hat einerseits der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest, andererseits der Friede von Versailles und St. Germain gezeigt, daß die siegende Bourgeoisie rücksichtslos auch die "nationalen" Grenzen nach ihren wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Auch die "nationalen" Grenzen sind für die Bourgeoisie nur Handelsobjekte. Der sogenannte Völkerbund ("Liga der Nationen") ist nichts anderes als der Versicherungsvertrag, in dem die Sieger dieses Kriegs sich gegenseitig ihren Raub garantieren. Die Bestrebungen auf Wiederherstellung der nationalen Einheit, auf "Wiedervereinigung mit abgetretenen Landesteilen" sind für die Bourgeoisie nichts anderes als der Versuch der Besiegten, Kräfte zu neuen Kriegen zu sammeln. Die Wiedervereinigung der künstlich zerrissenen Nationen entspricht auch dem Interesse des Proletariats; seine wirkliche nationale Freiheit und Einheit kann das Proletariat jedoch nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes und über die niedergeworfene Bourgeoisie hinweg erreichen. Der Völkerbund und die gesamte Politik der imperialistischen Staaten nach dem Kriege decken diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer auf, verstärken überall den revolutionären Kampf des Proletariats der fortgeschrittenen Länder sowie aller werktätigen Massen der Kolonien und der abhängigen Länder, beschleunigen den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und über die Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus.
4. Aus den dargelegten Grundsätzen folgt, daß der gesamten Politik der Kommunistischen Internationale in der Nationalitäten- und Kolonialfrage hauptsächlich der Zusammenschluß der Proletarier und werktätigen Massen aller Nationen und Länder zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Grundbesitzer und der Bourgeoisie zugrunde gelegt werden muß. Denn nur ein solcher Zusammenschluß sichert den Sieg über den Kapitalismus, ohne welchen die Vernichtung der nationalen Unterdrückung und der Nichtgleichberechtigung unmöglich ist.
5. Die weltpolitische Situation hat jetzt die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt, und alle Ereignisse der Weltpolitik konzentrieren sich unvermeidlich um einen einzigen Mittelpunkt, und zwar um den Kampf der Weltbourgeoisie gegen die russische Sowjetrepublik, die einerseits die Sowjetbewegungen der Arbeitervorhut aller Länder und andererseits alle nationalen Freiheitsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völkerschaften um sich schart, die sich durch bittere Erfahrung überzeugt haben, daß es für sie keine Rettung gibt außer ihrer Verbindung mit dem revolutionären Proletariat und dem Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus.
6. Folglich darf man sich gegenwärtig nicht auf die bloße Anerkennung oder Proklamierung der Annäherung der Werktätigen verschiedener Nationen beschränken, sondern muß eine Politik der Verwirklichung des engsten Bündnisses aller nationalen und kolonialen Freiheitsbewegungen mit Sowjetrußland führen, wobei die Formen dieses Bündnisses von der Entwicklungsstufe der kommunistischen Bewegung unter dem Proletariat jedes Landes oder der revolutionären Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern und unter den rückständigen Nationalitäten bestimmt werden.
7. Die Föderation ist eine Übergangsform zur vollen Vereinigung der Werktätigen aller Nationen. Die Föderation hat in der Praxis bereits ihre Zweckmäßigkeit gezeigt, sowohl in den Beziehungen der Sozialistischen

Föderativen Sowjetrepublik Rußland zu den übrigen Sowjetrepubliken (der ungarischen, finnischen, lettländischen in der Vergangenheit, der aserbaidshanischen, der ukrainischen in der Gegenwart) als auch innerhalb der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland selbst gegenüber den Nationalitäten, die weder eine staatliche Existenz noch eine Selbstverwaltung besaßen (z.B. die autonomen Republiken der Baschkiren und Tataren in der Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Rußland, die 1919 und 1920 geschaffen worden sind).

8. Die Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht in dieser Hinsicht nicht nur in der weiteren Entwicklung, sondern auch im Studium und in der Prüfung der Erfahrungen dieser auf der Basis der Sowjetordnung und der Sowjetbewegung entstehenden Föderationen. In Anerkennung der Föderation als Übergangsform zur vollen Vereinigung muß eine immer engere föderative Verbindung angestrebt werden, wobei in Erwägung zu ziehen ist: erstens die Unmöglichkeit des Bestehens der von militärisch bedeutend mächtigeren imperialistischen Staaten der ganzen Welt umgebenen Sowjetrepubliken ohne engere Verbindung mit den anderen Sowjetrepubliken; zweitens die Notwendigkeit eines engen wirtschaftlichen Bundes der Sowjetrepubliken, ohne den die Wiederherstellung der durch den Imperialismus vernichteten Produktivkräfte und die Sicherung des Wohlstandes der Werktätigen nicht möglich ist; drittens das Bestreben zur Schaffung einer einheitlichen Weltwirtschaft nach einem gemeinsamen Plan, der vom Proletariat aller Nationen geregelt wird. Diese Tendenz ist bereits unter dem Kapitalismus ganz offen zutage getreten und sieht unbedingt ihrer weiteren Entwicklung und Vollendung durch den Sozialismus entgegen.
9. Auf dem Gebiet der innerstaatlichen Beziehungen kann sich die nationale Politik der Kommunistischen Internationale nicht mit der nackten, formalen, nur in Worten erklärten und praktisch zu nichts verpflichtenden Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen begnügen, auf die sich die - mögen sie sich auch "sozialistisch" nennen - bürgerlichen Demokratien beschränken.

Nicht nur in der ganzen Propaganda und Agitation der kommunistischen Parteien - sowohl von der Parlamentstribüne als auch außerhalb derselben - müssen die sich in allen kapitalistischen Staaten trotz der "demokratischen" Verfassungen fortgesetzt wiederholenden Verstöße gegen die Gleichberechtigung der Nationen und die garantierten Rechte der nationalen Minderheiten unentwegt enthüllt werden; es ist ferner notwendig, erstens beständig darüber aufzuklären, daß nur die Sowjetordnung imstande ist, den Nationen eine wirkliche Gleichberechtigung dadurch zu sichern, daß sie erst die Proletarier und darauf die ganze Masse der Werktätigen im Kampf gegen die Bourgeoisie vereinigt; zweitens die revolutionären Bewegungen unter den abhängigen und nicht gleichberechtigten Nationen (z.B. in Irland, unter den Negern Amerikas usw.) und in den Kolonien durch die kommunistische Partei des betreffenden Landes direkt zu unterstützen.

Ohne diese letztere besonders wichtige Bedingung bleibt der Kampf gegen die Unterdrückung der abhängigen Nationen und Kolonien wie auch die Anerkennung ihres Rechtes auf staatliche Absonderung ein lügnerisches Aushängeschild, wie wir dies bei den Parteien der Zweiten Internationale sehen.

10. Die Anerkennung des Internationalismus lediglich in Worten, seine Verwässerung in der Tat, in der ganzen Propaganda, Agitation und praktischen Arbeit durch kleinbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus ist eine häufige Erscheinung nicht nur bei den Zentrumparteien der Zweiten Internationale, sondern auch bei denen, die aus dieser Internationale ausgetreten sind. Diese Erscheinung findet man nicht selten sogar bei solchen Parteien, die sich jetzt kommunistisch nennen. Der Kampf mit diesem Übel, mit den

am tiefsten eingewurzelten kleinbürgerlich-nationalen Vorurteilen, die in allen möglichen Formen auftreten, wie Rassenhaß, nationale Verhetzung, Antisemitismus, muß um so mehr in den Vordergrund gerückt werden, je brennender die Frage der Umwandlung der Diktatur des Proletariats aus einer nationalen Diktatur (d.h. einer nur in einem Lande existierenden und zur Führung einer selbständigen Weltpolitik unfähigen Diktatur) in eine internationale Diktatur (d.h. in eine Diktatur des Proletariats wenigstens in einigen fortgeschrittenen Ländern, die fähig ist, einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Weltpolitik auszuüben) wird. Der kleinbürgerliche Nationalismus erklärt als Internationalismus die bloße Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen und hält (ganz abgesehen davon, daß eine derartige Anerkennung nur in Worten geschieht) den nationalen Egoismus für unantastbar. Der proletarische Internationalismus dagegen fordert: 1. Die Unterordnung der Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes unter die Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstab; 2. von der Nation, die ihren Sieg über die Bourgeoisie durchführt, die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, die größten nationalen Opfer zu bringen, um den internationalen Kapitalismus zu stürzen.

Daher ist in den bereits vollständig kapitalistischen Staaten, die Arbeiterparteien haben, die tatsächlich einen Vortrupp des Proletariats darstellen, der Kampf mit den opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Verdrehungen der Begriffe und der Politik des Internationalismus die erste und wichtigste Aufgabe.

11. In bezug auf die Staaten und Nationen, die einen mehr zurückgebliebenen, vorwiegend feudalen oder patriarchalischen oder patriarchalisch-bäuerlichen Charakter tragen, muß man insbesondere folgende Punkte im Auge behalten:
 - a) Alle kommunistischen Parteien müssen die revolutionären Freiheitsbewegungen in diesen Ländern durch die Tat unterstützen. Die Form der Unterstützung muß mit der kommunistischen Partei des betreffenden Landes erörtert werden, wenn es eine solche Partei gibt. In erster Linie trifft diese Verpflichtung zur tatkräftigen Hilfe die Arbeiter desjenigen Landes, von dem die zurückgebliebene Nation in kolonialer oder finanzieller Hinsicht abhängt.
 - b) Notwendig ist der Kampf gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung und ähnliche Strömungen, die den Versuch machen, den Freiheitskampf gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Stärkung der Macht des türkischen und japanischen Imperialismus und des Adels, der Großgrundbesitzer, der Geistlichen usw., zu verbinden.
 - c) Unbedingt ist der Kampf gegen den reaktionären und mittelalterlichen Einfluß der Geistlichkeit, der christlichen Missionen und ähnlicher Elemente zu führen.
 - d) Notwendig ist besonders die Unterstützung der Bauernbewegung in den rückständigen Ländern gegen die Grundbesitzer und alle Formen und Überreste des Feudalismus. Man muß vor allem danach streben, der Bauernbewegung einen möglichst revolutionären Charakter zu geben, womöglich die Bauern und alle Ausgebeuteten in Sowjets zu organisieren und so eine möglichst enge Verbindung zwischen dem westeuropäischen kommunistischen Proletariat und der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien und den rückständigen Ländern herzustellen.
 - e) Notwendig ist ein entschlossener Kampf gegen den Versuch, der nicht wirklich kommunistischen revolutionären Freiheitsbewegung in den zurückgebliebenen Ländern ein kommunistisches Mäntelchen umzuhängen. Die kommunistische Internationale hat die Pflicht, die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und den rückständigen Ländern nur zu dem Zweck zu unter-

stützen, um die Bestandteile der künftigen proletarischen Parteien - der wirklich und nicht nur dem Namen nach kommunistischen - in allen rückständigen Ländern zu sammeln und sie zum Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben zu erziehen, und zwar zu den Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Richtung in der eigenen Nation. Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Zusammengehen, ja selbst ein Bündnis mit der revolutionären Bewegung der Kolonien und der rückständigen Länder herstellen, darf sich aber nicht mit ihr zusammenschließen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung - sei es auch in ihrer Keimform - aufrechterhalten.

r) Notwendig ist es, unter den breitesten Massen der Werktätigen aller und insbesondere der rückständigen Länder und Nationen fortgesetzt den Betrug aufzudecken und aufzuklären, den die imperialistischen Mächte mit Hilfe der privilegierten Klassen in den unterdrückten Ländern dadurch begehen, daß sie unter der Maske politisch unabhängiger Staaten Staatsgebilde ins Leben rufen, die wirtschaftlich, finanziell und militärisch vollständig von ihnen abhängig sind. Als ein krasses Beispiel des Betrugs der arbeitenden Klassen jener unterdrückten Nation, zu dem der Ententeimperialismus und die Bourgeoisie der betreffenden Nationen ihre Bemühungen vereinigen, kann die Palästinaaffäre der Zionisten bezeichnet werden (wie der Zionismus überhaupt unter dem Deckmantel der Schaffung eines Judenstaates in Palästina tatsächlich die arabische Arbeiterbevölkerung Palästinas, wo die werktätigen Juden nur eine kleine Minderheit bilden, der Ausbeutung Englands preisgibt). In den heutigen internationalen Verhältnissen gibt es für die abhängigen und schwachen Nationen keine andere Rettung mehr als ein Bündnis mit Räterepubliken.

12. Die jahrhundertlang andauernde Knechtung der kolonialen und schwachen Völkerschaften durch die imperialistischen Großmächte hinterließ in den werktätigen Massen der geknechteten Länder nicht nur Gefühle der Erbitterung, sondern auch Gefühle des Mißtrauens gegen die unterdrückten Nationen im allgemeinen, darunter auch gegen das Proletariat dieser Nationen. Der niederträchtige Verrat am Sozialismus durch die Mehrheit der offiziellen Führer dieses Proletariats in den Jahren 1914 bis 1919, als die Sozialpatrioten unter der "Vaterlandsverteidigung" die Verteidigung des "Rechts" ihrer Bourgeoisie auf Knechtung der Kolonien und Ausplünderung der finanziell abhängigen Länder verbargen - dieser Verrat konnte dieses vollständig gerechte Mißtrauen nur bestärken. Da dieses Mißtrauen und die nationalen Vorurteile erst nach der Vernichtung des Imperialismus in den fortgeschrittenen Ländern und nach der radikalen Umformung der gesamten Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens der rückständigen Länder ausgerottet werden können, so kann die Beseitigung dieser Vorurteile nur sehr langsam vor sich gehen. Daraus ergibt sich für das klassenbewußte kommunistische Proletariat aller Länder die Verpflichtung zu besonderer Vorsicht und besonderer Aufmerksamkeit gegenüber den an sich überlebten nationalen Gefühlen in den lange Zeit geknechteten Ländern und Völkerschaften und zugleich die Verpflichtung, Zugeständnisse zu machen, um dieses Mißtrauen und diese Vorurteile desto rascher zu beseitigen. Ohne freiwilligen Zusammenschluß des Proletariats und damit aller werktätigen Massen aller Länder und der Nationen der ganzen Welt zu einem Bunde und einer Einheit kann der Sieg über den Kapitalismus nicht mit vollem Erfolg zu Ende geführt werden.

(Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Berlin 1959 S. 170-176).

SCHWEIZ : DER STREIK VON MATISA - EIN KLASSENSCHLAG GEGEN DEN ARBEITSFRIEDEN

Der Streik von Matisa in Lausanne hat durch seine Geschlossenheit, durch die energische und zentralisierte Führung seines Streikkomitees, durch die Einheit zwischen den Arbeitern der verschiedenen Nationalitäten bewiesen, daß die Arbeiterklasse den Angriffen des Kapitals nur entgegen treten kann, wenn sie den Arbeitsfrieden bricht und ihre Klassenwaffen einsetzt. Außerdem konnte in diesem Fall die Presse nicht die üblichen "Ausländer" beschuldigen, einen Streik ausgelöst zu haben, der Schweizer und Ausländer in einer einzigen Kampffront vereint. Gleichzeitig bestätigt das Ergebnis des Kampfes noch einmal mehr, daß die Arbeiterklasse sogar bei der elementaren Verteidigung ihrer Lebensbedingungen nicht vermeiden kann, sich an dem Opportunismus und an den legalen und pazifistischen Grenzen, die dieser ihren Kämpfen aufzwingt, zu stoßen; unterdessen veranschaulicht dies mit größter Klarheit, daß die Bourgeoisie - durch den Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM) - beabsichtigt, auf jeden Verteidigungswillen der Arbeiter zu reagieren, und ihre Schwäche ausnutzt, um sie mit allen ihren Kräften zu schlagen.

URSPRÜNGE DES STREIKES

Die Welle der Entlassungen, die am Anfang des langen Streiks liegt, war nicht die erste bei der Matisa: sechs Monate zuvor wurden 60 Arbeiter davon betroffen; später wurde die Arbeitszeit generell um 20% gekürzt. Damals beeilte sich die Gewerkschaft der Metallarbeiter und Uhrmacher (FTMH) - die noch das Vertrauen der Arbeiter genoß - ihren Bonzen Ghelfi aus Bern zu schicken, um mit "Ruhe" und "Würde" die Entlassungen auszuhandeln. Das nichtige Ergebnis der Verhandlungen hat den Arbeitern später gezeigt, daß sie, um sich mit einigen Erfolgsaussichten mit den Kapitalisten zu schlagen, nur auf ihre eigene gemeinsame Kraft und auf ihre direkte Aktion rechnen können. Ende Februar gibt es eine neue Entlassungswelle: 43 Lohnabhängige - 22 Arbeiter und 21 Angestellte - werden auf die Straße geworfen. Am 4. März treffen sich Betriebsleitung und ASM einerseits, Betriebsrat, FTMH und FCOM (eine Gewerkschaft mit christlicher Prägung) andererseits: es kommt nichts dabei heraus, weder Einstellung der Entlassungen noch Teuerungszulage; der Betrieb - erklärten im Chor die Direktion und die Gewerkschaften - kann sich nicht erlauben, mit Verlusten zu arbeiten.

Am selben Abend, in einer Generalversammlung zusammengetroffen, entscheiden sich die Arbeiter zur direkten Aktion überzugehen: 2 von 200 Anwesenden lehnen den Streik ab, nur 10 enthalten sich. Die vorgebrachten Forderungen sind: Nein zu den Entlassungen! Sicherheit des Arbeitsplatzes! Anpassung des Lohnes an die Lebenskosten! Beibehaltung des Vorarbeitens! (Um ein verlängertes Wochenende zu haben, z.B. Donnerstag Feiertag, Freitag ebenfalls frei), Auszahlung der Streikstunden! Keine Repressalien gegen die Streikenden! Der Anfang der Arbeitseinstellung wird für Montag, den 8. März, festgelegt.

Die bei der Versammlung anwesende FTMH stellt sich gleich auf die Seite der Kapitalisten und verweigert jegliche Unterstützung der Streikenden. Es ist klar, daß sie nicht einen Brand entfachen will, der sich dann verbreiten könnte, denn der von den Arbeitern gezeigte Kampfwille ist schwer kontrollierbar. Am Morgen des 8. März verbreitet sie deshalb ein Flugblatt, das sehr gut ihre Stellung erklärt: "Die FTMH ist der Meinung, daß die beste Weise, die gerechten Forderungen der Arbeiter triumphieren zu lassen, ist, in dem Rahmen der konventionellen Politik zu bleiben. Jegliche andere Kampfform kann nur dem Erfolg der gestarteten Aktion schaden" (!!!)

Ihrerseits ergreift die FCOM die Gelegenheit und verkündigt aus reinen Geschäftsinteressen, daß sie den Streik unterstützen wird. Das Kalkül gelingt für den Moment: bis vor wenigen Tagen eine Minderheit, wird sie sich einige Tage danach in der Mehrheit befinden. Aber ihr Verhalten erlaubt keine Illusionen: hinter ihrer "extremistischen" Sprache gibt es die Unterzeichnung des Arbeitsfriedens und die Verteidigung der "Mitbestimmung". Andererseits gibt sie selbst zu, die Arbeiter nicht "angespornt" zu haben: "Die FCOM weist die Anschuldigung zurück, sie wäre der Ursprung des Streiks gewesen. Aber da die Arbeiter sich so entschlossen haben, stellt sie ihre Organisation zu ihrer Verfügung"(welcher Großmut!) (Flugblatt am 9.3.).

ENTWICKLUNG DES STREIKS UND STELLUNGNAHME DER GEWERKSCHAFTEN

Schon mit dem ersten Tag zeigt der Streik seinen Klassencharakter, der eine deutliche Trennung gegenüber den jüngsten schweizerischen Streiks zeigt, wie der von der Bulowa, wo die Arbeiter sich von den gewerkschaftlichen Führungen nicht abgrenzen konnten und daher unter dererunheilvollen Kontrolle geblieben sind. Der Kampf bei der Matisa führt die Tradition der unmittelbaren Kämpfe fort, ohne sich auf Kompromisse einzulassen, ohne die Kampfmethoden und die Forderungen der Achtung des sozialen Friedens unterzuordnen, und mit der vollen Ablehnung des "richtigen Masses". Auf einer Versammlung wählen die Arbeiter ein Streikkomitee, das mit der Gesamtleitung des Streikes beauftragt wird. Alle Entscheidungen werden in der Vollversammlung getroffen. Zwei Tage darauf entsteht ein Unterstützungskomitee. Dieses Komitee steht aus Prinzip allen Arbeitern offen und wird selbstverständlich zu einem Sammelbecken aller Organisationen von Lausanne. Um dem Kampf seinen elementaren Charakter von Einigkeit der Arbeiterbasis zu bewahren, fordert das Streikkomitee die an dem Unterstützungskomitee beteiligten Organisationen auf, kein Flugblatt über die Aktion zu verteilen, das nicht von ihm stammt und sich strengstens an ihre Richtlinien anzupassen. Ihrerseits wahren unsere Genossen diese Disziplin nicht aus formalen Einheitsgründen (die Einheit ist ein leeres Wort, wenn sie sich nicht auf einen Klasseninhalt stützt und, schlimmer, wenn sie ein Kartell von politischen Organisationen ausdrückt), sondern weil sie den Kampf auf einen Klassenboden stellt und den Opportunismus, als erste die FTMH, vor die Unmöglichkeit stellt, sich nach ihrem Wunsch abzumühen, um die Aktion zu sabotieren. Es ist klar, daß ein solcher Autoritätsakt des Streikkomitees nicht nach dem Geschmack der kleinbürgerlichen Demokraten und der "revolutionären" Liberalen war. So beklagte sich z.B. die RHL (Schweizer Sektion der IV. Internationale) in ihrer Zeitung "Breche" über den Mangel an Freiheit des politischen Ausdrucks.

Am Morgen des 8.3. verteilt das Unterstützungskomitee ein Flugblatt in allen Betrieben der Gegend um Lausanne, um den Streikanfang anzukündigen. Jedem Arbeiter werden genaue Richtlinien erteilt. Es bilden sich Streikposten an den Toren, und ein telefonischer Posten sichert die Verbindung zwischen den beiden Betrieben von Renens und Crissier. Die Streikenden rufen die Meister und Büroangestellten zur Kampfsolidarität auf. Die Reaktion der ASM kommt: sofort: "SOLANGE DRUCK- UND DROHUNGSELEMENTE ANDAUERN, WIRD DIE ASM KEINE DISKUSSION ÜBER DEN HINTERGRUND DES PROBLEMS AKZEPTIEREN, UND SIE BEHÄLT SICH VOR, GERICHTLICH VORZUGEHEN, WIE ES SICH GEBIETET". Sie vertritt die Interessen eines Pfeilers der schweizerischen Industrie, und zwar der metallverarbeitenden und der Maschiennbauindustrie, und der Streik der Matisa zeigt ihr, daß sie nicht nachgeben darf, wenn sie vermeiden will, daß der Kampf als Anhaltspunkt für die Arbeiter von anderen Betrieben dient. In einem Manifest desselben Tages erklärt der Generaldirektor (nachdem er den Arbeitern vorgeworfen hatte, sich von "fünf oder sechs Agitatoren mitreißen zu lassen, um mit den bekannten Taktiken die schwierige Situation des Betriebes zu verwirren"), daß er den Arbeitern versichere, eine annehmbare Lösung für alle auf dem normalen Weg der laufenden Verhandlungen

zu finden (man glaubt die FTMH zu hören). "Wir werden uns den Verhandlungen nicht entziehen, soweit sie nicht unter vertragswidrigem Druck stattfinden werden". Es ist nun klar, daß der Kampf von großer Tragweite sein wird.

Der 11. März, der 4. Tag des Streikes, zeigt, welches für die Arbeiter eine der wichtigsten Hindernisse ist, das es zu überwinden gilt: gegen Abend, während einer Versammlung nach einer Demonstration mit 1.500 Beteiligten, tritt die FCOM für ein Kapitulationsabkommen ein, das am nachmittag bei dem Vermittlungsamt zwischen der Direktion, der ASM, den zwei Gewerkschaften und dem Betriebsrat unterzeichnet wurde. Es verpflichtet die Arbeiter, am Dienstag, dem 16. um 8 Uhr morgens die Arbeit weideraufzunehmen; an dem Tag, an dem die Verhandlungen beginnen werden, ohne daß man etwas erreicht hat! Die FCOM, die damit ihr wahres Gesicht zeigt, stellt die Vereinbarungen als einen Sieg dar, weil die Kapitalisten versprechen, keine Repressalien gegen die Streikenden auszuüben und die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Es ist ein traditionelles Manöver der Gewerkschaftsführung und der Kapitalisten, die Arbeiter glauben zu machen, daß die Bereitschaft der Kapitalisten, in Verhandlungen zu treten ein wichtiges Zugeständnis, einen ersten Sieg darstellt, der die Arbeiter dazu führen soll, ihrerseits auch ein Zugeständnis zu machen und welches: die Beendigung des Streiks. AUF KEINEN FALL DARF DIE AUFNAHME VON VERHANDLUNGEN ALS "SIEG" ODER ALS SCHRITT VORWÄRTS BETRACHTET WERDEN: DIE ARBEITER TRETEN NICHT IN DEN STREIK, UM DIE ERLAUBNIS ZU ERHALTEN, AN EINEM TISCH ZU PALAVERN, SONDERN UM IHRE INTERESSEN GEGEN DIE KAPITALISTEN DURCHZUSETZEN.

Am nächsten Tag kündigt die Presse das Ende des Streiks für Montag, den 16. an, OBWOHL NOCH KEINE ENTSCHEIDUNG GEFALLEN IST. Ihrer Tradition, vorzeitig die Streiks zu begraben treu, schreibt die "Voix Ouvrière" (Zeitung der PDA - Stalinistische Partei der Schweiz) mit riesigen Schlagzeilen: "In Richtung auf die Verhandlungen und das Ende des Kampfes. Die Sozialpartner des Unternehmens Matisa haben unter Leitung der kantonalen Schlichtungsbehörde eine Vereinbarung getroffen. Dementsprechend werden die Verhandlungen am nächsten Dienstag wieder aufgenommen. Spätestens am selben Tag wird der Streik von ca. 300 Arbeitern, der seit 4 Tagen läuft, zu Ende gehen."

Diese Tatsache von wahrer Sabotage könnte die entmutigsten und zersetzendsten Wirkungen haben, nicht nur bei der Matisa, sondern in allen Betrieben der Region: das Streikkomitee dementiert darauf in einem Flugblatt die Pressenachrichten und erinnert daran, daß nur die für den 15. einberufene Generalversammlung entscheiden kann, ob der Kampf fortgesetzt wird oder nicht. Die Streikenden entschieden geschlossen, sich von den Vereinbarungen nicht in die Irre führen zu lassen, die ja gegen das einzige Versprechen, keine Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, von ihnen die Wiederaufnahme der Arbeit verlangt.

Insbesondere muß man die Klassensolidarität der Arbeiter von Matisa unterstreichen, die fünf entlassene Arbeiter der Klavierfabrik Steimer in ihren Kampf einbezogen haben. Am Anfang dieses Jahres hatten die Arbeiter von Steimer gestreikt, um 2-3 Monate rückständige Löhne zu erhalten, was auch erfüllt wurde. Diese fünf Arbeiter wurden aber wegen Zugehörigkeit zum Arbeiterrat der Fabrik entlassen. Darüberhinaus hatte der Kapitalist das Arbeitsamt gebeten, die "notwendigen Maßnahmen" zu treffen, da diese Arbeiter durch ihre Tätigkeit den "Betriebsfrieden" gestört hätten. Diese Maßnahmen wurden auch getroffen, d.h. die Arbeitslosenunterstützung dieser Arbeiter wurde gesperrt. Die Arbeiter der Matisa haben sich daher entschlossen, sie mit ihrem eigenen Solidaritätsfonds zu unterstützen.

Der 17. März ist durch den härteren Kurs der Direktion gekennzeichnet, die direkt zum Angriff übergeht, indem sie einen Entlassung androhenden Brief an jeden Streikenden schickt. Diese Briefe werden gesammelt und SOFORT AN DEN ABSENDER ZURÜCKGESANDT.

Man muß einen wichtigen Punkt des Kampfes unterstreichen: jenen der MATERIELLEN SOLIDARITÄT. Es ist klar, daß ohne eine umfassende finanzielle Unterstützung ein Streik nicht lange dauern kann. Da sie sich schon dem Streik widersetzt, hatte die FTMH eben deswegen auch ihre finanzielle Unterstützung verweigert. Das Streikkomitee übt daher Druck auf den "linken Flügel" der Gewerkschaft aus (vertreten durch Besuchet, der Ghelfi zu ersetzen hatte, welcher - reiner Zufall? - nach der erlittenen Schmach bei der Matisa in Urlaub fuhr) und zwingt die FTMH und deren Zentrale in Bern, die von Besuchet, der die Notwendigkeit einer "Relativierung des Arbeitsfriedens" verstanden hatte, gedrängt wird, zu einer erbärmlichen wie unterwarteten "Wende": nach anderthalb Wochen Streik kündigt sie ihre "materielle und moralische Unterstützung" an! Wohlverstanden verliert die FTMH nicht ihr Hauptziel aus den Augen: den Streik zu brechen. Sie verlangt also "eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen, damit der Streik so schnell wie möglich ein Ende findet". Tausend Meilen von der Absicht entfernt, eine Klassensolidarität mit der Verbreitung des Kampfes in den anderen Betrieben zu entwickeln, und nur besorgt, das Gesicht zu wahren, gibt sie Weisungen an alle Gewerkschaftsbeauftragten, "mit allen Mitteln Solidaritätsstreiks zu verhindern"!

Am Montag, dem 22. März, werden die Arbeiter wieder mit einem der unzähligen Vorschläge des Vermittlungsamtes konfrontiert, das sie in spalten versucht, indem es ihnen einen leeren Vergleichsentwurf unterbreitet. Dieser Vorschlag sah vor, 19 der Entlassenen auf "angemessenen" Posten "rückzuqualifizieren" (Wiedereinstellung an einem anderen Arbeitsplatz mit anderer (meist schlechterer) Qualifikation wegen Umstellung der Produktion auf teilweise andere Produkte) sowie, daß die Streikstunden teilweise durch Überstunden nachgeholt werden könnten. Was das übliche Versprechen des Wegfalls von Repressalien angeht, bleibt es im Reich der Phrase: was die Kapitalisten auch erklären mögen, es ist klar, daß eine wirksame Verteidigung der Arbeiter nur vom Kräfteverhältnis abhängt. Die Antwort der Arbeiter ist daher EIN GLATTES NEIN UND DIE ENTSCHEIDUNG, DEN STREIK BIS ZUR ERFÜLLUNG DER FORDERUNGEN FORTZUSETZEN.

Am 23. reicht die Direktion Klage gegen die Streikenden ein, weil diese den Ersatzteilverkehr blockieren und die Streikbrecher daran hindern, zur Arbeit zu gehen.

DIE WENDE

Am 24. ergibt sich eine Wende, die eine Erläuterung verdient. Die Arbeiter werden aufgerufen, sich zu einem neuen Vergleichsvorschlag der Vermittlungsbehörde auszusprechen, der vorsieht: 1. die "Rückqualifizierung" der Entlassenen; 2. die Verpflichtung der Direktion, den Betriebsrat von ökonomisch begründeten Entlassungen zu benachrichtigen; 3. Verweisung des Problems der Teuerungszulage an das Schiesgericht; 4. Beibehaltung der Möglichkeit der Vorarbeit zum Jahresende (Feiertage usw.); 5. keine Repressalien; 6. 50%-ige Bezahlung der Streikstunden durch die Gewerkschaften an ihre Mitglieder; Übernahme der anderen durch den Solidaritätsfonds; Möglichkeit, 30% des verlorenen Lohnes durch Nacharbeit wiederzugewinnen; 7. Wiederaufnahme der Arbeit am 25. (!); 8. Beginn der Verhandlungen am Nachmittag desselben Tages.

Der Vorschlag ist weit von den zweieinhalb Wochen lang von den Arbeitern verteidigten Forderungen entfernt, er bietet weder die Garantie einer sicheren Stelle für die "Rückqualifizierten" noch den Wegfall von Repressalien (die kampfbereiteren Arbeiter können immer noch wegen ökonomischer Gründe entlassen werden), er klammert die Forderung der Teuerungszulage aus und gibt sie an das Schiedsgericht ab (mit dem Segen der Gewerkschaften, die, mit der Unterzeichnung des Arbeitsfriedens die Autorität dieses Ausschusses für die Lösung der Klassenkonflikte anerkannt haben!), er läßt die Kapitalisten nicht einmal einen Groschen für die Streikstunden bezahlen

(er halst sie den Arbeitern in Höhe von 50% über den Umweg der Gewerkschaftsbeiträge auf), und bietet der Direktion zusätzliche Arbeitsstunden zu Normaltarif unter dem Vorwand des "Wiedergewinnes des verlorenen Lohns"!

Zum ersten Mal seit Beginn des Streiks wird die Abstimmung nicht durch Handheben durchgeführt - eine Handlungsweise die den kollektiven Charakter des Kampfes ausdrückt - sondern durch geheime Stimmabgabe - isolierte Handlung, bei der das Gewicht der Müdigkeit und der Angst sehr oft entscheidend ist. Ergebnis: 81 Nein, 67 Ja. Die Arbeiter weisen also mehrheitlich den offiziellen Vorschlag zurück, aber sie kommen aus der Stimmabgabe gespalten heraus. Das ist keine zufällige Spaltung und die Gewerkschaftsführungen haben dabei eine eigene Rolle gespielt; tatsächlich ist diese Demütigungsarbeit während der Abstimmung niederträchtig: sie verbreiten überall die Nachricht, daß sie nicht mehr ihre materielle Unterstützung garantieren können, weil "die Kassen leer sind"! Nun ist klar, daß die Furcht, den Streik fortzusetzen, überwiegend ökonomische Gründe hat und daher die Warnung der Gewerkschaft die Niedergeschlagenheit eines Teils der Streikenden zur Folge hat. In solchen Situationen entscheiden sich die Arbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit, um zu verhindern, daß die Spaltung, sei sie von Vermittlungsstellen oder von der Betriebsleitung, oder von den Gewerkschaftsführungen in ihren eigenen Reihen geschaffen, ihrem Kampf jegliche Erfolgsperspektive nehme. Aber, und diese Tatsache muß unterstrichen werden, sie sprechen sich gleich danach **GESCHLOSSEN BEI NUR ZWEI GEGENSTIMMEN FÜR DIE WIEDERAUFNAHME DES STREIKS AUS, WENN DIE VERHANDLUNGEN NICHT SCHNELL ZUR ERFÜLLUNG DER SECHS URSPRÜNGLICH EN FORDERUNGEN FÜHREN.** (Denn trotz der Wiederaufnahme der Arbeit wurde der Vorschlag des Vermittlungsausschusses zurückgewiesen!). Also, **DER STREIK IST NICHT BEENDET, SONDERN UNTERBROCHEN.**

Am 25. - nach 17 Tagen - nimmt man die Arbeit wieder auf, aber die Kapitalisten weigern sich aus formalen Gründen zu verhandeln. Man einigt sich darauf, in den Verhandlungen den Betriebsrat um vier Mitglieder des Streikkomitees zu erweitern. Am selben Tag werden sechs Mitglieder des Streikkomitees dem Untersuchungsrichter wegen "Gewaltanwendung, Erpressung und Arglist" vorgeführt; aber da die Arbeiter den Streik unter der Bedingung keiner Repressalien soeben unterbrochen hatten, nimmt die Direktion der Matisa im Laufe des Tages die Klage zurück.

EINE NEUE PHASE

Damit der Streik wiederaufgenommen wird, ist es nötig, daß die Arbeiter sich einmal wieder mit dem Gewerkschaftsoportunismus schlagen.

Tatsächlich heißt es in einer Presseerklärung der FTMH und FCOM: "WENN DIE HALTUNG DER ASM ODER DER DIREKTION ES NICHT ERLAUBT, DASS DIE VERHANDLUNGEN IN KÜRZESTER FRIST BEENDET WERDEN, SO WERDEN SICH DIE OBEREN INSTANZEN DER FTMH UND DER FCOM ÜBER DIE ZU ERGREIFENDEN MASSNAHMEN ÄUSSERN, EINSCHLIESSLICH DER EVENTUELLEN WIEDERAUFNAHME DES STREIKS. SIE WERDEN DAGEGEN KEINE ARBEITS-UNTERBRECHUNG ODER ANDERE, OHNE IHRE ZUSTIMMUNG GETROFFENEN, KAMPFMITTEL UNTERSTÜTZEN."

Die Unterbrechung des Streikes eröffnet eine neue Phase der Auseinandersetzung. Am 27. endet eine nationale Solidaritätskundgebung - mit dem Thema: "Der Streik ist unterbrochen, der Kampf geht weiter" - mit 2.000 Teilnehmern, mit den Reden der zwei Gewerkschaften, des Betriebsrates und mit Interventionen der Frauen der Streikenden und des Streikkomitees. Besuchte mußte sich sehr abmühen, um seine Heuchelei hinter den Aufrufen zur Arbeitersolidarität zu verbergen: "ICH VERPFLICHTE MICH, WENN ICH ES ALS NOTWENDIG ERACHTETE, MEINE ORGANISATION AUFZUFORDERN, EINE NEUE ARBEITSWIEDERLEGUNG ZU UNTERSTÜTZEN" (die Folge der Ereignisse wird beweisen, daß die Wiederaufnahme des Streiks von der FTMH in Wirklichkeit nicht als notwendig betrach-

tet wurde!). Möge sich die Bourgeoisie aber beruhigen: "Wir wollen keine SOZIALEN UNRUHEN", wir wollen nur "SICHERHEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT". Was die FCOM anbelangt, überschlägt sie sich mit einem Lob ihrer Selbstverwaltungstorheiten, wie: "DAS KOMITEE DER FCOM HAT SICH EINSTIMMIG MIT DEN ARBEITERN VEREINIGT, DIE IN DER EINHEIT UND IN DER ENTSCLOSSENHEIT AUF BETRIEBSEBENE HEUTE EINE NEUE DEMOKRATISCHE ORGANISATION ERRICHTEN, DIE MORGEN FÜR DIE GANZE WIRTSCHAFT GÜLTIG SEIN WIRD!" Und die, von der FCOM mit lauter Stimme verlangte, "DEMOKRATISCHE PLANUNG DER ÖKONOMIE" fängt mit der Mitbestimmung an!

Gegenüber einer Versammlung aller Arbeiterkommissionen der Gegend, vom Streikkomitee gleich nach der Kundgebung einberufen, fühlt sich die FTMH verpflichtet, die von den Streikenden "ungewöhnliche verfolgte Praxis zu kritisieren!

Am 30. sieht sich Ghelfi in einer Versammlung einer Gruppe Metallarbeiter (d.h. Mitglieder des Betriebsrats, die Gewerkschaftsmitglieder sind) von den Arbeitern angegriffen, die von nun an verlangen, daß 1. keine Entscheidung während der Verhandlungen ohne die Zustimmung der Basis getroffen werde; 2. die Arbeiterkommissionen jedesmal, wenn ein Kampf in einem Betrieb aufflammt, sofort einberufen werden, um über die, in den anderen Betrieben durchzuführenden Solidaritätsaktionen zu entscheiden; 3. diese Entscheidungen strikt von den Gewerkschaftsführungen durchgeführt werden.

DER STREIK IST UNTERBROCHEN, DER KAMPF GEHT WEITER

Am 31. bei der Generalversammlung setzt sich die Sabotage mit den demoralisierenden Interventionen von Besuchern fort, der den "unheilvollen Charakter" einer Wiederaufnahme der direkten Aktion für die nationale Ökonomie und für den Betrieb unterstreicht: andererseits gewähren weder FTMH noch FCOM ihre Unterstützung in einem zweiten Streik. Kein Wunder, wenn unter solchen Bedingungen die Arbeiter am 1. April - mit 137 Ja, 33 Nein und 41 Enthaltungen - dennoch das enttäuschende Ergebnis der Verhandlungen annehmen. (Beachten wir, daß auch die Streikbrecher wählten!). Der Erste Punkt der Vereinbarung bietet den Arbeitern keine Garantie, die Stelle weder im Betrieb zu behalten, noch anderswo "rückqualifiziert" zu werden: höchstens gewährt sie den Entlassenen einen Aufschub von einigen Monaten (bis zum 31. Oktober); der zweite Punkt öffnet den Massenentlassungen die Tür, indem er sie in eine Reihe von individuellen Entlassungen umwandelt, und die Möglichkeit für die Kapitalisten schafft, sich von den zu unbequem gewordenen "Mitarbeitern zu trennen", indem er sie INDIVIDUELL wegen ökonomischer Gründe oder aus "berechtigten Gründen" entläßt; der dritte Punkt verweist die Frage der Teuerungszulage an eine der vergiftetsten Früchte des Arbeitsfriedens: das Schiedsgericht, ein bequemes Mittel, die Arbeiterkämpfe zu ersticken; die Erhaltung der Vorarbeit für die Feiertage (Punkt 4) kostet die Kapitalisten nichts, weil es für sie keinen Verlust bedeutet; was das Ausbleiben von Repressalien (Punkt 5) betrifft, weiß man schon, was solche "feierlichen" Verpflichtungen wert sind; und schließlich (Punkt 6) werden die Streikstunden nicht vom Betrieb, sondern von den Gewerkschaften und aus dem Solidaritätsfonds bezahlt, d.h. letztendlich von den Arbeitern selbst. Diese den Arbeitern angebotene echte "Handvoll Fliegen" (öffnet man die Hand, um sich seinen "Fang" anzusehen, ist er bereits weggefliegen), soll ihrem Kampf kein Ende setzen, da das Stück Papier, das sie in einem Augenblick der Angst angenommen haben, nichts anderes als "gute Absichten" ausdrückt und nur in lächerlichem Maße die Forderungen erfüllt, für die sie gekämpft haben!

Obwohl das Ergebnis des Streikes auf Forderungsebene miserabel ist, WIRD ER NICHT UMSONST GEWESEN SEIN! Er hat bewiesen, daß man NICHT EINMAL DAS MINIMUM OHNE EINEN ENTSCLOSSENEN DIREKTEN KAMPF erreichen kann und, vor allem, er hat die Rolle des politischen und gewerkschaftlichen Opportunis-

mus als Geschäftsführer des sozialen Friedens, d.h. für den Frieden des Kapitals für jeden Kämpfenden klagemachend. Dem Opportunismus ist es bei der Matisa, wo er den Streik zwar sabotieren konnte indem er zynisch die Arbeiter demoralisierte; nicht gelungen, sie in seinen Einflußbereich zurückzuzerren. Der Streik hat viele gegen die Arbeiter errichteten Hindernisse niedergerissen: verschiedene Nationalitätsangehörigkeiten, Angst vor "Radfahrern", usw. Er hat der, seit Jahrzehnten von unheilvollem Arbeitsfrieden gelähmten, schweizerischen Arbeiterklasse gezeigt, DASS DIE VERTEILUNG IHRER UNMITTELBAREN INTERESSEN DIE UNABHÄNGIGE KLASSENAKTION UND DAS VÖLLIGE MISSTRAUEN GEGENÜBER DEN VERRÄTERISCHEN GEWERKSCHAFTSFÜHRUNGEN VORAUSSETZTE. +und jede Ausdehnung des Kampfes blockierte,

Bei der Matisa, wo der Kampf die Arbeiter eines einzelnen Betriebes dem mächtigen Arbeitgeberverband schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM) entgegenstellte, war ein Wunder unmöglich. Nur die Ausdehnung des Streiks auf andere Betriebe könnte die Besitzer zum Nachgeben zwingen. Und es ist gerade diese Klassensolidarität, die die Gewerkschaftsführungen nicht wollten; es gibt nichts zu sagen, sie haben ihre Aufgabe als Wachhunde des Kapitals gut erfüllt!

"Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter!"

(Karl Marx - Manifest der Kommunistischen Partei)

DER KAMPF MUSS WEITERGEHEN!

ES LEBE DER STREIK DER ARBEITER DER MATISA!

DEN ANGRIFFEN DES KAPITALS UND DEM VERRAT DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNGEN
SETZEN WIR DIE EINHEITSFRONT DER ARBEITERKLASSE ENTGEGEN!

++ ++
++

IL PROGRAMMA COMUNISTA

vierzehntätig erscheinende Zeitung in italienischer Sprache
DM -,75 - Jahresabonnement DM 15,--

Weitere Veröffentlichungen der Internationalen Kommunistischen Partei
in deutscher Sprache:

KLASSENSOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN PROLETARIAT DM 2,50

PORTUGAL - RAUSCH UND KATZEN JAMMER EINER SCHEINREVOLUTION
Mit der Frage der Unterstützung der antiimperialistischen
Bewegungen der Kolonialländer am Beispiel Angolas DM 3,--

B U L L E T I N S

Nr. 1 Inhalt: Die Berliner Kommune (1953) - Aufruf zum 1. Mai 1974
Die historische Invarianz des Marxismus - Krise und
Revolution - Notizen über die Lage in Deutschland DM 1,--

Nr. 2 - vergriffen

Nr. 3 Inhalt: Unheilbarer Kretinismus der Forderung, die Faschi-
sten zu entwaffnen - Die Laufbahn des Labourismus
- Kommunistische Organisation und kommunistische
Disziplin - Widersprüche des japanischen Imperia-
lismus DM 1,--

Nr. 4 - vergriffen

Nr. 5 - vergriffen

Nr. 6 Inhalt: Zum 3. Mai 1975 - "Proletarische Diktatur" und
"Sozialistische Gesellschaft" made in China -
Die Kommunisten und die Abtreibung - Laufbahn des
Weltimperialismus - zum 1. Mai 1975 - Lenin über die
organisatorischen Aufgaben - Die späte bürgerliche
Geburt Äthopiens DM 1,50

Nr. 7/8 Inhalt: PORTUGAL: Von der "Revolution der Neken" zum harten
Kurs - Die Parlamentarismusdebatte auf dem II. Kon-
greß der K.I. - Die Laufbahn des Weltimperialismus
- die kapitalistische Krise - Manifest zu den
Regional- und Kommunalwahlen in Italien: Dem
Wahlaufruf antworten wir mit dem Aufruf zum
Klassenkampf - Einige Interventionen der IKP DM 3,--

Nr. 9 Inhalt: SPANIEN: Die antiproletarische Strategie der
demokratischen Erneuerung - Lenin und die Losung
der "Arbeiterkontrolle" - Die Frage der "demokrati-
schen Forderungen" am Beispiel des § 213 - Der
Kapitalismus und die Ernährung der Menschheit -
Arbeitsgrundlage für die Erarbeitung einer Platt-
form für die gewerkschaftliche Aktion in der BRD
- ARGENTINIEN: Eine erste Bilanz - Interventionen
der Partei: Die Soldatenbewegung in Frankreich DM 3,--

Nr. 10 Inhalt: Entweder Diktatur des Proletariats oder Diktatur
der Bourgeoisie - Die Repressionsmaßnahmen der deut-
schen Bourgeoisie - Die Polenverträge: Kapitel der
deutschen Wirtschaftsexpansion nach Osten - Op-
portunistische Taschenspielerkünste - oder wie die
Bourgeoisie versucht, trotz chronischer Unsicherheit
dem Proletariat die Ausbeutung schmackhaft zu machen
- Der Streit um die Investitionslenkung - Klassenkampf
statt Mitbestimmung! - D. soziale Bewegung in China I.
Das libanessische Pulverfaß - Interventionen der Partei 3,--